KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 198 Juli / August 2018 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 198 Juli/August 2018



Die nordkurdische Bevölkerung hat in ihrem Wahlkampf gezeigt, dass ihr Herz für Demokratie und Freiheit, also für die HDP schlägt.



Auf die Drohungen Erdoğans, die Qendîl-Berge angreifen zu wollen, reagiert die Zivilbevölkerung mit Protesten. »Lebende Schutzschilde« schützen die Region in Südkurdistan.



Avahî bereitet den Baubeginn eines Gesundheitszentrums für Rojava im Kanton Cizîrê vor. Eine Delegation besuchte verschiedene Projekte vor Ort.

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Editorial stellt uns vor eine besondere Herausforderung. Während wir diese Worte zu Papier bringen, sind es nur noch wenige Tage bis zu den Wahlen in der Türkei. Wenn ihr diese Ausgabe des Kurdistan Reports hingegen in den Händen haltet, haben die Wahlen stattgefunden und die politische Lage in der Region steht vor neuen Vorzeichen.

Dennoch lassen sich schon jetzt einige Erkenntnisse festmachen, die auch nach dem Drucktermin ihre Gültigkeit behalten sollten: Zunächst einmal ist mit dem HDP-Wahlkampf in Nordkurdistan ein Ruck durch die Gesellschaft gegangen – endlich, möchte mensch sagen. Denn viel zu lange hat in den kurdischen Gebieten innerhalb der türkischen Staatsgrenzen eine Art Friedhofsstille geherrscht. Doch der Wahlkampf hat diese gespenstische Ruhe durchbrochen. Die Wahlkampfauftritte der AKP in Nordkurdistan waren eher peinlich, die Kundgebungen der Demokratischen Partei der Völker HDP hingegen zogen riesige Menschenmengen an. Ob sich dies auch letztlich in den Wähler*innenstimmen widerspiegeln wird, können wir nicht sagen. Aber es scheint ein Stein ins Rollen gekommen zu sein, der die Hoffnungen auf einen gesellschaftlichen Widerstand wachsen lässt.

Eine andere Erkenntnis aus dem Wahlkampf ist, dass die Türkei sich außenpolitisch wieder neu orientiert. Denn Erdoğan hat keinen antideutschen oder antiwestlichen Wahlkampf wie in der Vergangenheit geführt. Es gab kaum Wortgefechte mit europäischen Staatsführer*innen. Auch Nazivergleiche, wie wir sie aus den vergangenen Wahlkämpfen kennen, blieben aus, obwohl beispielsweise in Deutschland Wahlkampfauftritte türkischer Politiker*innen erneut verboten waren. Vermutlich ist es die wirtschaftliche Not, die den türkischen Staat erneut in die Arme des Westens treibt. Dass eine Orientierung gen Osten (Russland, Iran und Co.) auf Dauer keine Perspektive für Ankara bieten würde, sahen viele voraus.

Was bedeutet das für uns? Annäherungen zwischen der deutschen Regierung und der Türkei sind immer auch gleichbedeutend mit mehr Repressionen für kurdische Strukturen und solidarische Kreise in der Bundesrepublik. Nachdem im Frühjahr bei einer Razzia im Mesopotamien Verlag bei Neuss tonnenweise Bücher durch die Sicherheitsbehörden beschlagnahmt worden waren, war in der Wahlkampfzeit Civaka Azad, Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., das seinen Sitz in Berlin hat, das Ziel der staatlichen Angriffe. Es wird deutlich, dass die Maßnahmen des deutschen Staates gegen kurdische Aktivist*innen sich denen des türkischen Staates angleichen.

Diese Angriffe sind sicher nicht bloß als Geschenk der Bundesregierung an die Türkei zu verstehen. Dahinter steckt auch das Zusammenrücken zwischen der kurdischen und der linken, demokratischen Kreise in Deutschland. In der Phase des Efrîn-Widerstandes hat der gemeinsame zivilgesellschaftliche Protest einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Deshalb werden wir uns die Entschlossenheit nicht nehmen lassen, noch stärker gemeinsam den Kampf um eine bessere Welt zu führen. Insofern relativiert sich auch die Bedeutung der Wahlen in der Türkei. Denn am Ende kommt es darauf an, wie wir uns organisieren und unsere Ziele durchzusetzen versuchen!

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Vom Kapitalismus kann man keine Lösung erwarten

Duran Kalkan

Jeden Tag treffen wir neue Bewertungen zur gegenwärtigen sehr komplizierten politischen Phase. Das gilt für die globale Entwicklung, aber vor allem für den Mittleren Osten. Im Irak führten die Parlamentswahlen am 12. Mai zu keiner Lösung. Es ist auch offen, was die Wahlen in der Türkei für Implikationen haben werden. Auch die Entwicklungen in Rojava und Syrien lassen sich nicht voraussehen und auch global geschehen wichtige Ereignisse. Die USA und Nordkorea setzten sich zum ersten Mal nach 60 bis 70 Jahren an einen Tisch. Eine polarisierende Politik wie zu Zeiten der bipolaren Welt wirkt nicht mehr. Auch ist nicht klar, wie sich die konfliktreichen Beziehungen zwischen den USA und dem Iran angesichts der Aufkündigung des Atomdeals entwickeln werden.

Auf dem letzten G7-Gipfel konnte nicht das geplante Ergebnis erzielt werden, da Trump am Ende des Gipfels seine Zustimmung zur gemeinsamen Erklärung zurückzog. Die USA schlugen auch die Teilnahme Russlands an G7-Treffen vor, doch dies wurde von den anderen Staaten zurückgewiesen. Wir wissen nicht, was es mit diesem Vorschlag auf sich hat. Die Beziehungen zwischen den USA und Russland sind nicht sehr verständlich. Manchmal scheinen sie sehr aufeinander angewiesen zu sein, dann scheint es wieder Konflikte zu geben. Es scheint, dass beide nicht in die Position wie zur Zeit der bipolaren Weltordnung zurückfallen möchten. Denn beide Seiten kennen diese ausweglose Situation, doch gibt es noch kein neues Bezugssystem, das ihr gemeinsames Agieren abstimmen könnte.

Die Phase, die wir als Dritten Weltkrieg bezeichnen, dauert in ihrer Komplexheit weiter an. Ein Ausweg ist nicht in Sicht. Die Systemkräfte, die diesen Krieg führen, stehen ohne Lösung da. Das gilt sowohl für das globale Kapitalsystem als auch für die nationalstaatlichen Gegebenheiten. Wie sehr sie sich selbst auch als revolutionär, gemäßigt oder lösungsorientiert bezeichnen, am Ende werden sie zu faschistischen Diktaturen und Feinden der kurdischen Gesellschaft. Die AKP ist wie der Iran ein Beispiel dafür. Das System selbst verfügt also nicht über hinreichend Erneuerungskraft. Eine Veränderung der Mentalität und Politik bei den Systemkräften ist sehr schwer. Deshalb gibt es keinerlei Anzeichen für eine Überwindung der Krise und des Chaos der kapitalistischen Moderne.

Seit 28 Jahren kann man von einem heißen Krieg im Mittleren Osten sprechen. Wie lange er noch andauern wird, ist nicht klar, denn die Kriegsakteure haben kein Projekt für seine Beendigung. Das von den USA aufgeworfene »Greater Middle East Project« weist keinen Ausweg, und Kräfte wie die Türkei, der Iran, Korea oder Russland tun nichts anderes als für ihre eigene Existenz zu kämpfen. Es bleiben die Völker, Unterdrückten, Frauen, Jugendlichen, Arbeiter und revolutionären, demokratischen Kräfte, die einen Ausweg aus dem Krieg weisen werden. Klarer formuliert bleibt nur die Alternative der Revolution für dieses System.

Kapitalismus bedeutet Krise und Chaos

In diesem Kontext ist es wichtig, den Kapitalismus richtig zu verstehen. Es ist nicht möglich, von der Entwicklung des Kapitalismus zu sprechen, denn Kapitalismus bedeutet Krise und Chaos. Mit jedem Tag wird dies klarer. Der Kapitalismus konsumiert die Natur, die Gesellschaft und das Individuum. Die Gefahr besteht darin, dass nicht die Entwicklung, sondern der Konsum aller lebenswichtigen Dinge vorherrschend bleibt. Der Kapitalismus ist eine Ausbeutungsform. Das ganze Leben wird der Ausbeutung entsprechend ausgerichtet. Ziel ist hierbei der maximale Profit. In dieser Hinsicht gibt es keinen Kapitalismus ohne Krise, Chaos, Widersprüche und Konflikte.

In der Vergangenheit wurden die Krisen periodisch in Form der »ersten Krisenphase, zweiten Krisenphase, dritten Krisenphase« bewertet. Die Allgemeingültigkeit und Kontinuität der dritten Krisenphase wurde betont. Der Kapitalismus ist eigentlich kein periodisches, sondern ein kontinuierliches Krisenregime. Die periodischen Krisen haben Revolutionen den Weg geebnet. Es gibt revolutionäre Bewegungen, die aus den europäischen Revolutionen im 19. Jahrhundert, den Re-

volutionen in Frankreich ab 1830, der Revolution von 1848, den Bestrebungen der Pariser Kommune von 1871 sowie der Oktoberrevolution vom 20. Jahrhundert hervorgegangen sind. Die revolutionären Fronten haben im Grunde die Krisen des Kapitalismus abgefedert. Ohne die Revolutionen hätte der Kapitalismus sich ungebremst ausgebreitet.

Die Essenz des Sozialismus ist es, den Konsum der Natur, der Gesellschaft und des Individuums zu stoppen

Es ist nicht richtig und ausreichend, den Sozialismus auf die Ökonomie, die Politik und das materielle Leben zu reduzieren. Die Essenz des Sozialismus ist es, durch die Verhinderung des Konsums der Natur, der Gesellschaft und des Individuums ein Leben zu schaffen, das den Menschen die Gelegenheit für eine harmonische Entwicklung gibt. Die moralische, kulturelle, ideologische Dimension beim Sozialismus steht im Vordergrund, die materielle Dimension im Hintergrund. Es gab bei den Sozialisten zwar dieses Bewusstsein, doch hat sich der ökonomische Reduktionismus und Objektivismus zu stark entwickelt. Das rührt vor allem vom staatlichen Paradigma her.

Der Paradigmenwechsel von Öcalan hat dabei eine aufklärende Wirkung. Vom Kapitalismus kann man keine Lösung für seine eigenen Widersprüche erwarten. Es gibt im Kapitalismus keinen Frieden. Er ist ein ständiger Widerspruch, Chaos, Konflikt in sich selbst. Entweder wird eine Idee, Moral, Politik, Organisation und Aktion – die man als Sozialismus bezeichnet – entwickelt, die den Kapitalismus überwindet und stoppt, oder der Kapitalismus kann im wahrsten Sinne des Wortes diese Welt ans Ende bringen.

Die USA bewegen sich weiter im Dreieck von Kompromissen, Spannungen und Konflikten

Es ist offensichtlich, dass weder die USA, Europa, Israel, England noch Russland, China oder Indien irgendwelche Lösungen haben. Ganz im Gegenteil. Russland agiert kurzfristig. Es hat seine ideologische Herangehensweise vollständig verloren und verfügt über keinen strategischen Ansatz. Einige Kreise haben erwartet, dass sich ein Bündnis zwischen Russland, der Türkei und dem Iran bildet, der sich wie im 20. Jahrhundert gegen die USA und EU stellt. So etwas wird nicht passieren. Stattdessen wird das Fehlen einer Lösung weiter andauern. Die globalen Kräfte sind sehr zerstreut und gespalten. Die hegemonialen Kräfte der kapitalistischen Moderne befinden sich eigentlich in einer schwachen Position. Die heutige Welt bietet im Vergleich zu vor 30 bis 40 Jahren günstigere Möglichkeiten, Freiheits- und Demokratiebestrebungen zu entwickeln.

An den USA lässt sich erkennen, dass sie versuchen, die Welt in Krise und Chaos zu stürzen. Ihre Strategie und Taktik sind nur darauf ausgerichtet, und langfristige Lösungen braucht niemand zu erwarten. Sie werden sich im Dreieck von Kompromissen, Spannungen und Konflikten bewegen. Das ist ihr Mittel zur Sicherung ihrer Vorherrschaft.

Die Türkei und der Iran werden von ihrer Kurdenfeindlichkeit geleitet

Es bleiben die Türkei und der Iran, die beide nur von einem Gedanken geleitet werden, und das ist die Kurdenfeindlichkeit. Ihre Ideologie, Strategie und Taktik sind darauf ausgerichtet. Beide Länder vertreten den nationalstaatlichen Monismus auf



Die Antwort der Türkei auf den Willen der Kurd*innen nach Freiheit und Demokratie ist Zerstörung und Vertreibung. Foto: ANF

höchstem Niveau. Weil heute diese Mentalität und Politik nur von der Freiheitsbewegung Kurdistans bedroht werden, haben sie ihre ganze Kraft auf diese ausgerichtet. Sie gehen davon aus, bei Fortschritten in ihrem Kampf gegen die Freiheitsbewegung ihre faschistische Mentalität und Politik aufrechterhalten zu können.

Insbesondere die Türkei tut dies und verurteilt die USA und Europa als »unwissend«. Sie versucht zu erklären, was für eine große Gefahr das sich entwickelnde Freiheitsbewusstsein in Kurdistan für das staatliche System ist. Man beachte, dass trotz aller Konflikte und Widersprüche die Kräfte des staatlichen Systems sich nicht taub stellen. Da die inneren Widersprüche des Kapitalismus zu viele sind, können sie sich gegenwärtig nicht vereinen. Es ist aufgrund der Logik des maximalen Profits und der Ausbeutungsbestrebungen zurzeit nicht möglich. Doch sie haben auch Angst vor der Entwicklung der revolutionären Demokratie und Alternative. Wenn diese zu stark wird, können sie sich zusammentun. Dies hat eine lange historische Tradition. Wenn Revolutionen für sie zur Gefahr werden, können sie Bündnisse schließen.

Wenn die Revolution in Kurdistan sich weiter entwickelt, können sie sich von Neuem zusammentun. Auch die Situation in Efrîn muss so bewertet werden. Nach der Niederlage des Islamischen Staates (IS) in Raqqa waren sie wegen der Entwicklung der Revolution in Kurdistan beunruhigt. Aus Angst, die Revolution könne sich auf den Mittleren Osten ausdehnen, haben sie die Besetzung von Efrîn bewilligt und unterstützt, um der Revolution den Weg zu verschließen und auf diese Weise der demokratischen Revolution im Mittleren Osten und der Weltrevolution den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dafür haben sie sich miteinander verbündet. Wenn die Revolution voranschreitet, wird dies noch öfter der Fall sein.

Politisch-militärische Betrachtungsweisen ohne Philosophie und Ideologie sind gefährlich

Probleme und Ereignisse darf man nicht nur unter politischen und militärischen Gesichtspunkten betrachten. Ideologische und philosophische Aspekte sollten niemals vernachlässigt werden. Im 20. Jahrhundert wurde dieser Fehler von den Sozialisten sehr oft begangen. So hieß es: »Der Feind meines Feindes ist mein Freund.« Wir haben dies auch in den 90er Jahren in Kurdistan versucht, doch diese Logik hat uns bis zum internationalen Komplott, der Entführung unseres Vorsitzenden Öcalan, geführt. Der Feind unseres Feindes wurde nicht unser Freund, sondern meuchelte uns von hinten. Die Rolle von Griechenland und Russland sowie anderen Kräften, die am Komplott beteiligt waren, muss auf diese Weise bewertet werden.

Im Jahr 2018 können bedeutende Entwicklungen hervortreten

Mit dem Sommerbeginn 2018 verschärft sich die krisenhafte Situation im Mittleren Osten noch mehr. Die Revolution und die Suche nach Lösungen können dort in der Freiheitsbewegung Kurdistans gesehen werden. Der Niedergang der kapitalistischen Moderne lässt sich in der Situation der Türkei und dem Niedergang der faschistischen Diktatur der AKP und MHP erkennen. Die Widersprüche und Konflikte kann man nicht allein daran festmachen, doch beide angeführten Akteure haben eine zentrale Position.

Dieses Jahr könnte mit solch einem zugespitzten Kampf zu bedeutenden Veränderungen führen. Es gibt viele Anzeichen dafür. Wenn man die genannten Ereignisse in solch einem historischen Kontext, den globalen und regionalen Widersprüchen und den Lösungsperspektiven für die kurdische Frage entsprechend behandelt, lassen sich die Geschehnisse besser und ganzheitlich einordnen.

Syrien und Rojava

Die Lage in Syrien und Rojava ist nicht sehr klar. Nach der Befreiung von Raqqa gab es die verfrühte Bewertung, die militärische Phase sei beendet und nun stehe eine politische Lösung vor der Tür. Der Kampf gegen den IS dauert weiter an. Es gab über Gespräche eine Annäherung zwischen dem syrischen Staat und der nordsyrischen Verwaltung. Diese Treffen drehen sich jedoch nur um wirtschaftliche Themen, wie die Verteilung des Öls und Energieressourcen. Es ist noch offen, was für politische Auswirkungen dies haben wird. Die demokratischen Kräfte Rojavas und Syriens möchten eine politische, demokratische Lösung, die durch die verschiedenen Interessen in Syrien behindert wird. Aber auch das Baath-Regime ist nationalistisch, und es nicht klar, wie offen es für solche Bestrebungen sein wird. Zentral für Syrien ist jedoch vor allem die Situation in Efrîn, die langfristig Konflikte mit sich bringen wird.

Irak und Südkurdistan

Die Wahlen am 12. Mai im Irak haben immer noch kein klares Bild hinterlassen. Mit dem Angriff des irakischen Staates auf Kerkûk am 15. Oktober begann eine neue Phase. Die Wahlen sollten eigentlich die Entwicklung dieser Phase bestimmen. Wenn es keinen politischen Kampf gibt, kann die Situation im Irak in einen offenen Konflikt münden. Beides ist unklar. Es gibt noch keine Konfliktsituation, aber es gibt auch politisch keine Bewegung. Gegenwärtig dauert die Unklarheit an.

Die Wahlergebnisse hat niemand erwartet. Weder die USA noch der Iran haben ihr gewünschtes Ziel erreicht. Der Irannahe Hadi Amiri war auf dem zweiten Platz. Der von den USA vorbereitete Haydar al Abadi fiel auf den dritten Platz. Der Wahlsieg von Muqtada al-Sadrs Liste ist noch offen, doch es stellt sich die Frage, wie es weitergehen wird. Es heißt, es gäbe die ersten Vereinbarungen für die Regierungsbildung. Die USA und der Iran halten noch einen gewissen Abstand zu seiner Front, in der auch die Kommunistische Partei vertreten ist. Die Phase zu bestimmen hängt von der Kreativität und dem Erfolg von al-Sadrs Front ab.

In Kurdistan hat die Islamische Bewegung Rückschläge hinnehmen müssen und legte Beschwerde ein. Die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) wurde mit 25 Abgeordneten der stärkste Block, die YNK (Patriotische Union) erhielt nur 18 Abgeordnete und blieb hinter den Erwartungen zurück. Die Lage in Südkurdistan bleibt unübersichtlich. Im September 2018 sollen regionale Wahlen stattfinden, die auch ihre Auswirkungen auf den Irak haben werden.

Türkei und Nordkurdistan

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Situation der Türkei. Nach dem Krieg in Efrîn wird der Krieg nun in Xakûrkê geführt. Während die AKP-MHP-Diktatur glaubte, mit dem Vorziehen der Wahlen ihre Macht stärken zu können, ist sie an den Punkt der Niederlage gekommen. Nun muss ein umfassender Widerstand entwickelt werden. Auch die Gesellschaft ist mit den Arbeiten zu den Wahlen am 24. Juni aktiviert worden. Der Kampf muss in verschiedener Form ausgeweitet werden, um den Faschismus zu zerschlagen.

Das Jahr 2018 birgt für den Niedergang des AKP-MHP-Faschismus mehr Möglichkeiten als sonst. Es ist die Verantwortung der demokratischen und revolutionären Kräfte, dies zu nutzen. Dies würde nicht nur den Entwicklungen in Kurdistan und der Türkei den Weg ebnen, sondern auch positive Auswirkungen für den Mittleren Osten haben. Es würde die demokratische Revolution befördern und die demokratische Bewegung im Mittleren Osten ausdehnen. Mit der Rojava-Revolution ist dies in Syrien geschehen. Die neuen Entwicklungen würden sich positiv auf Südkurdistan und den Irak auswirken. Wenn sie sich vom Irak auch auf Arabien ausdehnen würden, könnte sich der arabische Aufstand, der von 2011 bis heute andauert, in ein starkes demokratisches Programm und eine demokratische Revolutionsbewegung transformieren. So könnte eine regionale Revolutionsbewegung entstehen, die auch Ostkurdistan und den Irak beeinflusst. Auf diese Weise müssen wir an die Revolution herangehen. Anders ist der vollständige politische Erfolg der Revolution Kurdistans nicht möglich. Auf andere Weise kann sie auch nicht überleben. Das sind die Lehren, die wir aus der 100-jährigen Praxis der Oktoberrevolution gezogen haben. Es gibt nicht nur die auf sich begrenzte kurdische Frage. Das System hat sogar die politische Lösung, die sich auf lokale Selbstverwaltungen stützt, abgelehnt. Folglich gibt es auf diesem Weg keine Lösung, sondern wir müssen die Revolution Schritt für Schritt entwickeln und zu gewinnen versuchen. Und das ist ein Kampf, der nicht nur in Kurdistan, sondern auch in seiner regionalen und globalen Wirkung kontinuierlich entwickelt werden muss. ♦



Schulbeginn im Camp Berxwedan in Şehba. So schnell wie eben möglich wurde für die aus Efrîn vertriebenen Kinder der Unterricht im Flüchtlingslager selbst organisiert. Foto: ANHA

Über die Entwicklungen in der Türkei

Die AKP im Zwang die Macht zu halten

Rıza Altun, Mitbegründer der PKK und Exekutivratsmitglied der KCK, im Interview mit Esra Mikyaz, Journalistin

Wie bewerten Sie die politische Landschaft in der Türkei im Kontext des anhaltenden Ausnahmezustandes, der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und der damit verbundenen Besatzungsoperation im Nordirak?

Die heutige Situation in der Türkei ist von einem Konzept bestimmt, das mit den Wahlen vom 7. Juni 2015 und 1. November 2015 begonnen wurde, umgesetzt zu werden. Es hat zum einen die Machtstellung von Erdoğan stabilisiert, zum anderen aber auch geschwächt. Wir haben diese Phase ab 2015 alle miterlebt; die Neuwahlen am 1. November 2015, die offene Verkündung der Feindschaft gegen die Kurden und die damit verbundenen Operationen und Massaker in den kurdischen Gebieten, die Ausdehnung dieser Politik auch über die Türkei hinaus, die Operation gegen Efrîn, die auf ganz Rojava abzielt, und nun aktuell die Operation in Südkurdistan. Die Regierungspolitik zielte darauf ab, durch das Anheizen von nationalistischen und chauvinistischen Gefühlen ihren Machterhalt zu sichern. Doch diese Art der Politik hat innerhalb der Gesellschaften der Türkei, als auch auf regionaler und globaler Ebene, zu Reaktionen geführt. Man stand – trotz des Machterhalts – in einer politischen Sackgasse. Die Efrîn-Operation sollte dazu dienen, einen Weg da rauszufinden. Bereits vor dieser Operation wurden langfristige Maßnahmen getroffen, wie zum Beispiel die Verfassungsänderungen und die Vorbereitungen für das Präsidialsystem. Mit dem frischen Wind durch den Krieg gegen Efrîn wollte man nun die letzten Änderungen im Regime vornehmen, um die eigene Zukunft abzusichern als auch die Wahlen zu gewinnen. Aus diesem Grund werden Efrîn, Şengal und Qendîl zur Zielscheibe erklärt. Was kann man nun aus diesen politischen Entwicklungen ziehen? Die von Erdoğan seit 2015 verfolgte demagogische, nationalistische und chauvinistische Politik sicherte ihm zwar seine Macht, führte aber mit der Zeit zunehmend dazu, dass seine Argumentation keinen Anklang mehr fand. Stattdessen hatten die despotische Regierungsart und die wirtschaftlichen Probleme einen Bumerang-Effekt entwickelt. Die Erwartungen, die in die Kurdenfeindlichkeit und in die Efrîn-Operation gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Das Konzept ist in Efrîn zum Erliegen gekommen, da das Schüren von nationalistischen und chauvinistischen Gefühlen und die Besatzungspolitik nicht die gewünschten innergesellschaftlichen, regionalen und globalen Auswirkungen mit sich brachten. Das strategische Argument ist ins Leere gelaufen. Efrîn hat für Erdoğan langfristige Folgen mit sich gebracht, die ihm seine Ein-Mann-Diktatur nicht untermauern. Denn anstatt Vorteile entwickeln sich mit der Lage um Efrîn tagtäglich mehr Nachteile. Genau an diesem Punkt schürt er die Kurdenfeindlichkeit noch weiter, bringt Şengal auf die Tagesordnung und aktuell auch noch die Besatzungsoperation in Südkurdistan und die Drohungen gegen Qendîl. Im Grunde beharrt er weiter auf ein Argument, das längst widerlegt ist.

Die Kurdenfeindlichkeit hat in der Türkei eine gewisse Polarisierung zwischen den demokratischen und faschistischen Kräften bewirkt. Diese beiden Blöcke haben eine gewisse Balance gebildet, die bereits ausgereizt ist. Auch regional betrachtet stellt keiner der benachbarten Staaten direkte Unterstützung für die Politik der Türkei. Als die Besatzungspolitik in Efrîn und Rojava/Nordsyrien nicht die erwünschten Ergebnisse mit sich brachte, hat sich die Türkei der Freiheitsbewegung in Südkurdistan zugewandt. Mit der Wiederbelebung des Arguments des Kampfes gegen den Terror wirbt sie regional und global um Anerkennung. Zudem möchte sie damit die Gefühle der Gesellschaft von Neuem ansprechen.

In diesem Kontext gesehen wollen Erdoğan und die türkische Regierung in dieser Phase, die sich aus ihrer Sicht am geeignetsten darstellt, zu den Wahlen antreten. Sie nehmen das Risiko in Kauf, um die eigene Macht zu retten und ihr faschistisches Regime zu gründen.

Im Land kommen dabei verschiedene politische Bündnisse zusammen. Mit Blick auf die politische Landschaft in der Türkei sieht man zum einen das von Erdoğan angeführte Bündnis. Dieses Bündnis der AKP und MHP spiegelt im traditionellen Sinne eine nationalistisch-faschistische Linie wider. Es ist der

rechte Flügel der Konservativen, denn die konservativen Kreise sind zurzeit gespalten. Der eine Flügel der Konservativen steht gegen den Kurs Erdoğans in Richtung eines faschistischen Regimes und hat sich deshalb von ihm losgesagt. Der andere Flügel sieht seine Zukunft eins mit der von Erdoğan und orientiert sich an ihm. In diesem Sinne hat die Politik der Kurdenfeindlichkeit ein brüchiges Bündnis entstehen lassen. Dieses ist vor allem von dem Zwang, die Macht zu halten, geprägt. Das andere Oppositionbündnis stellt somit zunehmend eine Bedrohung für die Regierung dar.

Im »Bündnis der Nation« (türkisch: Millet İttifakı) nehmen verschiedene Parteien ihren Platz ein, wie die Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit), die früher die Basis der AKP bildete. Die İyi Parti (Gute Partei) wiederum bildet die Basis der MHP. Was kann man von diesem Block erwarten, wenn man auch ihre Position zum kurdischen Genozid mit in Betracht zieht?

Man darf die Lage der Türkei nicht als eine normale betrachten. Die Situation der Konservativen muss in dem Kontext des Ausnahmezustands bewertet werden. Es gibt in der Türkei keinen Freiraum für freie politische Betätigung oder Meinungsäußerung. Es ist wichtig, die Situation, die Praxis und das Ziel des Erdoğan-Blocks zu erkennen. Erdoğan hat die Türkei in den letzten 16 Jahren heruntergewirtschaftet. Die politischen Beziehungen wie auch die militärische Situation der Türkei sind problematisch. Die durch die Herrschaft geschaffene Polarisierung bestimmt den Status quo. Es gibt einen wirtschaftlichen Abstieg. Globale und regionale Staaten diktieren der Türkei politisch und militärisch Bedingungen. Doch die türkische Regierung beharrt an diesem Punkt auf ihrem Standpunkt. Dieses Beharren führt sie zu den reaktionärsten und rückständigsten Beziehungen, die sie als Stütze nehmen. Wenn man sich den faschistischen Charakter dieser Beziehungen vor Augen führt, mit denen man in der Gesellschaft Autorität aufbauen möchte, sind Probleme in den regionalen und internationalen Beziehungen unumgänglich. Die jetzige Regierung hat die Türkei an die Schwelle des Niedergangs gebracht. Für ihren eigenen Machterhalt sind sie an den Punkt gekommen, den Untergang der Türkei zu akzeptieren.

Wenn wir nun die anderen Parteien wie die CHP, die Saadet Partisi, die İyi Parti oder die HDP ansehen, müssen wir das entsprechend ihrer Position zum aktuellen Kurs der Regierung tun. Es ist notwendig, die Situation in der Türkei zu verstehen, um eine alternative Politik führen zu können. In diesem Sinne kann man von einer ernstzunehmenden Opposition sprechen, die man nicht kleinreden sollte. Auch wenn man die einzelnen Parteien für sich genommen kritisieren kann, kann man dies nicht in Hinsicht auf ihre Position gegen die Regierung gleich formulieren. Zumindest agieren sie mit der Voraussicht, dass dieser faschistische Trend die Türkei an den Untergang führen wird. Dies spiegelt sich auch in der Gesellschaft wider.

Die Regierungspartei ist trotz der Mobilisierung all ihrer Kräfte seit den Wahlen vom Juni 2015 immer weiter zurückgefallen und preist ihr geschmiedetes »Bündnis Volksallianz« (Cumhur İttifakı), mit dem sie aber aktuell in eine schlechte Position gefallen ist. Gleichzeitig gewinnt die Opposition an Fahrt. Folgende Frage stellt sich jedoch: Wird solch eine Regierung die Ergebnisse einer Wahl, wo sich doch schon die ersten Anzeichen für eine Niederlage bemerkbar machen, akzeptieren? Die Antwort zeigt sich in ihren Machenschaften nach innen sowie in der regionalen und internationalen Politik. Deshalb wurde in letzter Zeit die Kurdenfeindlichkeit erneut auf die Agenda gebracht. Man kann die Besetzung von Efrîn und Rojava, die Gespräche mit den USA, Russland und der EU, die Besetzung in Südkurdistan, die Operationen in Xakûrkê und Lêlîkan, wo sie angeblich bereits 30 Kilometer vorgerückt sein wollen, und nun die Drohungen gegen Qendîl nicht allein im Kontext der Wahlen bewerten. Wir sind mit einer Situation konfrontiert, die über die Wahlen hinausgeht. Folgendes kann man sagen: Es ist jetzt schon klar, dass Erdoğan als Verlierer aus den Wahlen hervorgehen wird. Das lässt sich aus der Stimmung im Land, der nachlassenden Teilnahme an Kundgebungen, den Umfragen und dem Vorwärtstrend der Opposition ablesen. Auch die Performance der Präsidentschaftskandidaten gibt dieses Bild wieder. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass in der ersten Runde nicht das gewünschte Ergebnis erzielt wird und in der zweiten Runde dann die Niederlage kommt.

Die AKP erklärt selbst, dass sie eine Niederlage nicht akzeptieren und dann andere Mittel nutzen werde. Das selbst erklärte Hauptziel ist es, die HDP unter die Zehn-Prozent-Hürde zu drücken und die HDP, die Frauen, die Aleviten und Demokraten aus dem Parlament und der politischen Bühne fernzuhalten. Wie kann dies bewertet werden?

Die Politik gegenüber der HDP und den Kurden ist sehr wichtig. Es haben sich zwei Koalitionen gebildet, doch die HDP wurde außen vor gelassen. Es ist die grundlegende Frage, warum die HDP abseits gelassen wurde, und warum diejenigen, die Erdoğan nicht mehr wollen, die HDP trotz ihrer aktiven Rolle als Opposition nicht in ihre Bündnisse miteinbezogen haben. Es gibt in der Türkei eine Situation und psychologische Atmosphäre, die die Opposition geradezu dazu zwingt, auch wenn sie dies so nicht möchte. Es ist so weit gekommen, dass diejenigen, die sich in die Nähe der HDP begeben, diffamiert bzw. politisch gelyncht werden. Dieselbe Politik wurde auch bei der Besatzung von Efrîn angewandt. Die ganze Gesellschaft

wird vor die Wahl gestellt, entweder das gegenwärtige Regime anzuerkennen oder ihr Feind zu sein. Auch beim Putschversuch in der Türkei im Juli 2016 wurden die Menschen vor die Wahl gestellt, »entweder FETÖ oder nicht«. Kreise die diese Logik nicht akzeptieren wollen, sind, um keine Probleme zu bekommen, gezwungen zu schweigen. Es gibt eine ernsthafte Polarisierung, bist du FETÖ oder nicht? Bist du PKKler oder nicht? Bist du Kurde oder nicht? Der Faschismus ist damit auf die Höhe getrieben. Wer Politik gegen diese Polarisierung machen will, fällt in die Rolle der HDP. Deshalb wurden die Ko-Vorsitzenden, Bürgermeister und Aktivisten der HDP festgenommen. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terror werden die Menschen in Kurdistan festgenommen, in der Türkei hingegen wegen der FETÖ-Anschuldigung. In dieser Hinsicht hat das Bündnis der Nation keine echte stabile Haltung gewonnen. Die İyi Parti, CHP und Saadet Partisi haben die politische Situation sehr pragmatisch bewertet und die HDP und die Kurden außen vor gehalten, was eine Position der Schwäche darstellt. Die Kurden, Sozialisten, Demokraten, Liberalen wurden ferngehalten. Es ist ein solches politisches Konstrukt mit Widersprüchen. Es ist die große Frage, was die AKP tun wird, wenn sie die Wahlen verliert und nicht weiter die Regierung stellen kann. Oder anders formuliert, was sie tun wird, um die Wahlen zu gewinnen. Sie wird erstens die Unterdrückung noch weiter verstärken, die Festnahmewellen ausdehnen, die organisatorische Basis der Gesellschaft vollständig zerschlagen. Zweitens werden sie versuchen, mit Betrug und Verbrechen mit den Ergebnissen der Wahlen zu spielen. Dafür haben sie sowieso die passenden Gesetze verabschiedet, die nun mit Polizisten und Armee an den Wahlurnen umgesetzt werden. Auf legaler Ebene muss in diesem Sinne ein harter Kampf geführt werden. Darüber hinaus wird die AKP die Feindbilder weiter beleben, um Anerkennung in der Gesellschaft zu finden. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terror wird ein Bild zu erzeugen versucht, dass gegen die »Feinde der Nation« vorgegangen werden muss und dies nur diese Regierung machen könne.

Für diese Politik wird wiederum versucht, Unterstützer zu gewinnen. Sie werden gezwungen, zu diesem Punkt Stellung zu beziehen. Wie kann man dies bewerten?

Wenn das Feindbild geschaffen wird, tritt die genannte Polarisierung wieder von selbst auf. Das ist eigentlich nichts Neues. Wie gesagt war der Angriff auf Efrîn ein ernsthafter Vorstoß, der aber fehlgeschlagen ist. Die Gespräche mit den USA über Minbic sind Unwahrheiten. Die Kurdenfeindlichkeit wird mit Rojava und Şengal auf der Agenda gehalten, findet aber keinen großen Anklang. Die Operationen in Kurdistan wurden in letzter Zeit zwar intensiviert, doch werden seit 1984 ähnliche militärische Operationen von der türkischen Armee durch geführt. Das Niveau der derzeitigen Operationen überschreitet diese nicht. Um eine neue Motivationswelle für ihre Politik zu schaffen, wird auf einen breiten geografischen Raum in Südkurdistan abgezielt und ein neues Argument mit Qendîl hinzugefügt. Diese Bestrebungen engen den Bewegungsspielraum der Opposition noch weiter ein und verhindern demokratische Diskurse. Somit werden der Opposition alle taktischen Mittel entrissen. Die neuen militärischen Szenarien werden ebenfalls genutzt, um die Gesellschaft zu beeinflussen.

Wenn der Plan Erdoğans aufgeht, wird er mit verfassungsrechtlichen Änderungen die Macht gewinnen. Falls der Plan scheitert und sie die Wahlen verlieren, stellt sich die Frage, was Erdoğan und seine Verbündeten tun werden. Die Zukunft Erdoğans, der AKP, aber auch von Bahçeli und der MHP hängen von diesen Wahlen ab. Sie werden weitere faschistische Initiativen nutzen, um angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung Krisen herbeizuführen. Denn Erdoğan wird alles tun, um an der Macht zu bleiben. ♦



»Schulter an Schulter gegen Faschismus« – Demonstration in Istanbul gegen AKP-Politik. Foto: ANF

Der Übergang von der BDP zur HDP:

Die HDP als Motor der Demokratisierung in der Türkei

Zülküf Kurt, Mitarbeiter der HDP-Zentrale in der Türkei

»Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, wandert auf den Müllhaufen der Geschichte. Wer sich gegen den Strom des Wassers stellt, wird auf den Abgrund zugetrieben.« Abdullah Öcalan (21. März 2013, Erklärung zu Newroz in Amed)

Der von der kurdischen politischen Bewegung seit der HEP (Arbeitspartei des Volkes; Gründung 1990) geführte Kampf und die darin auftretenden Probleme sind im Grunde eine politische Spiegelung der Entwicklungsgeschichte der kurdischen Frage. Der Kampf gegen die Verleugnung, Vernichtung und Assimilation der kurdischen Existenz erzählt eine Geschichte großer Opfer. Die Zeugen dieser Geschichte sind die Namen, die zu Symbolen wurden, die unbekannten Helden und die immer Widerstand leistende Gesellschaft. Diese politische Tradition dauert auch heute noch an, mit den erheblichen Anstrengungen des Widerstands und auf dem Niveau einer Volksbewegung. Dass die HDP (Demokratische Partei der Völker) immer noch fortbesteht, trotz der bei eigener gesellschaftlicher Verankerung zunehmenden Repression und der Festnahme von über 10.000 Mitgliedern, Aktivisten, Bürgermeistern, Abgeordneten und Ko-Vorsitzenden, liegt einzig und allein daran, dass sie von der dynamischen und widerständigen Gesellschaft getragen wird.

Der 67 Tage während Hungerstreik, der gegen die Isolation der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan im Jahr 2012 durchgeführt wurde, durchbrach die Isolation und leitete eine neue Phase ein. Zu Beginn dieser neuen Phase besuchten am 3. Januar Ahmet Türk und Ayla Akat Herrn Öcalan auf İmralı. In dem als »Friedensprozess« bezeichneten Zeitabschnitt von 2012 bis 2015 blühte das Projekt HDP auf. Das von Öcalan bis ins Detail durchdachte HDK-HDP-Projekt nahm eine basisorientierte Struktur zur Grundlage und statt der klassischen Organisierung als Partei wurde eine Rätestruktur als Teil eines Gesellschaftskongresses/Dachverbands zum Ausgangpunkt genommen. So konnte eine neue Form des Widerstandes entwickelt werden, die den kurdischen Freiheitskampf mit dem Kampf der Linken, Sozialisten, Revolutionäre und Werktätigen in der Türkei vereinte. Dieser Vorschlag wurde in allen bestehenden Strukturen diskutiert und unter dem Leitsatz »Demokratischen Republik und gemeinsame Heimat« wurde der HDK (Demokratischer Kongress der Völker) als Dachverband gegründet. Auch wenn im Entstehungsprozess der Partei HDP nicht alle Teile des Dachverbandes einbezogen waren, wurde den Entscheidungsträgern der Rücken gestärkt. So wurde die HDP am 15. Oktober 2012 gegründet. Die Ko-Vorsitzenden der Gründung waren Yavuz Önen und Fatma Gök. An der Gründung waren die BDP (Partei des Friedens und der Demokratie), EMEP (Partei der Arbeit), ESP (Sozialistische Partei der Unterdrückten), SODAP (Sozialistische Solidaritätsplattform), SYKP (Partei der Sozialistischen Wiedergründung), SDP (Sozialistische Demokratiepartei), Yeşil ve Sol Parti (Grüne und Linke Partei) und Türkiye Gerçeği (Türkei Realität) beteiligt. Die SDP und die Türkiye Gerçeği vereinigten sich später zur »Revolutionären Partei« und sind weiterhin Bestandteil der HDP. Im Zuge des so genannten Friedensprozesses wurde die nationalistische Mauer eingerissen und kurz nach der HDP-Gründung brach der Gezi-Aufstand aus. Auch wenn es Kritik an der späten Teilnahme der HDK-HDP am Gezi-Widerstand gab, war die HDP eigentlich die Seele der Gezi-Proteste. Dies war damals nicht verstanden worden, ist aber wegen der Fortsetzung des Gezi-Widerstands durch die HDP heute klarer ersichtlich.

Zu den Kommunalwahlen im März 2014 sind BDP und HDP als zwei getrennte Parteien angetreten. Die BDP hat in den kurdischen Gebieten in 102 Kommunen gewonnen. Nach den Kommunalwahlen wurden auf Vorschlag Öcalans hin der Name und das Logo der BDP geändert und diese in eine Kaderpartei für den gesellschaftlichen Aufbau und Lokalpolitik transformiert; die HDP sollte für die ganze Türkei mit ihren Vertreter*innen im Parlament politisch aktiv sein. Er machte darauf aufmerksam, dass die HDP sich auf den HDK stützen solle und der HDK als Massenorganisierung in Form von Räten und basisorientierter Politik notwendig sei.

Die »Begrenztheit auf Kurdistan« überwinden

Nun waren für alle die Notwendigkeit des Übergangs von der BDP zur HDP, die politische Situation nach den Kommunalwahlen und die Unverzichtbarkeit der HDP ersichtlich. Obwohl wir als kurdische politische Bewegung mit aller Kraft 102 Kommunen in Kurdistan gewannen, lag die Stimmenzahl der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) in Kurdistan mit unserer gleichauf. Die Priorität der Menschen in Kurdistan, die uns nicht gewählt hatten, war von der zentralen Politik beeinflusst. Deshalb mussten wir auch an staatspolitisch zentralen Stellen Einfluss bekommen, um auch deren Stimme zu gewinnen. Es gab Vorbehalte in den Reihen der BDP, sich in der HDP aufzulösen. Der Grund war ein fehlendes Verständnis für die reale Bedeutung des Projektes der HDK und HDP. Öcalan erklärte in einem Brief an die BDP-Kader, dass der Staat die kurdische politische Bewegung in das kurdische Gebiet einzwang, dass dies eine Falle sei und nun die Zeit gekommen sei, dies zu ändern. In diesem Sinne hat er die HDP als eine Gegeninitiative zur »Begrenztheit auf Kurdistan« organisiert. Die HDP-Parlamentsgruppe unter Ko-Vorsitz von Ertuğrul Kürkçü und Sebahat Tuncel wurde im April 2014 gegründet und die BDP-Parlamentsgruppe macht als HDP weiter. Die BDP wechselte auf ihrem Kongress am 11. Juli 2014 ihr Logo und änderte ihren Namen in Partei der Demokratischen Regionen DBP. Bis zum Juni 2014 waren Ertuğrul Kürkçü und Sebahat Tuncel Ko-Vorsitzende der HDP, bis sie das Amt an Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ übergaben. Vor dem Kongress hat sich die EMEP zwar von der HDP zurückgezogen, ihre Arbeit aber innerhalb des HDK fortgeführt. Begründet wurde der Rückzug damit, dass die HDP sich als Massenpartei und mit ideologischem Ansatz organisiere und dies nicht mit den Gründungsprinzipen übereinstimme. Bei den Präsidentschaftswahlen 2014 wurde Demirtaş als Kandidat der HDP aufgestellt und die Kampagne auf breite Gesellschaftskreise ausgerichtet. In dieser zweiten Wahl erreichte die HDP mit 9,76 Prozentpunkten die Zustimmung der Gesellschaft. Damit die HDP bei den Parlamentswahlen als eine Partei antreten konnte, wurden enorme Anstrengungen zur Organisierung und Mobilisierung unternommen, um alle Hindernisse zu beseitigen. Es kam mit dem organisatorischen Rückzug der BDP aus den türkischen Gebieten zu Verlusten in diesen Regionen, da die HDK die Organisierung nicht gewährleisten konnte. Auch wenn vorgeschlagen wurde, dass die HDP Massenorganisierung betreiben solle, da die Gesellschaft die Organisierung in Form eines Dachverbandes nicht kenne und an das Parteimodell gewöhnt sei, wurde auch auf der Organisierung innerhalb der HDK beharrt.

Weil die Organisierung in Form des Kongresses nicht überzeugend vermittelt werden konnte, konnten jedoch große Teile der Gesellschaft nicht erreicht werden. Im Referendum am 16. April 2017 wurde deutlich, dass die HDK die Sprecherrolle der Nein-Sager-Front hätte übernehmen können, wenn sie wirklich gut organisiert gewesen wäre.

»Wenn ihr gut arbeitet, könnt ihr 15 Prozent erhalten«

Zu Beginn der Wahlphase für den 7. Juni 2015 wurde überlegt, ob die HDP als Partei oder ob unabhängige Kandidaten antreten sollten. Die AKP und der Staat versuchten mit ihnen nahestehenden Medien eine Stimmung für unabhängige Kandidaten zu schaffen. Mit der Voraussicht von Herrn Öcalan – »wenn ihr gut arbeitet, könnt ihr 15 Prozent erhalten« – wurde die Entscheidung getroffen, als Partei zu den Wahlen anzutreten. Die Wahlkampagne für den 7. Juni war für die HDP und alle ihre Mitglieder eine wichtige Prüfung, die einer vielseitigen Vorbereitung bedurfte. Unter Einbeziehung aller Kreise nahmen eine zentrale Wahlkommission und eine breit angelegte Organisationskommission ihre Arbeit auf. Sehr gewissenhaft und kollektiv wurde an allen Einzelheiten der Kundgebungsprogramme, der Wahlstrategie, der Kandidatenaufstellung, der Werbekampagne bis hin zu der Farbbestimmung der Fahnen und Flaggen gearbeitet. Die Äußerung von Selahattin Demirtaş gegenüber Erdoğan »Wir machen dich nicht zum Präsidenten« auf der wöchentlichen Sitzung der HDP ließ den Wahlslogan »Wir ins Parlament« weit hinter sich. Als die AKP einsah, dass sie die absolute Mehrheit verlieren werde, wollte sie die Wahlen absagen. Das wesentliche Ziel für die Bombenexplosion am 5. Juni 2015 auf der HDP-Kundgebung in Amed war die beabsichtigte Wahlabsage. Doch die Ruhe der Menschenmassen auf dem Platz verhinderte große Unruhen. Einen Tag später wurde auf ein Café in Amed-Bağlar geschossen. Doch die Menschen aus Amed haben alle Provokationen ins Leere laufen lassen. Mit der Anerkennung aller gesellschaftlichen Kreise überwand die HDP mit 13,1 Prozent die Wahlhürde von 10 Prozent und zog mit 80 Abgeordneten ins Parlament ein. Der eigentliche Sieg der HDP war, die Basis in alle Phasen mit einbezogen zu haben. Wenn die HDK noch stärker organisiert gewesen wäre, hätte vielleicht die 20-Prozent-Marke erreicht werden können.

Mit unserem Erfolg am 7. Juni hatte die AKP ihre absolute Mehrheit verloren. Hinter vorgehaltener Hand wurde darüber gesprochen, dass Erdoğan zwei Tage nicht aus seinem Zimmer getreten sei. Erdoğan hatte dann bei einem Treffen dem damaligen Parlamentspräsidenten Baykal die Entscheidung zu Neuwahlen mitgeteilt und für die alleinige Macht Ergenekon ein Bündnis vorgeschlagen. Das vielbeschworene »Überleben des Staates« während der Wahlphase für den 1. November war die Verhandlungsgrundlage für die AKP und Ergenekon. Der 7. Juni hat nicht nur die AKP, sondern auch den Status

quo des Staates nachhaltig erschüttert. Der seit 90 Jahren mit Feindschaft und Stellvertreterkriegen organisierte Nationalstaat wurde durch die Stimme für die demokratische Nation und gemeinsame Heimat in Frage gestellt. Nach den Koalitionsgesprächen mit der MHP unter Leitung des damaligen Außenministers Davutoğlu wurde eine Übergangsregierung bestimmt und Neuwahlen für den November desselben Jahres beschlossen.

Es wurde ein umfassender Angriff durchgeführt

Mit den Wahlen am 1. November 2015 ist die AKP zum Konzept des »umfassenden Krieges« zurückgekehrt und um der alleinigen Macht willen freiwillig in Ergenekons Falle der Sicherheitspolitik gegangen. 33 revolutionäre Jugendliche, die Kobanê unterstützen wollten, wurden am 20. Juli 2015 in Pirsûs (Suruç) bei einem Bombenanschlag ermordet. Kurz darauf wurden zwei Polizisten in Serêkanî (Ceylanpınar) unter ungeklärten Umständen ermordet, woraufhin das Kriegskonzept deutlich erkennbar wurde. Um den Wahleintritt der HDP zu verhindern, wurden Lynchmobs organisiert, die Gemeinde- und Bezirksvertretungen angriffen, der Hauptsitz der HDP verbrannt. Die Lynchwelle wurde so weit zugespitzt, dass die Angriffe auf die Gesellschaft, die Verbrennung kurdischer Arbeitsplätze und Häuser und die Zwangsvertreibungen schlagartig durchgeführt wurden. Es war offensichtlich, dass der vom Nationalen Sicherheitsrat 2014 vorbereitete Kriegsplan umgesetzt wurde. Doch während all dieser Ereignisse wurde von den Verwaltungen der kurdischen Städte die politische Selbstverwaltung ausgerufen, um wieder Verhandlungen zu ermöglichen. Die Reaktion der AKP und des Staates darauf war sehr hart. Hunderte Personen wurden festgenommen, Hunderte Häuser gestürmt und die Gesellschaft angegriffen. Mit dem Erwidern der Angriffe durch die Jugend begannen in den Städten die Gefechte.

Um trotz all dieser Ereignisse die Friedensforderung zu erheben und eine neue Basis für eine Lösung zu schaffen, wurde unter der Federführung demokratischer Gewerkschaften am 10. Oktober 2015 eine Kundgebung für Arbeit, Frieden und Demokratie veranstaltet. Sie wurde durch einen Selbstmordanschlag angegriffen, der 103 Menschen das Leben kostete. Die Hoffnung auf Frieden sank immer mehr. Aus Sorge um die Sicherheit der Menschen wurden Kundgebungen abgesagt. Diese Entscheidung wurde daraufhin von Teilen der Gesellschaft kritisiert, und die HDP hat sie inzwischen auch einer kritischen Bewertung unterzogen.

Auch wenn die HDP es bei den Wahlen vom 1. November schaffte, mit 10,7 Prozent die Wahlhürde zu überwinden, hatte sie mit 59 Abgeordneten 21 weniger im Parlament. Außerdem hat die demokratische Politik keinen Raum für die Verhinderung des Krieges schaffen können. Die Massaker in den



Der Wahlkampf der HDP mobilisierte die Bevölkerung in Nordkurdistan. Tausende kamen zu den Veranstaltungen um die HDP zu unterstützen. Foto: ANF

Kellern und die Zerstörung der Städte konnten nicht verhindert werden. Hunderttausende Menschen mussten aus Şirnex (Şırnak), Cizirê (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin), Sûr und Gever (Yüksekova) fliehen.

Zwangsverwaltung und Festnahme der Ko-Vorsitzenden

Dann begannen die Aufhebung der Immunität der HDP-Abgeordneten und die Festnahmen. Im Mai 2016 wurde die Immunität illegal durch die AKP-MHP und mit Unterstützung der CHP aufgehoben. Die Soldaten, die in Kurdistan für die Zerstörung der Städte eingesetzt worden waren, unternahmen am 15. Juli 2016 einen Putschversuch. Interessant ist, dass einen Tag zuvor Soldaten für ihre Verbrechen in Kurdistan freigesprochen worden waren. Diesen Putschversuch bewertete Erdoğan als ein »Geschenk Gottes« und am 20. Juli 2016 wurden der Ausnahmezustand und das Regieren per Dekret verkündet. Hunderttausende wurden aus der öffentlichen Verwaltung entlassen, Hunderte Vereine, Institutionen, Fernsehsender, Zeitungen und Presseorgane wurden der Zwangsverwaltung unterworfen. Die 94 Kommunen der DBP wurden unter Zwangsverwaltung gestellt und Dutzende Bürgermeister festgenommen. Am 4. November 2016 wurden die Ko-Vorsitzenden der HDP und elf HDP-Abgeordnete in einer Nacht-und-Neben-Aktion festgenommen. Bislang wurde elf HDP-Abgeordneten der Abgeordnetenstatus aberkannt. Zusammen mit den Ko-Vorsitzenden sind neun Abgeordnete immer noch in Geiselhaft: Selahattin Demirtaş, Figen Yüksekdağ, Selma Irmak, Gülser Yıldırım, Burcu Çelik, Ferhat Encü, Abdullah Zeydan, Çağlar Demirel und İdris Baluken.

Unter solchen Bedingungen fand am 16. April 2017 ein Referendum zur Änderung der Verfassung in Richtung eines von Erdoğan gewünschten Präsidialsystems statt. Erdoğan nahm den gefährlichsten Gegner, Selahattin Demirtaş, in Geiselhaft. Da während der Organisierung der NEIN-Front Basisorganisierung notwendig war, wurden über die politischen Parteien hinaus viele Bündnisse geschlossen. Das 16.-April-Referendum ist in jeder Hinsicht umstritten, besonders weil es nicht allein von der AKP, sondern von der Kollaboration der AKP mit dem Tiefen Staat bzw. Ergenekon betrieben wurde. Weil es aber auch ein Leitungs- und Regimeproblem bewirkt hat, das über die AKP hinausgeht, wurden für den 24. Juni 2018 vorgezogene Wahlen angesetzt. Die HDP setzt auch heute noch trotz aller Festnahmen und Operationen auf der Basis ihrer gesellschaftlichen Verankerung den Widerstand fort. Trotz aller Operationen und Komplotte leisten Yüksekdağ und Demirtaş und die anderen inhaftierten Abgeordneten weiter Widerstand. Heute ist die HDP zu einer Front der Demokratie geworden. Die HDP, die als Wahlpartei gedacht war, wächst zusehends.

Der 24. Juni ist kein Endpunkt

In der HDP sind die Freiheitsbewegung Kurdistans, die Revolution in der Türkei, der Kampf für Sozialismus, der Kampf für Arbeit, der ökologische Kampf, der Frauenfreiheitskampf und der Widerstand der freien Jugend zusammengekommen. Trotz aller Diffamierung, Verleugnung, Unterdrückung und Repression haben alle Völker und Glaubensrichtungen ihre Vertretung in der HDP gefunden. Das hat der Türkei ein neues politisches Verständnis und eine neue politische Form gegeben. Es war auch die HDP, die zeigte, dass alle mit dem nationalstaatlichen Verständnis unlösbaren Probleme mit dem Verständnis der demokratischen Republik und der gemeinsamen Heimat gelöst werden können. Erdoğan wird als jemand in die Geschichte eingehen, der den »Lösungsprozess« beendete und so sein eigenes politisches Ende beschleunigte.

Mit einer letzten Anekdote möchte ich meinen Artikel beenden. Nach den Wahlen vom 1. November, bei denen die AKP die absolute Mehrheit errang, sollen Leute aus seiner nächsten Umgebung Erdoğan besucht, ihm zu seinem Sieg gratuliert und ihn gebeten haben, zum Friedensprozess zurückzukehren. Dem Gerücht zufolge soll Erdoğan mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gesagt haben: »Wollt ihr, dass ich mich vor Öcalan beuge?« Wir wissen nicht, ob Erdoğan sich an seine Worte erinnern wird, wenn er sieht, wie der Tisch, auf den er hämmerte, sich langsam auflöst, aber es ist sicher, dass er Öcalans Warnungen nicht vergessen wird. Wenn ich mich recht erinnere, fragte Can Dündar 1993 Abdullah Öcalan: »Denken sie daran, eines Tages als Anführer einer legalen Partei in die Türkei zurückzukehren?« Öcalan antwortete: »Es geht nicht um die Rückkehr in die Türkei, sondern um die Transformierung der Türkei.« Entweder wird sich die Türkei mit der HDP demokratisieren, oder aber einem absolutem Faschismus erliegen. Egal was passiert, der aufgebaute Kampf wird weitergehen. Wie Öcalan 1993 erklärte, findet eine Demokratisierung und Transformierung statt. Der Grund für die Führungs- und Regimekrise sind die Aktivitäten der Widerständler der Transformation. Der 24. Juni 2018 ist kein Ende. Die Gesellschaften, Glaubensrichtungen und Widerstandstraditionen werden keine lange Jahre andauernde Dunkelheit zulassen.

Mit dem Ende meines Artikels möchte ich jedem nochmals die Lektüre des Briefs von Herrn Öcalan zu Newroz 2013[1] im Kontext der heutigen Entwicklungen empfehlen. Ich bin mir sicher, dass sie viele Dinge sehen werden, die nicht bemerkt wurden. Auch, welche Linie heute gewonnen hat. ♦

1 http://www.kurdistan-report.de/images/pdf/167_ebook.pdf

Interview mit Besê Hozat

Eine Lösung der kurdischen Frage nur durch eine Mentalitätsänderung des türkischen Staates

Amed Dicle: Ausschnitt aus dem Buch »2005–2015 Gespräche Türkei–PKK«

Nach einer intensiven Daten- und Archivrecherche hat der Journalist Amed Dicle das Buch »2005–2015 Gespräche Türkei–PKK: Die ›Operation des Lösungsprozesses‹ gegen die Lösung der kurdischen Frage« über die zehn Jahre andauernden (geheimen) Verhandlungen bzw. Gespräche zwischen der Türkei und der PKK veröffentlicht. Es wurde viel über diese Gespräche geschrieben. In diesem Buch wird zum ersten Mal veröffentlicht, wie und wann sie begannen, wer die Treffen vermittelte und an ihnen teilnahm. Vertreter der kurdischen Seite, die daran beteiligt waren, kommen selbst zu Wort. Ab dem 24. Juli 2015 flammte der Krieg zwischen der Türkei und der PKK von Neuem auf. Er dauert heute noch mit unverminderter Härte an und erstreckt sich drei Jahre später bis nach Rojava/Nordsyrien mit der Besetzung des Kantons Efrîn und von Gebieten in Südkurdistan/Nordirak. Im Folgenden veröffentlichen wir ein exklusiv für den Kurdistan Report übersetztes Interview aus dem Buch mit der Ko-Vorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) Besê Hozat, in dem die Geschichte der Verhandlungen, die auch eine Vorgeschichte der erneuten gewaltsamen Eskalation in Kurdistan ist, und der Charakter des türkischen Staates ausführlich erörtert werden.

Insbesondere zwischen 2005 und 2015 gab es zwischen Ihrer Seite und dem Staat sporadisch mittelbare Gespräche. Von Seiten der USA und Europas gab es immer wieder Aufrufe zu einem Waffenstillstand. Zwar brachen die Gespräche immer wieder ab, aber insgesamt gab es doch eine Kontinuität. Allerdings kam es zu keinem Lösungsansatz. Können Sie diesen Zeitraum für uns zusammenfassen und bewerten?

Zur Beurteilung müssen wir das internationale Komplott einbeziehen. Es hatte zum Ziel, die Bewegung zu vernichten. Doch das neue Paradigma und die neue Strategie unseres Vorsitzenden, der einseitige Waffenstillstand und der Rückzug der Guerilla sowie die politischen und militärischen Schritte unsererseits haben dazu geführt, dass überall der Widerstandsgeist und die Verbundenheit mit der Bewegung und unserem Vorsitzenden gewachsen sind. Es war dieser Haltung und diesem Kampf geschuldet, dass das internationale Komplott ins Leere gelaufen ist. Die Gespräche ab 2005 sind das direkte Ergebnis dieses Scheiterns.

In der Zeit des Komplotts machte die Türkei eine ernsthafte wirtschaftliche und politische Krise durch. Mit Ausbruch der Wirtschaftskrise wurde die Regierung Ecevits gestürzt. Das Erscheinen der AKP ist als Ergebnis dieser Entwicklung zu sehen. Natürlich kam sie nicht aus heiterem Himmel. Die Machtergreifung der AKP ist eine Folge der Politik, die nach dem Putsch vom 12. September 1980 in der Türkei verfolgt wurde.

An die Regierung gelangte die AKP zu einer Zeit eines einseitigen Waffenstillstands unsererseits. Trotz all unserer Aufforderungen weigerte sich die neue Regierung aber, Schritte in Richtung einer Lösung zu gehen. So sahen wir uns als Bewegung gezwungen, ab dem 1. Juni 2004 wieder den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Der Staat hatte in den Jahren von 1999 bis zum Juni 2004 nicht angemessen auf unser Entgegenkommen reagiert. Trotz einiger Versprechungen und der sporadisch anhaltenden Gespräche mit unserem Vorsitzenden wurde uns klar, dass der Staat eigentlich einen Plan verfolgte, der auf die Vernichtung unserer Organisation abzielte. Dafür wollten sie Einzelne innerhalb unserer Organisation beeinflussen und so gemeinsam mit internationalen Strukturen die Partei von innen heraus handlungsunfähig machen. Als dies scheiterte, wurden die Angriffe von außen plötzlich stärker. Daraufhin sahen wir uns genötigt, unseren Waffenstillstand am 1. Juni 2004 für beendet zu erklären.

Worin besteht die Bedeutung dieser Erklärung und was wäre passiert, wenn die Bewegung die Entscheidung zur Beendigung des Waffenstillstands nicht getroffen hätte?

Mit dem 1. Juni begann eine äußerst intensive Phase des Widerstands. Das wurde auch in der Gesellschaft schnell aufgegriffen. Die Bewegung ist sowohl politisch als auch militärisch rasch gewachsen und stärker geworden. Mit Beginn dieser Phase endeten auch die Bemühungen, uns von innen heraus zu zerrütten. Das neue Paradigma war die Grundlage für einen enorm wichtigen Vorstoß der Bewegung, und die PKK hat sich in diesem Sinne mit einem Kongress eine neue Form gegeben.

Wegen dieser Entwicklung sah sich auch der Staat gezwungen, die Lage neu zu bewerten. Die AKP war neu an die Macht gekommen. Ihr Einfluss auf die staatliche Bürokratie war noch schwach ausgeprägt. Doch sie verfolgte eine Strategie, mit der sie das kemalistisch-nationalstaatliche und laizistische Regime bezwingen und stattdessen ihr eigenes religiös-nationalistisches nationalstaatliches Regime zu errichten beabsichtigte. Doch gerade zu Beginn ihrer Macht stand die AKP auf wackeligen Beinen. Im Staatsapparat und im Militär wehte ein ernstzunehmender Gegenwind. Auch große Teile der Gesellschaft stellten sich noch gegen die von der AKP vertretene Geisteshaltung. Die AKP ihrerseits hatte sich große Ziele gesteckt. Sie visierte die Veränderung des bestehenden Regimes bis zum Jahr 2023 an. Aus taktischen Gründen sprach sie das damals selbstverständlich nicht offen aus. Doch um die eigene Macht festigen und ihre weiteren Ziele verfolgen zu können, bedurfte sie einer gemäßigten und entspannten Atmosphäre. Bewaffnete Auseinandersetzungen waren hierfür natürlich kontraproduktiv, weswegen sie einen Waffenstillstand benötigte. Deshalb hat sie ihre Rhetorik geändert und einige taktische Schritte eingeleitet. Erdoğan selbst ist nach Amed gereist und erkannte öffentlich an, dass eine kurdische Frage existiere und er sie lösen wolle.

Seine Worte, die kurdische Frage sei auch seine Frage, waren Teil eines taktischen Plans. In der Folgezeit wurde das völlig offensichtlich. Natürlich haben wir uns als Bewegung in jener Zeit auch schon gefragt, ob die AKP sich der Frage ernsthaft annehme oder nicht, ob sie die Frage lösen oder nur instrumentalisieren wolle. Sowohl unser Vorsitzender als auch die Gesellschaft setzten sich mit dieser Frage auseinander. Es handelte sich um eine neue Form der Rhetorik, um eine andere Sprache. Neben Zweifeln und Unsicherheit wurden auch Erwartungen geweckt. Wir als Bewegung versuchten diese Veränderung einzuschätzen und gut zu verstehen. Wir waren uns aber auch stets bewusst, dass dieser Staat seit etwa 90, 95 Jahren auf eine gleichbleibende Politik den Kurden gegenüber gesetzt hat. Aus diesem Grund war uns klar, dass wir diese vermeintliche Veränderung nicht direkt für bare Münze nehmen konnten; aber wir wollten dem Ganzen eine Chance geben. Wenn es also tatsächlich einen ernsthaften Versuch zur Lösung der kurdischen Frage gäbe, wenn ein entsprechender Plan und eine entsprechende Haltung bestünden, dann würde unsere Seite entsprechend darauf reagieren und die Umsetzung erleichtern. Aus dieser Überlegung heraus haben wir am 1. Oktober 2006 einen Waffenstillstand ausgerufen. Das war unsere Antwort. Doch die noch junge Regierung hat unseren Schritt nicht richtig genutzt. Sie hat zu keinem Zeitpunkt ihre Versprechungen in die Tat umgesetzt. Im Gegenteil, wir konnten in ihrer Rhetorik sogar den Rückfall in alte Muster erkennen. An einem Tag wurde noch von der Lösung der kurdischen Frage gesprochen, während am nächsten Tag selbst die bloße Existenz einer solchen Frage verleugnet wurde. Gelegentlich sagte Erdoğan: »Was ist denn die kurdische Frage? Wenn ihr nicht über sie nachdenkt, existiert sie auch nicht.« Äußerungen wie diese machten deutlich, dass die AKP taktisch und berechnend war und Zeit zu gewinnen versuchte.

Die AKP verfolgte eine äußerst pragmatische Politik. Sie missbrauchte die kurdische Frage und instrumentalisierte die Erwartung einer Lösung für ihre eigenen Interessen. Die Bevölkerung sollte Hoffnungen hegen und daraus sollten Wählerstimmen für die AKP hervorgehen. Auch unsere Bewegung wollte sie zu einer ständig abwartenden Haltung bewegen, damit wir im Zustand des Waffenstillstands verharren und unsere Widerstandskraft verlieren. Darüber sollte auch das Widerstandspotential der Bevölkerung gebrochen und die gesamte Bewegung mit der Zeit in die Bedeutungslosigkeit und zur Selbstaufgabe gedrängt werden. Ab Ende 2006 und im gesamten Jahr 2007 verfolgte die AKP ausschließlich eine Hinhaltetaktik, die wir als Teil eines Vernichtungskonzepts begriffen. Es zeigte sich, dass sie letztlich gar kein Interesse an der Lösung der kurdischen Frage hatte. Mit ihrer Rhetorik und dem Gerede von einer Lösung wollte sie ausschließlich Zeit gewinnen, die eigene Organisierung innerhalb des Staates voranzubringen, und die Stimmen der Kurden für die nächsten Wahlen gewinnen.

Ende 2006 erreichten uns allerdings auch schwerwiegende Informationen, wonach unser Vorsitzender auf der Gefängnisinsel Imralı vergiftet worden sei und der Staat ein umfassendes Vernichtungskonzept gegen unsere Bewegung vorbereite. Die Anwälte unseres Vorsitzenden und das CPT *[Anti-Folter-Komitee des Europarates; Anm.]* haben interveniert. Es zeigte sich, dass es tatsächlich eine Vergiftung gab. Die AKP sprach also einerseits von der Lösung der kurdischen Frage und andererseits setzte sie auf ein Vernichtungskonzept gegen unseren Vorsitzenden in Imralı und unsere gesamte Bewegung.

Wie haben Sie auf diese Situation reagiert?

Gegen die Vernichtungspläne der AKP haben wir unter dem Motto »Êdî Bese« *[Es reicht; Anm.]* eine neue Widerstandsphase für die Freiheit unseres Vorsitzenden und ein Ende seiner Isolation eingeleitet. Sie fand in der Bevölkerung großen Anklang. Daraufhin hat der Staat sein vorher durchgeplantes Kriegskonzept umgesetzt. Es fanden großflächige Luftangriffe in den Medya-Verteidigungsgebieten statt. 2008 wurde dann die große Militäroperation im Zap-Gebiet gestartet, ein großflächiger Krieg mit der Rückendeckung der NATO und der USA.

Fanden gleichzeitig auch die Gespräche statt?

Ja, parallel zu diesen ganzen Ereignissen wurden die Gespräche in Oslo geführt. Einerseits setzte der Staat mit aller Kraft auf den Krieg, und andererseits versuchte er mit den Gesprächen in Oslo unsere Bewegung hinzuhalten und uns unserer Widerstandskraft zu berauben. In diesem Sinne ging es bei den Oslo-Gesprächen nicht aufrichtig um die demokratische und politische Lösung der kurdischen Frage. Hinter den Gesprächen steckte bei der AKP dieselbe Taktik wie bei Erdoğans Rede 2005 in Amed.

Aber auch internationale Akteure waren in diese Phase involviert. Hatte Ankara eine andere Absicht als die internationalen Vermittler?

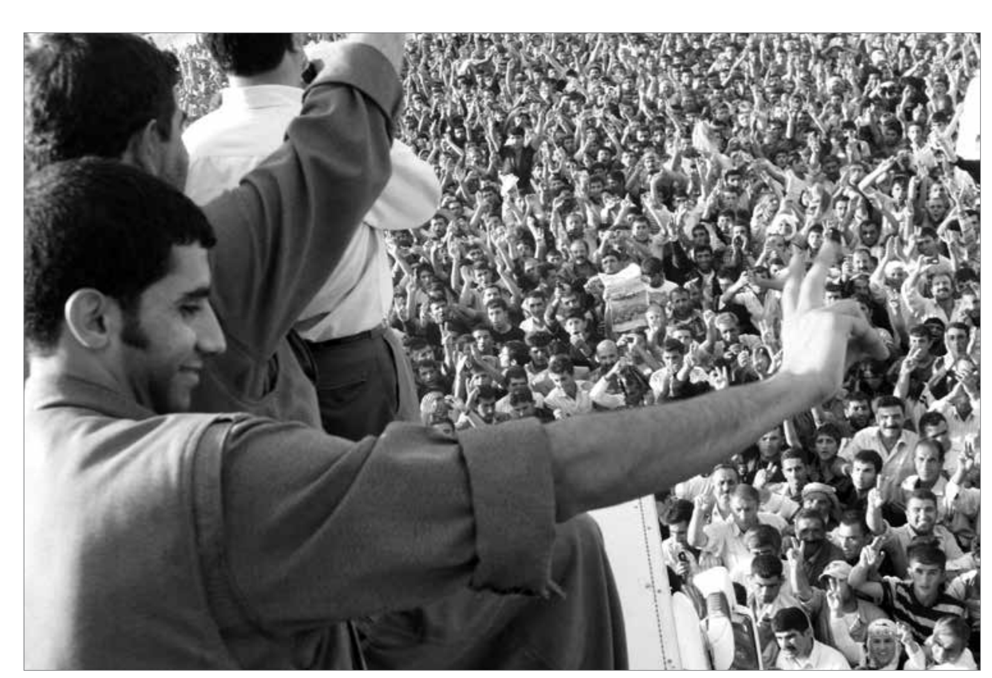
Wir glauben schon. Es gibt internationale Akteure, die sich mit ähnlichen Konflikten in anderen Teilen der Welt beschäftigen. Einige von ihnen hatten auch Interesse daran, sich mit der kurdischen Frage in der Türkei näher auseinanderzusetzen. Sie wollten einen Beitrag zur Lösung der kurdischen Frage leisten. Wir denken also nicht, dass sie schlechte Absichten hegten. Es mag sein, dass ihre Vorstellung von einer Lösung eine andere war als unsere. Aber dennoch hatten sie nicht dieselbe Absicht wie die Türkei. Die AKP wollte sie für die eigenen Zwecke instrumentalisieren. Das war das eigentliche Problem.

Alle Gespräche waren also von Seiten der AKP Teil eines wohlüberlegten Szenarios?

Ja, genau das waren sie. Die AKP hatte einen Plan und wollte die internationalen Akteure in ihren Plan integrieren, ohne dass sie es wussten. Ihre Einbindung diente der türkischen Regierung nur dazu, uns und der internationalen Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, sie gehe die Gespräche ernsthaft und glaubwürdig an.

Aber Ihre Bewegung hatte im Umgang mit der AKP in den Jahren 2005 bis 2007 Erfahrungen gesammelt. Weshalb nahmen Sie an den Gesprächen in Oslo teil, wenn Sie doch erahnen konnten, dass die AKP kein Interesse an einer Lösung hatte?

Auch in der Zeit vor der AKP waren gelegentlich Gespräche zustande gekommen. Selbst in Europa gab es Treffen, an denen unsere Freunde teilnahmen. Bestimmte Organe innerhalb der Armee, des türkischen Geheimdienstes und des Staates suchten immer wieder den Dialog und wir nahmen die Gespräche mit ihnen auf. Das gilt auch für die Zeit, in der unser Vorsitzender noch in Freiheit war. Es wurde also immer wieder aus dem Staat heraus Interesse an einer politischen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage auf Basis von Gesprächen und Verhandlungen signalisiert. Natürlich ist es schwer zu sa-



Eine Friedensdelegation aus dem südkurdischen Qendîl und dem Flüchtlingscamp Mexmûr reiste 2009 nach Nordkurdistan und in die Türkei. Überall auf den Straßen und Plätzen kamen Tausende zusammen. Alle hatten ein gemeinsames Ziel: Frieden und Freiheit! Foto: DIHA

gen, ob und welche dieser Anfragen ernst gemeint und welche taktischer Natur waren. Doch wir wissen, dass diese Tendenz innerhalb des Staates stets äußerst schwach ausgeprägt war.

Unser Vorsitzender maß sowohl vor als auch nach seiner Gefangennahme diesen Gesprächsinitiativen von Seiten des Staates Bedeutung zu und versuchte sie wahrzunehmen. Das war stets seine Herangehensweise und die unserer Bewegung, und mit dem Paradigmenwechsel haben wir ein noch stärkeres Gewicht auf den politischen Weg bei der Lösung der kurdischen Frage gelegt.

Es ist bekannt, dass unser Vorsitzender im Jahr 1993 auch auf die geringsten Hinweise auf einen politischen Lösungswillen des türkischen Staates positiv reagiert hat. Damals hatte Turgut Özal verschiedene Andeutungen gemacht, die auf eben diesen Lösungswillen in der kurdischen Frage hindeuteten. Auch die Möglichkeit einer Debatte über ein föderatives Modell kam zur Sprache. Unser Vorsitzender maß dem großen Wert bei. Nachdem auf höchster Ebene des Staates, aber auch innerhalb des Militärs und des Geheimdienstes Stellungnahmen im Sinne einer Lösung geäußert worden waren, reagierte unsere Bewegung 1993 mit dem Ausrufen eines Waffenstillstands.

In unserer Bewegung herrschte von jeher die Überzeugung vor, dass die kurdische Frage nicht allein mit militärischen Mitteln zu lösen sei. Der bewaffnete Kampf wurde nie als einzige Option begriffen. Die Waffe ist ein Mittel und sie wurde von uns als Mittel zum Widerstand betrachtet, um eine demokratische Lösung zu ermöglichen. Wenn die kurdische Frage durch Verhandlungen und politische Mittel gelöst worden wäre, wäre der bewaffnete Kampf ohnehin unnötig gewesen. Er ist allein deshalb zur Notwendigkeit geworden, weil die kurdische Frage verleugnet und die kurdische Bevölkerung der Vernichtung ausgesetzt wurde. Es ging also nicht darum, dass wir ihn aus irgendwelchen Gründen favorisiert oder uns sehr gern für ihn entschieden hätten. Er entstand aus einer Notwendigkeit heraus. Die PKK ist eine Bewegung, die als Konsequenz von Verleugnung und Vernichtung entstand. Der bewaffnete Kampf ist ebenfalls ein Ergebnis dessen.

In diesem Sinne hat unsere Bewegung stets die politische Lösung der kurdischen Frage zu ihrer Priorität erklärt. Stets wenn unsere Bewegung eine Regung im Sinne der Lösung erkennen konnte, hat sie versucht, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und eine Basis für die politische Lösung zu schaffen. So war es auch mit der AKP. In jener Phase wurde das erwähnte Vernichtungskonzept gegen unsere Bewegung eingeleitet – wir hatten es also mit einer Fortsetzung des internationalen Komplotts zu tun. Als dann die AKP an die Macht kam und Erdoğan erklärte, die kurdische Frage lösen zu wollen, wollten wir ihm eine Chance geben und schauen, ob er hinter seinen Worten steht. Aus diesem Grund riefen wir einen Waffenstillstand aus. Doch später zeigte sich, dass die AKP mit Rückendeckung der USA und anderer internationaler Mächte einen vollständigen Krieg gegen uns führen wollte. Sowohl unser Vorsitzender als auch unsere Bewegung sahen ein, dass die AKP keine andere Absicht hatte, als das Vernichtungskonzept gegen uns fortzuführen.

Dennoch wurden die Gespräche fortgesetzt. Wir wollten unser ernsthaftes Interesse an einer politischen Lösung der Frage zeigen. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir keine Zweifel und kein Misstrauen gegenüber der Aufrichtigkeit der AKP hatten. Doch wir wollten letztlich auch keine Chance ungenutzt lassen und gaben deshalb unser Einverständnis, die Gespräche zu führen, und ließen unseren Vorsitzenden über diese Entscheidung informieren. Unsere Briefe erreichten ihn durch den türkischen Geheimdienst MIT. Der MIT fungierte in dieser Zeit also faktisch als Bote zwischen der Bewegung und Imralı. In den Briefwechseln wurde schnell deutlich, dass sowohl unser Vorsitzender als auch wir in den Handlungen der AKP eine Hinhaltetaktik erkannten. Wir wollten dennoch die Phase aufrechterhalten, um die wahren Absichten der AKP zu erfahren.

Durch die internationale Beteiligung an den Gesprächen bekam die kurdische Frage über die regionale hinaus nunmehr auch eine globale Dimension. Wir überlegten uns, dass der internationale Druck die AKP vielleicht trotz ihrer anderweitigen Intentionen dazu drängen könnte, sich auf eine Lösung einzulassen. Auch aus diesem Grund wollten wir dem Ganzen eine Chance geben. Ansonsten war uns aufgrund der Annäherung der türkischen Abordnung schnell klar, dass mit dieser Haltung von Seiten der AKP kaum eine Lösung zu erzielen war.

Glauben Sie vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen überhaupt noch daran, dass in der kurdischen Frage mittels Verhandlungen eine Lösung erzielt werden kann?

Ohne einen tiefgreifenden Wandel in der Mentalität dieses Staates wird es weder mit demokratischen Verhandlungen noch mit einer anderen politischen Methode eine Lösung der kurdischen Frage geben. Das ist uns sehr klar geworden. Dass über lange Zeiträume hinweg Gespräche geführt wurden, ohne dass sie in irgendwelche Verhandlungen mündeten, zeigt uns, dass der türkische Staat sich in jeglicher Hinsicht einer Lösung verweigert. Das gilt sowohl für die Oslo-Phase als auch für die regelmäßigen Gespräche zwischen 2013 und 2015 auf Imralı, bei denen die HDP involviert war. Auch damals wurde über

einen langen Zeitraum hinweg ein Dialog zwischen unserem Vorsitzenden und dem Staat geführt. Doch es kam nie zu irgendeiner Form von Verhandlungen.

Aber diese Phase wurde doch als »Verhandlungs- und Lösungsprozess« bezeichnet …

Dass es zu keiner Lösung kam, liegt an der Geisteshaltung des Staates. Es kam seinerseits zu keinem grundlegenden Mentalitätswandel, die Verleugnungsmentalität wurde beibehalten. Dasselbe gilt für das nationalstaatliche Denken, also den Glauben an »ein Volk, eine Fahne, eine Sprache«. Diese Geisteshaltung ist monistisch, nationalistisch, sektiererisch, rassistisch und sexistisch. Dass mit einem solchen Verständnis ein tiefgreifender Konflikt wie die kurdische Frage keineswegs gelöst werden kann, ist offensichtlich. Für die Lösung der kurdischen Frage bedarf es zunächst einmal einer demokratischen Gesinnung. Solange diese nicht entwickelt wird, ist jeder Versuch, die kurdische Frage zu lösen, von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Mit der Beibehaltung der rassistischen Haltung unterscheidet sich die AKP nicht von den vorherigen Regierungen der Türkei. Im Gegenteil, sie ist der pure Ausdruck der Mentalität des türkischen Nationalstaates. In der Geschichte der türkischen Republik hat es gar kaum eine Epoche gegeben, in welcher der Nationalismus und der Rassismus so sehr auf die Spitze getrieben worden sind, wie unter der AKP. Die Praxis dieser Regierung ist der Beweis dafür. Es wäre falsch, ihre Praxis in Kurdistan mit den 1980er und 1990er Jahren zu vergleichen. Die Art, wie die AKP in Kurdistan vorgeht, gleicht vielmehr der Zeit zwischen 1925 und 1938. Wir haben es mit einer genozidalen Epoche zu tun. Kann es mit einer Regierung, die dafür verantwortlich ist, Gespräche geben, etwa über die demokratische Lösung der kurdischen Frage? Das ist schlichtweg unmöglich.

Eigentlich ist die gesamte Weltöffentlichkeit Zeuge geworden, dass die AKP all diese Phasen des Dialogs ausschließlich als taktisches Mittel dafür missbraucht hat, den Staat unter ihre Kontrolle zu bringen, ihr eigenes Personal an den Schlüsselstellen des Staates zu platzieren und das Regime in ihrem Sinne umzugestalten.

Wir haben den Dialog nie als eine Verhandlungsphase verstanden. Denn der Zeitpunkt von Verhandlungen wurde nie erreicht. Unser Vorsitzender hat zwar große Mühen aufge-



Gedenken an die 34 getöteten Jugendlichen, die 2015 bei einem Anschlag in Pirsûs (Suruç) getötet wurden. Die Jugendlichen waren auf dem Weg nach Kobanê, in Solidarität mit der Bevölkerung. Foto: ANF

bracht, um den Schritt zu den Verhandlungen zu ermöglichen. Aber die AKP hat nie von der Verleugnung der Kurden abgelassen und die Gespräche als Mittel genutzt, um uns hinzuhalten und für sich selbst Zeit zu gewinnen.

Das Verfahren wegen des Massakers von Paris am 9. Januar 2013 wurde eingestellt. Sie hatten erklärt, Ihre drei Genossinnen seien durch die Hand des türkischen Staates ermordet worden. Ist das weiterhin Ihre Meinung? Warum soll der Staat einerseits Gespräche mit Ihnen führen und andererseits ein solches Massaker verüben?

Am Massaker von Paris war der türkische Geheimdienst MIT beteiligt. Die Gespräche in Oslo führte auch der MIT. Während sie mit uns in Oslo den Dialog führten, planten sie zeitgleich die Eliminierung der Führungskräfte unserer Bewegung. Diese Pläne wurden in Paris umgesetzt. Bei der Ermordung unserer Genossinnen agierten sie zudem zusammen mit der Organisation von Fethullah Gülen. Natürlich gab es da noch die internationale Dimension. Der französische Geheimdienst war ebenfalls involviert. In erster Linie war es aber eine Kooperation zwischen Staat und Gülen-Orden. In jener Zeit spekulierten sie, dass mit der Eliminierung von 20 bis 30 Führungskräften der PKK unsere Organisation in sich zusammenfallen würde. Um diese Pläne umzusetzen, schmiedeten sie innerhalb des Staates Bündnisse. Die AKP und der Gülen-Orden hatten ohnehin Pläne, den Staatsapparat vollständig unter Kontrolle zu bringen. Sie lenkten den Staat in jener Zeit bereits weitgehend und waren gemeinsam an der Macht. Und so haben sie das Massaker von Paris auch gemeinsam geplant und umgesetzt.

Warum waren solche Massaker nicht schon zuvor verübt worden? Warum erst mit dem Beginn der Imralı-Gespräche?

Ziel des Massakers war es, die Entschlossenheit unserer Bewegung zu brechen. Sie erhofften sich dadurch, uns ihren Willen aufdrücken zu können. Das war ihr Kalkül.

Haben Sie noch Kontakt zu den internationalen Vermittlern?

Ja, die Bemühungen der Mittler halten an, das schätzen wir sehr. Doch die Haltung der AKP und des türkischen Staates ist offenkundig, und unter den gegebenen Umständen können diese Bemühungen zu keinem Ziel führen. Wenn also etwas von der internationalen Ebene aus erreicht werden soll, muss sich zunächst einmal die Politik der EU und der europäischen Staaten gegenüber der Türkei ändern. Wenn Europa gegenüber der Türkei keine klare Haltung einnimmt, werden auch die Bemühungen dieser Organisationen zu keinem Ergebnis führen.

Eine wichtige Grundlage dafür, dass die Türkei an ihrer Verleugnungs- und Vernichtungslogik bis heute festhalten kann, ist auch der Umstand, dass die internationalen Mächte, allen voran die europäischen Staaten, stets Ankara unterstützt haben und dies weiterhin tun. Diese Unterstützung kommt einer Zustimmung zur türkischen Politik gleich. Denn die Türkei findet darin Rückhalt und schöpft daraus Kraft, dass Europa die Vernichtungspolitik des Staates gegenüber den Kurden stets als »Kampf gegen den Terror« aufgreift und der Türkei aufgrund der NATO-Partnerschaft jede Art von ökonomischer, geheimdienstlicher und technischer Unterstützung bietet. Nur durch diese Hilfe gelingt es der Türkei überhaupt, ihren Krieg gegen die Kurden weiterzuführen und zu vertiefen. Es bringt auch absolut nichts, wenn die europäischen Länder bloß wohlwollend auf die Türkei einreden, um die Partner in Ankara nicht zu sehr zu brüskieren. Dadurch wird die Türkei nichts an ihrem Kriegskurs ändern. Dessen sollte sich Europa bewusst sein.

Wie kann die Mentalität des Staates dann verändert werden? Das hängt in erster Linie von der Stärke des gesellschaftlichen Widerstandes ab. Das ist unsere Aufgabe. Doch die Aufgabe der internationalen Organisationen, die sich für den Frieden einsetzen wollen, ist es, die europäischen Staaten dazu zu bewegen, ihre Haltung zur Türkei zu ändern. Das wäre wichtig. Denn wenn Europa der Türkei keine Waffen zur Verfügung stellen würde, wenn es die wirtschaftliche, geheimdienstliche und technische Unterstützung für die Türkei aus Europa nicht gäbe, wenn die PKK von der EU-Terrorliste gestrichen werden würde, wenn also Europa mit klarer Haltung die Türkei zu einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage auffordern würde, ja dann wäre die Türkei gezwungen, von ihrem Kriegskurs abzulassen. Dann würde sich eine Lösung entwickeln und dann müsste sich die Mentalität des türkischen Staates wandeln.

Haben Sie diese Ausführungen auch den entsprechenden Partnern mitgeteilt?

Selbstverständlich. Wir diskutieren mit ihnen über diese Punkte. Wir zeigen auf, wie die demokratische Lösung der Frage aussehen kann. Einen anderen Weg gibt es nicht. Ohne dass die Türkei ihre Haltung ändert und solange sie hierfür auch noch die Unterstützung aus dem Ausland erhält, wird es keine Schritte in Richtung einer Lösung geben. Jegliche Mühe wäre dann umsonst. ♦

Der Iran braucht einen neuen Diskurs und eine neue Politik

Es wird eine Realität im Iran entstehen, die Europa und den USA nicht gefallen wird

Interview mit Fûad Berîtan, KODAR-Kovorsitzender

Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge aus einem Gespräch mit Fûad Berîtan, dem Kovorsitzenden der Freiheits- und Demokratiebewegung Ostkurdistans (KODAR), über die falsche, eurozentristische Betrachtung des Iran und dessen Gesellschaft.

Fûad Berîtan, können Sie mit einigen Worten die Gesellschaft des Iran beschreiben?

Werte wie Gerechtigkeit und Gleichheit sind in Fülle in den Tiefen der Kultur der *[iranischen]* Gesellschaft enthalten. Es existiert eine demokratische und freiheitliche Kultur. Es ist falsch, auf den Iran zu schauen und zu sagen, es gebe keine freiheitliche und demokratische Tradition. Werfen wir einen Blick auf seine jüngere Geschichte: Allein die nationaldemokratische Tendenz, die ihr Symbol mit Mossadegh findet, die islamische Revolution, also die Revolution, die den Schah stürzte, hatten starke demokratische Aspekte. Es hat in der Gesellschaft ein sehr starkes demokratisches Erwachen gegeben, eine demokratische Revolution hat stattgefunden. Sie hat bedeutende Veränderungen im Charakter und in den Gefühlen der Gesellschaft mit sich gebracht. Seither gibt es keine gesellschaftliche Realität, die sich der Macht und dem Staat beugt. Vielmehr besteht eine Neigung zur Organisierung und demokratischen Dynamik. Selbst das System, das seine Macht erhalten will, hat das Bedürfnis nach Organisierung der Gesellschaft. Es ist auch diese durch die demokratische Revolution gegen den Schah entstandene Gesellschaftsrealität, die heute den Status quo im Land erschüttert. Im derzeitigen Wanken des Regimes kann man also auch die Einflüsse der iranischen Volksrevolution auf die Gesellschaft wiederfinden.

Wir können die Realität der iranischen Gesellschaft nicht verstehen, wenn wir unsere Analyse darauf reduzieren zu sagen, dass die Gesellschaft auf diese oder jene Art und Weise von einem repressiven Regime unterdrückt wird. Die repressiven Strukturen, die die iranische Gesellschaft heutzutage zu prägen scheinen, täuschen über den wahren und historischen Kern der Gesellschaft hinweg. Stattdessen brauchen diejenigen, die den Iran demokratisieren und die kurdische Frage auf einem demokratischen, politischen Weg lösen wollen, mehr Objektivität und Realismus beim Blick auf die iranische Gesellschaft. Diese ist in den Ländern des Mittleren Ostens nach Kurdistan und der kurdischen Gesellschaftsrealität diejenige, die am ehesten zur Demokratisierung neigt.

Sind die USA bzw. Europa an einer wirklichen Demokratisierung des Iran interessiert?

Es wird eine Realität im Iran entstehen, die Europa und den USA nicht gefallen wird. Wie man am Irak und Iran sieht, sind heute Antiimperialismus und Antiamerikanismus mit diesen repressiven, autoritären Regimen nicht mehr möglich. Da diese jedoch nicht die Kraft und Unterstützung der Gesellschaft haben, ist ihre Position nach außen schwach. Andererseits würde jede demokratische Regierung, die sich auf die Gesellschaft stützt, erfolgreich sein. Aus diesem Blickwinkel können dem Westen und den USA die Schritte zur Demokratisierung und Öffnung im Iran – anders als behauptet – gar nicht gefallen, da diese demokratische Öffnung eine Entwicklung mit sich bringt, die keinesfalls mehr Einfluss des Westens im Iran bedeutet. Ein Iran, der mit Reformen und demokratischen Schritten seine gesellschaftliche Basis ausbaut und das Organisationsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung anerkennt, wird nach außen hin eine stärkere Position erlangen. Die USA hingegen wollen einen Wechsel, der durch politische

Kollaboration und wirtschaftliche Liberalität gekennzeichnet ist. Stattdessen müsste sich der Iran jedoch in erster Linie eine demokratische Öffnung und Reformen zur Grundlage nehmen und dabei den Willen der Gesellschaft miteinbeziehen.

Aus diesen Überlegungen heraus ist es nicht ausreichend und sogar falsch, sich den Entwicklungen im Iran mit der Brille des Westens anzunähern. Zugleich dürfen sich die gegenwärtig oppositionellen Kräfte auch nicht sektiererisch verhalten. Denn dann besteht die Gefahr, dass sich der Iran so »demokratisiert«, wie der Westen es sich vorstellt: also statt einer tatsächlichen Demokratisierung der Gesellschaft lediglich eine politische Kollaboration mit dem Westen und eine vollständige Liberalisierung der Wirtschaft. Im Iran hingegen besteht eine gesellschaftliche Tendenz gegen dieses Bestreben des Westens. Dies muss auch gesehen werden.

Wie können Lösungen für den Iran und seine Gesellschaften aussehen?

Die gegenwärtig beste Lösung für den Iran ist es, die gesellschaftlichen Kräfte zu aktivieren und die Probleme aller seiner Gesellschaften, wie die der Kurden, auf demokratischem, politischem Weg zu lösen. Ohne Zweifel wird die Demokratisierungsphase des Iran auch für die Befreiung der kurdischen Gesellschaft wichtige Möglichkeiten bieten. Doch dies wird nicht mit dem Ansatz des Westens geschehen, sondern mit den positiven Werten des Iran und auf Grundlage der historischen Realität des Mittleren Ostens.

Angesichts der Demokratisierung des Iran, der dortigen Entwicklung des Freiheitskampfes und der entstehenden Opposition mit ihrer prinzipientreuen Haltung gegen den Westen wird es einen neuen Diskurs, eine neue Politik für den demokratischen Kampf brauchen. Selbstverständlich wird die Guerilla weiter Garantin für die Sicherheit der Freiheit und Demokratie bleiben. Sie wird weiterhin die Gesellschaft und deren Werte gegen jeglichen Angriff verteidigen. Einen Kampf ohne legitime Selbstverteidigung zu denken, bedeutet insbesondere im Mittleren Osten, sich dem Feind schutzlos auszuliefern. Doch anstatt den Kampf ausschließlich mit der Guerilla zu führen, muss die demokratische Organisierung entwickelt und mit der Einheit der Gesellschaften für das Ziel eines demokratischen Iran und für ein föderales bzw. autonom-demokratisches Kurdistan gekämpft werden. ♦



Immer wieder werden Kolber durch Regimekräfte des Iran getötet. Regelmäßig berichtet der iranische Menschenrechtsverein über die Gewalt, die den Lastenträgern und ihren Tieren durch iranische Sicherheitskräfte angetan wird. Wegen der schlechten wirtschaftlichen Perspektiven und der hohen Arbeitslosigkeit im Iran riskieren sie unter schwierigsten Umständen ihr Leben. Aus Sicht der Behörden stellen die im Grenzhandel tätigen Lastenträger ein Sicherheitsrisiko dar. Im Zuge dessen verhängte das iranische Regime Anfang des Jahres ein Verbot über den Grenzhandel. Kurz darauf brachen überall im Iran und Rojhilat Proteste und Aufstände aus. Foto: ANF

Aus Sicht der Völker der Region ist es unserer Ansicht nach unausweichlich, eine Struktur im Rahmen einer »Demokratischen Konföderation des Mittleren Ostens« aufzubauen ...

Der Irak nach den Wahlen

Interview mit Navdar Sînegir, Mitglied des Außenarbeitskomitees der KCK

Am 12. Mai haben im Irak Parlamentswahlen stattgefunden. Als Sieger konnte sich die Liste »Sairun« (Wir marschieren) des schiitischen geistlichen Muqtada al-Sadr durchsetzen. Die Wahlen gelten aber weiter als umstritten. Seit Wochen werden Betrugsvorwürfe laut. Zur Perspektive des Irak und wie die Vorschläge der kurdischen Freiheitsbewegung zur Lösung der anhaltenden Probleme des Landes aussehen, sprachen Berfîn Bagdu und Rojbîn Amed mit Navdar Sînegir, Mitglied des Außenarbeitskomitees der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), in Behdînan.

Wie bewerten Sie die Wahlen im Irak?

Zuerst einmal ist es für die Demokratie wichtig, dass die Wahlen stattgefunden haben. In einem Land wie dem Irak, das mit derart vielen Problemen konfrontiert ist, verfolgen verständlicherweise alle mit großem Interesse ihren Ausgang. Eines wurde im Rahmen der Wahlen vom 12. Mai dieses Jahres ganz deutlich: Der Irak lässt sich nicht mehr wie früher regieren. Dass die Macht bei nur einer Partei und konfessionellen Gruppe liegt, lässt sich nur noch schwer durchsetzen. Daher ist es für den Irak und die gesamte Region wichtig, dass im neu gewählten Parlament alle Völker, Ethnien, Minderheiten und Glaubensrichtungen repräsentiert werden. Als Bewegung bewerten wir es als wichtig, dass sich viele Parteien und Bündnisse an den Wahlen beteiligt haben. Nichtsdestotrotz muss in den Bewertungen auch berücksichtigt werden, dass die Wahlbeteiligung sehr gering ausfiel. Wir hoffen vor allem, dass die neu zu gründende Regierung eine konstruktive Rolle spielt und auf diesem Weg dem Wahlergebnis gerecht wird.

Die Demokratisierung des Irak ist aus Sicht der Kurdinnen und Kurden ausschlaggebend, dafür trägt insbesondere die Regierung der Autonomen Region Kurdistan eine hohe Verantwortung. Doch in dieser Hinsicht bestehen noch große Unzulänglichkeiten. Die Kurdinnen und Kurden in Südkurdistan haben selbst Probleme mit dem Aufbau eines demokratischen Systems und der Schaffung einer einheitlichen Position untereinander.

Was hat sich im Irak seit den Wahlen verändert?

Es ist wichtig, die Position des irakischen Staates und der bis heute andauernden Art und Weise seiner Führung umfassend zu verstehen und zu analysieren. Wie allseits bekannt, gelangte Saddam Hussein durch einen Putsch an die Macht. Diese Phase, in der der Irak diktatorisch regiert wurde, dauerte 23 Jahre. Die Diktatur sorgte vielleicht dafür, dass die Menschen satt wurden, doch im Namen der Menschlichkeit unternahm sie nichts. Insbesondere Kurden und Schiiten litten sehr unter ihr.

Während seiner gesamten Regierungszeit verwickelte Saddam Hussein die Iraker in Kriege. Auf den acht Jahre dauernden Krieg gegen den Iran folgte 1991 die Besatzung Kuwaits, die sieben Monate dauerte. Durch diese Kriege brachte er die Menschen im Irak in eine sehr schwierige Lage und sorgte damit dafür, dass ihr Unmut wuchs. Durch Krieg und Unterdrückung hielt er sein Regime am Leben. Das hielt bis zur Intervention der USA im Jahr 2003 an. Während seiner Regierungsjahre gewann Saddam mit seiner Baath-Partei alle Wahlen mit teilweise bis zu 100 Prozent der Wählerstimmen. Der Sieg einer anderen Partei war unvorstellbar. Kurz gefasst: Von den Umayyaden bis zu Saddam lag die Macht stets ausschließlich in den Händen der Sunniten.

Trotz des hohen schiitischen und kurdischen Anteils an der Bevölkerung des Irak gestatteten die Sunniten ihnen keine Teilhabe an der Macht. Im Gegenteil, sie versuchten ihre eigene Macht durch kontinuierlichen Druck und durch Massaker zu sichern. Zusätzlich leben auch Turkmenen, Assyrer, Êzîden und die Schabak im Irak. Doch die Autorität und Macht lagen stets in den Händen der Baath-Partei und der Sunniten.

Nach der US-amerikanischen Invasion im Jahr 2003 wurde eine neue Verfassung erarbeitet, auf deren Grundlage zukünftig gewählt wurde. Darin wird der Demokratie viel Wert beigemessen, doch die Krise und Instabilität im Land ließen ihre praktische Umsetzung nicht zu. Mit den aktuellen Wahlen wurde nun das fünfte Parlament seit der US-Intervention gewählt. Die 329 Sitze werden an alle Parteien und Minderheiten vergeben. Unter Berücksichtigung der Situation im Irak ist vorgesehen, dass der Präsident kurdisch, der Ministerpräsident schiitisch und der Parlamentspräsident sunnitisch sein muss. Die Umsetzung all dessen ist bedeutend für die Repräsentation der im Irak lebenden Volksgruppen und Glaubensrichtungen sowie die Demokratisierung des Landes und ist somit notwendig für die Gewährleistung von Stabilität.

Inwiefern unterscheiden sich die Wahlen am 12. Mai von vorangegangenen Wahlen im Irak?

Der entscheidende Unterschied der Wahlen vom 12. Mai sind die Angriffe des Islamischen Staates (IS), die im Jahr 2014 einen massiven Schock und eine tiefgreifende Krise im Irak auslösten. Einer der Gründe für diese Angriffe war die Unfähigkeit der entscheidenden Akteure, das Land zu regieren. Sie konnten stattfinden, da die Politik von konfessionellen Konflikten geprägt war, die sich stetig vertieften. Der IS entstand, indem er von dieser Situation profitierte. Zugleich führten die damaligen Entwicklungen zum Ende der Al-Maliki-Regierung und zur Machtergreifung al-Abadis. Der Kampf gegen den IS ging also mit der Bildung der Al-Abadi-Regierung einher, nach deren Ende Wahlen angesetzt wurden.

Ein entscheidender Unterschied der Wahlen vom 12. Mai ist, dass viele Parteien gemeinsam im Rahmen von Wahlbündnissen antraten. Das ist ein wirkliches Novum. Insgesamt nahmen 25 Parteien und 63 Wahlbündnisse teil. Muqtada al-Sadr, der in weiten Teilen des Irak die meisten Stimmen erhielt, trat gemeinsam mit den Kommunisten an. Der vom Iran unterstützte schiitische Milizionär Hadi al-Amiri wurde an zweiter Stelle gewählt, den dritten Platz belegte Haydar al-Abadi.

Muqtada al-Sadr war gut auf die Wahlen vorbereitet und erhielt insbesondere Unterstützung aus den Kreisen schiitisch-arabischer Nationalisten. Einige Monate vor den Wahlen hatte sich al-Sadr mit dem saudischen Prinzen getroffen. Dieses Treffen spricht für Unterstützung von Seiten der Arabischen Union, die wiederum von den USA aufgebaut wurde. Den Sieg al-Sadrs als etwas Gewöhnliches zu bewerten, wäre falsch. Richtiger wäre es, ihn als ein Konzept für den Irak zu verstehen. Im Rahmen der Wahlen fand kein Kampf zwischen



Jugendliche in Südkurdistan machten sich auf den Weg nach Qendîl, um gegen die Invasionsdrohungen gegen die Region zu protestieren. Foto: ANHA

Schiiten und Sunniten bzw. zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden statt. Vielmehr kam es zu Konflikten zwischen den schiitischen Kräften.

Ein weiterer beachtenswerter Punkt ist das hohe Interesse der westlichen Mächte und der regionalen Akteure. Sowohl die USA und England als auch Saudi-Arabien und der Iran zeigten großes Interesse an den Wahlen.

Gegen die Wahlergebnisse gab es massiven Widerstand. Besonders intensiv wurde darüber diskutiert, dass zum ersten Mal elektronisch abgestimmt wurde. Es ist beachtlich, dass alle Akteure in den von ihnen kontrollierten Gebieten sehr gute Ergebnisse erzielen konnten, vor allem die Schiiten und Kurden. Einer der Faktoren, welche die Wahlergebnisse besonders stark beeinflussten, war die Wahlbeteiligung. Im gesamten Irak lag die Wahlbeteiligung bei sehr niedrigen 45,2 Prozent. Im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen war sie damit deutlich niedriger. Das muss in den Bewertungen berücksichtigt werden. Nach der US-Intervention konnte keine der Regierungen die Erwartungen und Forderungen der Bevölkerung erfüllen. Das Land befand sich in einem dauerhaften Kriegszustand, der schon zehn Jahre anhält. Jeden Tag sterben Menschen. Die verschiedenen Regierungen fanden keine Lösungen für die ökonomischen und politischen Krisen. Das ist sicherlich auch ein Grund für die niedrige Wahlbeteiligung.

Es gibt einen weiteren wichtigen Aspekt, der sich bei den Wahlen sehr deutlich gezeigt hat: In Südkurdistan (Nordirak) spielen nicht mehr nur zwei Parteien eine Rolle. Betrachtet man die Anzahl und Besonderheiten der Parteien, die zusätzlich zur PDK (Demokratische Partei Kurdistans) und YNK (Patriotische Union Kurdistans) antraten, wird deutlich, dass sich ihr Kampf fortsetzen wird. Allein in Südkurdistan nahmen acht Parteien und politische Bewegungen teil. Das ist ein Novum in der Geschichte des Irak und Südkurdistans. Das wird den Konkurrenzkampf in Südkurdistan in der kommenden Phase beeinflussen.

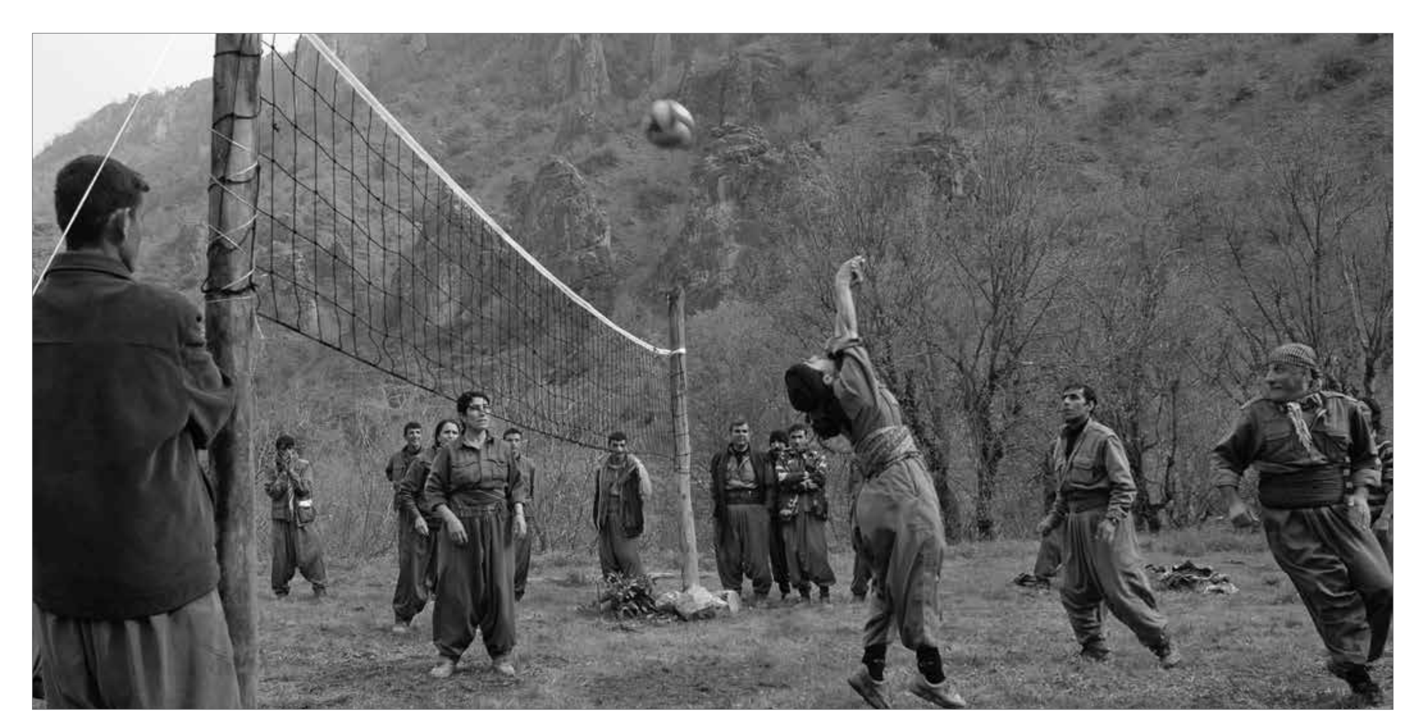
Wie lässt sich die Haltung der irakischen Zentralregierung gegenüber den Kurden in der Vergangenheit beschreiben? Wie sieht sie heute aus?

Bereits in der Vergangenheit stand die irakische Zentralregierung in Kontakt mit den Kurden. Sie verfolgte stets eine andere Politik als die der Türkei, Syriens oder des Iran, die Kurdistan besetzt halten. Doch sie sprach den Kurden nie ihre verfassungsgemäßen Rechte zu und verweigerte ihnen auch die Anerkennung als eigenständiges Volk, das eine spezifische Region bevölkert. Dadurch wurden den Kurden ihre grundlegendsten Rechte vorenthalten. Die aktuellen Fortschritte, die wir in Südkurdistan sehen, wurden alle unter dem Einsatz großer Mühen und Opfer erkämpft. Massaker wie in Helebce (Halabdscha) sind Teil der südkurdischen Geschichte und wurden nie vergessen. Hunderte Dörfer wurden abgebrannt und entvölkert, Tausende Menschen umgebracht. Mit der US-Intervention im Irak wurde auch die föderalistische Struktur Südkurdistans anerkannt. Doch die irakische Regierung ist nicht zu Schritten bereit, die darüber hinausgehen.

Im Zuge der Angriffe des IS ergaben sich enorme Möglichkeiten in Südkurdistan. Doch der Regierung der Autonomen Region Kurdistan gelang es in dieser Phase weder, ihrer Führungsaufgabe gerecht zu werden, noch die erzielten Gewinne umfassend zu sichern. Aufgrund der anhaltenden Unklarheiten in den »umstrittenen Gebieten« *[Anm.: die für ein Referendum über die künftige Zugehörigkeit vorgesehenen Gebiete]* gingen die gewonnenen Regionen, insbesondere Kerkûk, kurz nach dem Unabhängigkeitsreferendum vom 25. September 2017 wieder verloren. Diese Wahlen sind für die Regionalregierung nicht nur heute, sondern bereits in der Phase des Referendums vom 25. September bis zum 16. Oktober verlorene Wahlen. Das Ausschlaggebende in dieser Situation ist weder der Gewinn noch der Verlust einiger Abgeordnetensitze, sondern der allgemeine Verlust des politischen Einflusses und der eigenen Position. Die Regierung der Region wurde ihrer Rolle nicht gerecht, da sie falsche und zeitlich unpassende Maßnahmen ergriff. Die irakische Zentralregierung nimmt gegenüber Südkurdistan in etwa die Position ein: »Ja, ihr seid akzeptiert, mit Rechten und Gesetzen, aber mehr geht nicht. Alles, was ihr tut, darf nur so weit gehen, wie wir es wollen.« Das war die Botschaft hinter der Schließung der Flughäfen in Silêmanî und Hewlêr (Erbil) und der Grenzübergänge.

Sind nur äußere Kräfte für die Krise und das Chaos im Irak verantwortlich? Welche Rolle spielen dabei die Regierungen des Irak und der Autonomen Region Kurdistan?

Es gibt viele verschiedene Gründe für die derzeitige Krise im Irak. Doch die entscheidende Verantwortung liegt definitiv bei der Regierung, also den Machthabern. Ein gut regierter Ort wird niemals von einer Krise erfasst. Selbst wenn, dann haben die Folgen nicht derart dramatische Ausmaße wie im Irak. Die geografische Lage des Landes, die Vielfalt seiner Völker und Konfessionen und seine natürlichen Ressourcen bieten zwangsläufig den Nährboden für die Einmischung verschiedenster Akteure. Daher sehen wir immer wieder umfangreiche Interventionen und politische Machtkämpfe von außen und innen. All diese Probleme lassen sich einzig und allein durch ein demokratisches System lösen. Genau hier tut sich der Irak schwer, obwohl er so dringend einer richtigen Umsetzung de-



Volleyballturnier in den südkurdischen Medya-Verteidigungsgebieten. Foto: ANF

mokratischer Prinzipien bedarf. Wenn die Demokratie auf der Grundlage der irakischen Verfassung umgesetzt wird, werden auch die Krise und das Chaos im Land enden. Ein demokratisches System wird das Ende der Korruption und die Entwicklung von Gerechtigkeit, Recht und Gesetz bedeuten, wodurch sich viele Probleme auflösen werden.

Auch die Regierung der Autonomen Region Kurdistan spielt eine wichtige und entscheidende Rolle in dem andauernden Chaos und der Krise. Die kurdische Region ist seit langem praktisch führungslos. Das Parlament wurde geradezu beschlagnahmt, arbeitet nicht und auch die Regierung ist nicht funktionsfähig. An einem Ort, an dem das Parlament, also die Mindestanforderung an ein demokratisches System, nicht funktioniert, werden zwangsläufig Chaos und Krisen entstehen. In dieser führungslosen Region gelang es den Machthabern nur, ihre eigenen Kreise zu organisieren und sich materielle Vorteile zu sichern. Dem Volk und der Demokratie leisteten sie jedoch keinerlei Dienste. Zusammen mit grundlegend falschen politischen und zeitlich unpassenden Entscheidungen (z. B. die Beziehungen zur Türkei und das Referendum) kam es zwangsläufig zum Chaos.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Krise und das Chaos im Irak ist, dass die Regierung das Land stets in eine Situation versetzte, in der es sehr anfällig für Interventionen und Drohungen von außen war. Das führte an einigen Orten sogar zur Besetzung von Teilen des Irak. Die türkischen Militärbasen innerhalb irakischer Grenzen und in Südkurdistan sind dafür ein Beispiel. Weder die irakische Zentralregierung noch die Regierung der Autonomen Region Kurdistan nehmen zu dieser und ähnlichen Situationen eine entschiedene Haltung ein. Dadurch erwecken sie den Eindruck, der Besatzung praktisch zuzustimmen. Das führt auf Seiten der Völker des Irak verständlicherweise zu Unzufriedenheit. Um die Probleme eines besetzten Landes schnell lösen zu können, müssen erst einmal die Besatzer vertrieben werden.

Was erwartet den Irak nach den Wahlen? Erwarten Sie tiefgreifende Veränderungen?

Als Ergebnis dieser Wahlen erwartet den Irak mit großer Wahrscheinlichkeit eine breit aufgestellte Koalition. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Politik der neuen Regierung der politischen Linie der vorangegangenen Regierung entspricht und welchen politischen Ansatz sie grundsätzlich verfolgen wird. Doch die Partei al-Sadrs, die als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorging, verfolgt für den Irak und insbesondere für das Schiitentum mit seinem Zentrum in Nadschaf eine besondere Mission. Sie verfügt über eine eigene Miliz mit ca. 20.000 bewaffneten Kräften. In der Vergangenheit stürmten die Anhänger al-Sadrs viele Male das Parlament, um gegen die grassierende Korruption im Land zu protestieren. Die Beziehungen zu den Nachbarländern des Irak, insbesondere zum Iran und zur Türkei, sind auch ein wichtiges Thema. Wenn wir

uns jedoch die Herangehensweise der äußeren Kräfte anschauen, sehen wir, dass jede versucht, eine Regierung nach ihrem Format zu stärken. Insbesondere Vertreter der USA und des Iran trafen sich kurz nach den Wahlen mit vielen politischen Parteien und Gruppen.

Es wäre unrealistisch davon auszugehen, dass die neue Regierung alle Probleme auf einmal lösen wird. Am geschwächtesten gehen die sunnitischen Gruppen aus den Wahlen hervor. Es ist wichtig anzuerkennen, welche Gefahren die unzureichende Repräsentierung der Sunniten im irakischen Parlament für das Land bedeuten kann. Dieses Thema beschäftigt viele Beobachter. Aus Sicht der Kurden ist derzeit fraglich, wie sie in der neuen Regierung und im Parlament vertreten sein werden und ob sie oder eine andere Partei den Präsidenten stellen werden.

Die irakische Verfassung spricht allen Selbstverwaltungen, autonomen Strukturen und Minderheiten das Recht auf Selbstverteidigung zu. Als Bewegung verfolgen wir ein Projekt, das allen Völkern, Minderheiten und Glaubensrichtungen erlaubt, ihre eigenen Selbstverwaltungssysteme aufzubauen, um sich im Falle eines Angriffes selbst verteidigen zu können. Es geht uns also darum, allen Völkern die Möglichkeit zu bieten, in Freiheit und Demokratie zu leben.

Kurz gefasst: Dem Irak stehen schwere Zeiten bevor. Die bestehenden Probleme können nur durch ein stabiles Parlament und eine breit aufgestellte Regierungskoalition gelöst werden. Da Muqtada al Sadr selbst kein Abgeordneter ist, kann er auch nur schwer Premierminister werden. Sein Bündnis wird nicht nur bei der Bildung einer neuen Regierung, sondern auch im Parlament eine wichtige Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen. Es ist wichtig, dass in einer breiten Regierungskoalition alle Gruppen vertreten sind. Für eine stabile Regierung bedarf es 165 Abgeordneter. In der jetzigen Situation ist diese Zahl nur durch eine breit aufgestellte Koalition erreichbar, daher ist davon auszugehen, dass Vertreter aller Gruppen in der neuen Regierung vertreten sein werden. Die neu zu gründende Regierung wird es sich zur Aufgabe machen, im gesamten Irak ihren Einfluss zu sichern. In diesem Zusammenhang besteht somit gleichzeitig auch Potential für große Konflikte.

In der Region tobt ein Krieg, der auch als Dritter Weltkrieg bezeichnet wird. Im Irak und Syrien dauert dieser Krieg noch immer an. Seit dem Amtsantritt von Trump wird auch der Iran zunehmend zum Ziel. Im Falle einer Intervention der USA im Iran wäre auch eine Intensivierung des Krieges und der Krise im Irak unausweichlich. In einem solchen Falle würden sowohl die irakische Zentralregierung als auch die Regierung der Autonomen Region Kurdistan mit großen Problemen konfrontiert werden.

Hat die PKK Vorschläge für die Lösung der Probleme im Irak?

Die PKK kämpft für alle Völker, die im Mittleren Osten leben, und verfolgt die Absicht, mit ihnen gemeinsam einen Kampf für Demokratie zu führen. Der irakische Staat ist ein wichtiger Akteur im Mittleren Osten, auch deshalb unterstützen wir die Verteidigung des föderalen Systems dort. Es ist wichtig anzuerkennen, dass die PKK die wichtigste Kraft war, die gegen die Angriffe des IS im Irak aktiv wurde. In Şengal, Kerkûk und Mexmûr führte die PKK einen entschlossenen und sehr erfolgreichen Kampf, insbesondere wurden die Angriffe auf die Êzîden verhindert. Mit diesem Einsatz verteidigte die PKK nicht nur die Kurden, sondern alle Volksgruppen und Glaubensrichtungen im Irak.

Die irakische Verfassung spricht allen Selbstverwaltungen, autonomen Strukturen und Minderheiten das Recht auf Selbstverteidigung zu. Als Bewegung verfolgen wir ein Projekt, das allen Völkern, Minderheiten und Glaubensrichtungen erlaubt, ihre eigenen Selbstverwaltungssysteme aufzubauen, um sich im Falle eines Angriffes selbst verteidigen zu können. Es geht uns also darum, allen Völkern die Möglichkeit zu bieten, in Freiheit und Demokratie zu leben. Die PKK führt den Kampf für dieses Projekt nicht, um materielle Vorteile daraus zu ziehen. Das bringen die Êzîden offen zur Sprache: »Die PKK kam mit ihren Rucksäcken auf dem Rücken und so ist sie auch wieder gegangen. Nur ihre Gefallenen ließen sie uns zurück.« Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass sie nicht für persönliche Profite kamen, sondern um das Volk und die Menschlichkeit zu verteidigen. Aus Sicht der Völker der Region, einschließlich des Irak, ist es unserer Ansicht nach unausweichlich, eine Struktur im Rahmen einer »Demokratischen Konföderation des Mittleren Ostens« aufzubauen, so wie sie von Abdullah Öcalan vorgeschlagen wurde. Dadurch können Stabilität und Ruhe in der gesamten Region geschaffen werden. Alle anderen Lösungsvorschläge wurden ausprobiert, führten jedoch nur zu Chaos und zur derzeitigen Krise. ♦

Interview über die Situation und Perspektiven der Frauen in Rojava

Befreiung der Frauen hängt mit der Befreiung der Gesellschaft zusammen

Fatma Letko, Sprecherin des Diplomatie-Komitees des Kongreya Star des Kantons Efrîn, im Gespräch mit Ramazan Mendanlioğlu, 14.05.2018, Amûdê

Hallo, kannst du dich bitte vorstellen?

Mein Name ist Fatma Letko, ich bin Sprecherin für diplomatische Beziehungen des Kongreya Star *[Dachorganisation der Frauenbewegung in Nordsyrien-Rojava]*.

Kannst du ein wenig über die Rolle und Organisierung der Frauen in Efrîn erzählen? Mich interessiert insbesondere die Frauenarbeit und -perspektive. Welche frauenspezifischen Tätigkeitsfelder hattest du, welche institutionellen Strukturen hatte Kongreya Star? Welchen Einfluss hatte die fraueneigene Organisierung auf die Gesamtgesellschaft in Efrîn? Was in diesem Bereich ist durch den türkischen Angriff zerstört worden?

Ich bin 2011 der Frauenbewegung beigetreten. Es war notwendig, dass sich Frauen im Hinblick auf ihre damalige Situation Gedanken um existentielle Fragen machen. Für ein gerechtes und würdiges Leben mussten sie sich auf eine Suche begeben, sich selbst suchen. Sie stellen sich dabei die Entwicklung der Gesellschaft und die familiären wie frauenspezifischen Probleme betreffende Fragen und suchen nach möglichen Lösungen. Die Existenz der heutigen Frauenbewegung und -organisierung ist ein Resultat dieser Suche. Damals haben kurdische Frauen die Yekîtîya Star *[Vorgängerorganisation von Kongreya Star]* gegründet, mit dem Ziel, die Frauen auf diversen Feldern zu organisieren. Die Absicht war es, die Frauen so weit wie möglich zu emanzipieren, weil wir glauben, dass ihre Befreiung mit der Befreiung der gesamten Gesellschaft zusammenhängt, damit einhergehend die Befreiung des kurdischen Volkes und seiner politischen Gefangenen wie z. B. Abdullah Öcalan. Natürlich ist dabei die autoritäre patriarchale Mentalität eine der größten Herausforderungen und etwas, das grundlegend bekämpft werden muss.

Als die Revolution begann und Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut wurden, war es unser Anliegen, auch die Frauen zu organisieren. Wir haben frauenspezifische Räte und Kommunen gebildet, auf allen erdenklichen gesellschaftlichen Feldern sollten Frauen organisiert werden, so dass sie überall präsent und aktiv sind.

Auf der untersten Ebene wurden also Kommunen gegründet, innerhalb derer gibt es Komitees für bestimmte thematische Bereiche. Jede gemischte Kommune hatte ein Frauen-Komitee. Was haben sie gemacht? Sie haben die Frauen zu Hause besucht und deren Probleme angehört. Wie ist ihre Lage in Ehe, Familie und Gesellschaft?

Wir strebten einen Wandel der rückständigen Mentalität und der passiven Haltung der Frauen an. Es war notwendig, dass sich ihre Mentalität ändert, damit sie sich wieder selbst erkennen und in Richtung einer demokratischen Mentalität und einer freien Gesellschaft bewegen können. Deshalb haben wir Bildungskomitees gegründet. Sie haben diverse Bildungsveranstaltungen organisiert oder ganze Akademien gegründet, in denen Themen wie Verteidigung der Frauen in der Gesellschaft, Staat oder das Konzept der Autorität behandelt wurden. Weitere Themenkomplexe waren Frau und Familie, Sexismus, religiöser Fundamentalismus usw. Sehr unterschiedliche Themen und Perspektiven wurden in diesen Bildungseinheiten bearbeitet, so dass sich die Frauen langsam, aber sicher weiterentwickeln bzw. selbst erkennen konnten. Des Weiteren wurden diverse politische und soziale Aktivitäten durchgeführt. So gestalteten sich die Organisierung und der Aktivismus der Frauen.

Natürlich wirkte sich all das auf die Gesamtgesellschaft aus. Wenn wir beispielsweise eine Frau besuchten, haben wir gemeinsam diskutiert: Was ist zu tun, was ist notwendig? Die eigene Muttersprache soll gesprochen, die eigene Kultur verteidigt werden. Wie können wir positive Traditionen am Leben erhalten? Wie haben die Frauen in lange vergangenen Zeiten gelebt? Wie sollte unser gemeinsames Leben mit arabischen

oder turkmenischen Frauen gestaltet sein? Wir haben eine gemeinsame Geschichte. Was ist Nationalismus? Diese und andere Themen wurden diskutiert; wir wollten dabei eine Sensibilisierung für eine Frauengeschichte und Frauenidentität herbeiführen und die Frauen von der sexistischen Unterdrückung befreien.

Unser Ziel war es, eine egalitäre Gesellschaft, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, den verschiedenen ethnischen Gruppen und Volksgruppen in Efrîn zu schaffen.

Ich muss betonen, dass die Menschen diese Perspektive sehr begrüßt haben und dafür sehr offen waren, insbesondere die Frauen. Ob Kinder, Jugendliche oder Frauen, alle kamen auf uns und unsere Arbeit zu, alle organisierten sich um die Yekîtîya Star. Wir haben zu dieser Zeit ein wichtiges Fundament gelegt.

Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Als die Frauen 2011 angefangen haben sich zu organisieren, gründete sich das auf eine vierzigjährige Erfahrung und den Kampf der Frauen in der PKK, der in den Bergen Kurdistans begonnen hatte. Wir lehnen die Stigmatisierung der PKK als terroristisch ab, das werden wir niemals akzeptieren, weil sie die Partei der Unterdrückten, der Armen und der Frauen ist. Sie kämpft für die Befreiung und ist verliebt in die Freiheit. Die Freiheit des Lebens und aller Völker. Natürlich akzeptieren die Unterdrücker diese Tatsache nicht, deshalb diffamieren sie die PKK mit solchen Bezeichnungen, um ihren Widerstand zu beenden. Eigentlich ist der Kampf der PKK gleichzeitig der Kampf der Frauen. Wenn die Unterdrücker die PKK als terroristisch bezeichnen, sagen sie damit eigentlich, die Frauen seien »Terroristinnen«. Wenn wir in die Geschichte zurückblicken, dann war dies sehr oft der Fall: Die Frau war immer eine »Terroristin«. Die Frau sei eine Hexe, eine Schlange, hinterlistig, sie würde lästern, sei teuflisch, eine Sünderin etc. Auf diese Weise haben sie die kommunale und matrizentrische Gesellschaft zerstört und sukzessive das Patriarchat errichtet.

Wenn wir vom Patriarchat sprechen, wollen wir nicht falsch verstanden werden: Wenn wir sagen, wir bekämpfen den Mann, dann heißt das nicht, dass wir ihn in Person bekämpfen, sondern die patriarchale Mentalität und die entsprechenden Strukturen. Die Strukturen sind so stark und verfestigt, dass auch die Frau sie reproduziert, beispielsweise in der Erziehung der Kinder. Insofern bekämpfen wir eine unterdrückerische Mentalität, die auch die Frauen haben. Das ist der Charakter unseres Kampfes, der noch in den Anfängen steckt. Wenn heu-



Frauen-Leben-Freiheit – Protestaktion gegen den Angriffskrieg der Türkei gegen Efrîn. Foto: ANHA

te im Nahen und Mittleren Osten ein – wie schwach oder stark auch immer – freiheitlicher Wind weht und die freie Frau sich entwickelt, ist das natürlich ein Ärgernis für die Unterdrücker und despotischen Staaten wie die Türkei oder den Iran in der Region, aber auch für die patriarchalen Staaten in anderen Regionen der Welt. Diese Staaten forcieren stets die Absicherung ihrer Herrschaft über die Gesellschaft. Dabei bedienen sie sich spezieller Techniken zur Beeinflussung und Kontrolle, die zunächst bei den Frauen und der Jugend eingesetzt werden. Über diffuse Kontrollmechanismen gegenüber den Frauen und der Jugend wird die ganze Gesellschaft im Griff gehalten. So ist es zumindest im Nahen und Mittleren Osten.

Wir als Frauen wollen diese Fesseln loswerden und diese Mentalität durchbrechen. Wie können wir das schaffen, haben wir uns gefragt. Dafür haben wir versucht, den Feind zu analysieren, ihn gut zu verstehen, seine Techniken und Taktiken zu verstehen, welche Spielchen er treibt, auf welche Weise er den Frauen ihre Freiheit und Gleichberechtigung genommen hat – wie können wir auf all das reagieren? Diese Umstände machen eine Frauenorganisierung und -organisation sowie die Aufklärung der Gesellschaft unabdingbar.

Wir müssen uns daher mit der unterdrückten Frau solidarisieren und ihre Befreiung anstreben. Wir müssen ihr sagen: Wann und an welchem Punkt hast du deine Selbstbestimmung verloren, wie ist es zu einem solchen Ausmaß der Fremdbestimmung gekommen? Die Frauen brauchen eine Antwort auf diese existenziellen Fragen. Und derjenige, der uns die Richtung in dieser Suche aufzeigte, und das sage ich sehr bestimmt und stolz, war der Vorsitzende Apo *[Abdullah Öcalan]*. Durch seine Ideen und praktischen Konzepte ist es der gesamten Gesellschaft möglich, sich in Richtung eines befreiten Zustands zu bewegen. Leider ist der Initiator und Ideengeber dieser Entwicklungen seit nun 19 Jahren in einem türkischen Gefängnis. Das ist für uns ein nicht hinnehmbarer Umstand, wir akzeptieren nur die Fortsetzung der Frauenbefreiung, also der Ideen Abdullah Öcalans.



Frauenkooperative in Hesekê. Foto: ANHA

Die Frauenorganisierung war Triebfeder und Fundament der 2011 begonnenen Revolution hier in Nordsyrien. Ohne Organisierung hätten die Frauen kaum etwas an ihrer unterdrückten Lage verändern können und wären wieder in die Abhängigkeit des syrischen, islamischen oder türkischen Staates geraten. So haben sie sich und mit ihnen die Gesellschaft organisiert und entsprechend auf das Chaos im syrischen Bürgerkrieg reagiert. Es wurden Konferenzen und Kongresse durchgeführt, auf denen der Umgang mit dem Krieg aus der Frauenperspektive diskutiert wurde.

Heute ist es wichtig, dass wir Rojava unbedingt verteidigen. Wenn wir Rojava verteidigen, verteidigen wir auch Syrien. Unsere Organisierung macht den Frauen in Idlib, Damaskus, Homs oder Dera Zor Hoffnung und Mut – sie haben dort sehr stark gelitten.

Kannst du bitte die einzelnen Fraueninstitutionen benennen, die es in Efrîn gab? Welche spezifischen Frauenorganisationen wurden ins Leben gerufen?

Ja. Am Anfang gab es Yekîtîya Star, doch war ihre damalige Rolle zu eng geschnitten. Als dann auf dem 6. Kongress der Yekîtîya Star die Umorganisierung beschlossen und Kongreya Star gegründet wurde, waren wir wesentlich offener und breiter aufgestellt. Wir wurden damit zur Frauenbewegung für alle Frauen in Rojava. Alle einzelnen Institutionen und Vereine der Frauen, Frauen in Parteien und den Selbstverwaltungsstrukturen, in den Räten und Komitees, in den Kommunen, Verteidigungsstrukturen etc. waren unter dem Dach von Kongreya Star vereint. Mit dieser integrativen offenen Haltung war es uns nun für Kongreya Star möglich, jede Frau und ihre Rechte zu verteidigen, egal wo sie sich befindet. Als 2014 die demokratische Autonomie ausgerufen wurde, hatten wir innerhalb der Selbstverwaltungsstrukturen eine vierzigprozentige Geschlechterquote, mit Kongreya Star liegt sie jetzt bei fünfzig Prozent. Und das hast du nirgendwo auf der Welt, dass die politische Administration einer Gesellschaft zur Hälfte aus Frauen besteht. In der demokratischen Autonomie ist der Kongreya Star als explizite Vertretung und Organisation der Frauen enthalten. Auch die Frauen in Tev-Dem (Bewegung der demokratischen Gesellschaft) waren nun unter dem Dach des Kongreya Star organisiert. In der demokratischen Autonomie gibt es eine Frauenkommission, eine Art Frauenministerium, etatistisch gesprochen, in der alle Frauenstrukturen vertreten sind. Damals im Januar 2014 wurde ich zur Vorsitzenden gewählt. Unsere Aufgabe war es, den Frauen in der demokratischen Autonomie in allen Aspekten zu helfen und auch den Frauen außerhalb der Organisationsstrukturen jede mögliche Hilfe anzubieten, beispielsweise ökonomische Unterstützung, Projekte für Kinder oder Bildungsmaßnahmen.

Kommen wir zu den einzelnen Teilbereichen des Kongreya Star und ihrer Arbeitsweise. Wir haben eine allgemeine Koordination auf kantonaler Ebene, die die diversen Tätigkeiten abstimmt. Sie trifft sich regelmäßig zwei bis vier Mal im Monat mit den Frauen in Tev-Dem, mit der Bewegung der Jungen Frauen, den Frauenverteidigungsstrukturen und mit den diversen fraueneigenen Räten in Sitzungen. Dabei berichtet jede Einheit über die aktuelle Lage, die Tätigkeiten, Probleme etc. Es wird diskutiert und Weiteres abgesprochen, außerdem werden künftige Problem- und Tätigkeitsfelder in die Planung mit aufgenommen, die bearbeitet werden sollen. Auf diese Weise kommen die Probleme von unten nach oben, werden diskutiert und gemeinsam entschiedene Maßnahmen bzw. Lösungsvorschläge wieder nach unten getragen. Das ist die Arbeitsweise von Kongreya Star. Eine, wie ich finde, sehr gut organisierte und tolle Sache!

Für die Realisierung der diversen Aufgaben haben wir Komitees, zum Beispiel für Ökonomie, Diplomatie, Politik, Jugend etc. Auch die Komitees treffen sich regelmäßig und führen ihre Planung bzw. die delegierten Aufgaben in der Gesellschaft, in den Räten und Kommunen sowie Institutionen, durch. All die Komitees sind miteinander verbunden und kommunizieren untereinander. Du musst dir das wie ein organisches, zirkuläres und sehr dynamisches Ganzes vorstellen. Es bewegt sich in beiden Richtungen, von unten nach oben und von oben nach unten, bei gleichzeitiger horizontaler Verlinkung aller organisatorischen Einheiten. Auf diese Art ist es möglich, dass sich die Frauen überall in der Gesellschaft organisieren. Und diese Art und Struktur der Arbeit von Kongreya Star hat wirklich einen enormen Einfluss auf die Gesellschaft.

Auch viele unserer arabischen Frauen haben sich uns angeschlossen und arbeiten mit uns zusammen. Wir haben arabische Schwestern auch in der demokratischen Autonomie, in den Räten und Kommunen sowie in den Bildungsstrukturen u. v. m.

Natürlich geriet der Feind deshalb in Panik. Der IS und Individuen und Gruppen mit dessen Mentalität fragten sich, wie es sein könne, dass sich Frauen im Nahen Osten so organisieren.

Wenn sich Frauen organisieren, dann ist das eine Bedrohung für die ganze Welt – nicht für die Gesellschaften, sondern eine Gefahr für den patriarchalen Staat. Ob hier in der Region oder in Staaten in der NATO. Ihr Angriff auf Efrîn war eigentlich ein Angriff auf die Werte und Strukturen der Frauen. Als die militärischen Angriffe begonnen wurden, waren die ersten Ziele historische Stätten mit einer matriarchalen oder kurdischen Geschichte. Schade, dass du nicht in Efrîn warst, als die türkische Armee ihre Angriffe begann, du hättest es sehen und un-

tersuchen können. Ihre Absicht dabei war, die jahrtausendealte kurdische Geschichte und damit die Erinnerung auszulöschen.

Du hast von Bildungsmaßnahmen erzählt. Welche Bildungsinstitutionen gibt es in Efrîn und was ist der Inhalt der Bildung?

In Efrîn haben wir Akademien eröffnet, Akademien der Frauen bzw. des Kongreya Star. Sowohl in Efrîn-Stadt als auch in kleineren Orten im ganzen Kanton gab es Akademien. Alle Frauen in den Selbstverwaltungsstrukturen, ob normale Frauen aus den Kommunen oder Funktionsträgerinnen in den Strukturen – alle kamen für Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen in die Akademien. Eine Bildungsphase dauerte dort zwischen zwei und vier Wochen. Bildungsinhalte waren die Bedeutung von Bildung, Geschichte der kurdischen Frauen und der Frauen allgemein, Politik und Administration, Staat und Autorität, Sexismus, religiöser Fundamentalismus, Kultur und Moral, Geschichte Kurdistans und kurdische Geschichte. Das waren so die hauptsächlichen Themen, zudem wurde sehr viel über Selbstbestimmung und Selbstermächtigung sowie eine demokratische Gesellschaft diskutiert. Es waren also sehr breit gefächerte und tiefgründige Themen. Der Unterricht war sehr offen, es wurde sehr viel diskutiert. Auf diese Weise reflektierten und öffneten sich die Frauen. Sie fragten sich: Wie habe ich bisher gelebt, wie werde ich in Zukunft mein Leben gestalten?

Natürlich trug das Ganze zur Entwicklung der Frauen und damit auch der Gesellschaft bei.

Was kannst du über die Männer aus Efrîn erzählen, ob in den Selbstverwaltungsstrukturen oder allgemein: Wie sind sie mit der Frauenorganisierung umgegangen? Gab es Probleme? Wie haben sie sich dazu verhalten?

Wenn die Männer die Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft akzeptieren und keine Probleme bestehen würden, wären solche Maßnahmen ja nicht erforderlich. Natürlich haben wir diesbezüglich viel erlitten und haben bis heute Schwierigkeiten.

Zum Beispiel?

Zu Beginn der Revolution zum Beispiel wollten sehr viele Frauen in der öffentlichen Sphäre, in den Selbstverwaltungsstrukturen mitmachen. Ihre Ehemänner *[wörtliche Übersetzung: Lebenspartner]* waren oft dagegen: »Was wollt ihr machen, was wollt ihr draußen? Kocht uns lieber eine gute Mahlzeit und kümmert euch um die Erziehung der Kinder. Wollt ihr nun Kurdistan befreien oder wie?« Sie nahmen es nicht ernst und amüsierten sich über den Willen ihrer Frauen. Ihre belustigte Haltung gegenüber der Frau in der Öffentlichkeit war zugleich eine abschätzige Haltung gegenüber der Hausarbeit der Frauen. Als ob Hausarbeit und Kindeserziehung eine niedere Arbeit seien. Dabei ist eine freie Frau eine Bereicherung für die ganze Familie, auch wenn sie »nur« Hausarbeit macht, weil sie ihre Kinder auf der Basis demokratischer und liberaler Werte großzieht, sie macht das Zuhause zu einer Akademie. Und das ist das Wichtige für uns. Ob die Frau zu Hause oder in der Öffentlichkeit tätig ist, spielt keine Rolle, wenn sie selbstbestimmt ist und die entsprechende Haltung hat. Der Wandel der patriarchalen und passiven Mentalität ist uns wichtig.

Ich nenne dir ein Beispiel: Als wir 2015 die Frauengesetze erließen, waren die Reaktionen der Männer sehr ablehnend. Wir haben als die allgemeine Frauenkommission den Gesetzentwurf dem Volksrat vorgeschlagen, sie wurden dort bewilligt und in Kraft gesetzt. Auf allen Sitzungen, in allen Bildungseinheiten wurden die Frauengesetze hinsichtlich ihrer Bedeutung, Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit breit diskutiert. Es ist das erste Mal im Nahen und Mittleren Osten – auch in der Welt, denke ich –, dass Gesetze von Frauen in Bezug auf Frauen entwickelt und etabliert worden sind. Die Gesetze gelten für die gesamte Gesellschaft, samt den verschiedenen ethnischen oder religiösen Gruppen, nicht nur für Christen oder Êzîden, sondern für alle.

Und die Männer haben sehr hart dagegen angekämpft. Die Frauengesetze beinhalten z. B. das Polygamie-Verbot und das Verbot der Ehe unter 18 Jahren, egal für welches Geschlecht. Ferner muss das Erbe unter Töchtern und Söhnen gleich aufgeteilt werden. Auch Gesetze über die Rechte der Frauen in den Räten und Kongressen sind Inhalt der Frauengesetze. Des Weiteren muss Frauen und Männern bei gleicher Arbeit der gleiche Lohn ausgezahlt werden. An dieser Stelle sei an den internationalen Weltfrauentag am 8. März erinnert, der in engem Zusammenhang mit Lohngleichheit steht. Wenn wir in unserem Terminus von Gleichberechtigung in den Strukturen sprechen, dann meinen wir damit eine Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen, eine grundsätzliche Egalität.

Ferner beinhalten die Frauengesetze das Verbot der Arbeit bzw. von Geschäften auf Kosten der Frauen und Kinder. Auch ist Betrug in der Ehe verboten. Weder Männer noch Frauen sollten den Lebenspartner betrügen. Wenn sie sich lieben und heiraten, dann sollte das mit Respekt gelebt werden. Auch die Scheidung ist nur in bestimmten Kontexten, der häuslichen Gewalt oder des Betruges, möglich.

Viele Männer reagierten darauf mit Äußerungen wie »Warum erlaubt ihr uns nicht, mehrere Frauen zu heiraten? Vielleicht kriegen wir keine Kinder und wollen es mit einer anderen versuchen?«. Diese Haltung sehen wir als Ausdruck einer sexistischen und patriarchalen Kultur.

Eine andere Kritik war, dass Staaten Gesetze erlassen würden, eine sich selbst verwaltende moralische Gesellschaft brauche keine Gesetze, die Gesellschaft habe ihr eigenes Recht. Dazu sagen wir: Wir haben diese Gesetze entwickelt und etabliert, weil sie auf den egalitären Werten der matriarchalen Kultur beruhen. Wenn es Gleichberechtigung, gleiche Rechte und Anerkennung gibt, wenn Menschen sich lieben und respektvoll wie gleichberechtigt zusammenleben, dann sind solche rechtlichen Maßnahmen erst gar nicht notwendig. Wenn Kinder respektiert werden, ihnen ihr Recht auf Bildung zugestanden wird, wenn ihre Entscheidung und ihr Wille, wann und wen sie lieben oder heiraten wollen, wie sie ihr Leben gestalten wollen, respektiert werden, dann sind solche Gesetze nicht nötig.

Nun bist du in Şehba aktiv. Was tust du dort; machst du weiter? Bist du auch in den Flüchtlingslagern organisiert?

Natürlich ist die Organisiertheit geblieben, selbst wenn wir Efrîn verlassen mussten. Wenn heute die Gesellschaft Efrîns sich in Richtung Şehba bewegt, dann tut sie das auf der Grundlage der Organisierung. Wie zu Beginn der Revolution haben wir uns auch in Şehba sehr schnell organisiert und die Organisierung institutionalisiert. In den Flüchtlingslagern gibt es Räte und Kommunen. Die Menschen leben in Zelten, daneben gibt es aber auch institutionelle Zelte wie z. B. das des Rates der Angehörigen von Gefallenen, Kongreya Star hat ein Zelt, der Schulunterricht wird so weit wie möglich in Zelten weitergeführt. Ferner gibt es Zelte der Selbstverwaltungsorgane, eines für diplomatische Angelegenheiten, wo ich die Sprecherin bin. Wir versuchen dort für humanitäre Hilfe Beziehungen zu Hilfsorganisationen aufzubauen und mögliche Hilfsleistungen zu koordinieren. Insgesamt arbeiten die Institutionen sehr viel in den Lagern. Kongreya Star hat in Şehba wieder eine Koordination, die die Arbeit der vier Regionen dort abstimmt und die Bedürfnisse und Anliegen der Frauen und Menschen aufnimmt.

Doch muss ich leider auch mitteilen, dass die Menschen, insbesondere die Frauen und Kinder, in den Flüchtlingslagern viel Leid ertragen müssen. Ebenso in der umliegenden Region. Schätzungsweise 170.000 bis 200.000 Menschen sind aus Efrîn geflohen. Viele von ihnen siedeln sich auf dem umliegenden Ackerland an und bauen Dörfer. Dort fanden früher Kämpfe statt. 2013 war der IS dort, dann al-Nusra und al-Qaida. Überall gab es heftige Gefechte. Die Leidtragenden waren wieder Frauen und Kinder, die gesamte Gesellschaft. Der IS hat in den Dörfern und auf dem Ackerland sehr viele Minen gelegt. Als sich die Menschen aus Efrîn im Umland von Şehba niederließen, waren die Kinder wieder die ersten Opfer. Nicht wenige sind auf Minen getreten und dabei gestorben. Wir haben diese Fälle dokumentiert.

Die Flüchtlingslager haben eine Kapazität für ca. 20.000 Menschen, nicht alle können dort untergebracht werden. Von daher haben wir beschlossen, Dörfer zu bauen und die Menschen in verlassenen Dörfern unterkommen zu lassen. In den zuvor leeren Dörfern bewohnen jetzt mehrere Familien, manchmal fünf, ein Haus. Dort sind die Minen die größte Gefahr.

Letzte Frage: Wo bist du geboren? Magst du kurz etwas zu dir selbst erzählen?

Ich bin aus Efrîn, aus dem Dorf Bêne. Ich selbst wurde in Aleppo geboren, doch meine Familie ist aus Bêne. In Şehba habe ich geheiratet und 17 Jahre dort verbracht, mein Lebenspartner kommt aus Şehba. 2011 wurde ich politisch aktiv. Im August 2012 haben wir Şehba verlassen, weil uns der IS angriff. Meine Familie, also mein Lebenspartner und meine Kinder, haben zu der Zeit sehr gelitten. Wir gingen daher nach Efrîn, dort bin ich dann in den Selbstverwaltungsstrukturen tätig gewesen, zunächst als Vorsitzende der Frauenkommission, dann später als Diplomatie-Sprecherin von Kongreya Star – bis heute. Ich habe fünf Kinder, drei Söhne und zwei Töchter.

Vielen Dank. Willst du noch etwas sagen?

Ich hoffe, dass unsere Stimme, die Stimme unseres Volkes, der Gesellschaft, der Frauen und Kinder gehört wird und dass diese Stimme international Druck auf die Staaten und Mächte ausübt. An die Kurden in Europa möchte ich richten, seid solidarisch und einig unter euch, organisiert euch, damit unsere Feinde kein leichtes Spiel haben. Die Kurden in Europa müssen unsere dortige Stimme in Politik und Gesellschaft sein. Bleibt wachsam und aktiv. Viele Grüße! ♦

Das Wissen darüber, dass es Alternativen zu patriarchaler und kapitalistischer Herrschaft gegeben hat und gibt, eröffnet uns neue politische Handlungsoptionen ...

Auf den Spuren der Göttinnen

Andrea Benario, Juni 2018

Unzählige Keramikscherben übersäen den Boden. Sorgfältig zu Werkzeugen und Bauelementen bearbeitete Steine, uralte Lehmbaumauern zeugen von den verschiedenen Epochen des Lebens. Ich setze zögernd meine Schritte, denn ich will den Göttinnen, die hier ruhen, keinen Schmerz zufügen, ihre Werke nicht zerstören ... Beim Anblick der »Gir«-Hügel oder beim Besuch historischer Stätten in Rojava überkommen mich jedes Mal diese zwiespältigen Gefühle: Einerseits empfinde ich ein ehrfürchtiges Schaudern angesichts der großen Taten, die hier vollbracht wurden. Zugleich verspüre ich Melancholie und Trauer angesichts der Ignoranz und Plünderungen, denen diese Zeugnisse der Menschheitsgeschichte ausgesetzt waren.

Von Efrîn bis Dêrik, von Serê Kaniyê und Kobanê bis Minbic, Raqqa und Abu Kemal durchziehen die Spuren zweier Frauenrevolutionen die Landschaften von Rojava und Nordsyrien. Im Rahmen von Studien und Nachforschungen an verschiedenen Orten Nordsyriens bemüht sich die Jineolojî-Akademie darum, Fakten und Wissen über die erste Frauenrevolution zusammenzutragen und sichtbar zu machen. Denn diese Geschichte und Geschichten von Frauen, die von ausbeutungsfreien und solidarischen Gesellschaftsformen berichten, wurden und werden durch die herrschende Geschichtsschreibung weiterhin verleugnet, ignoriert oder als »unwissenschaftlich« disqualifiziert. Wir hingegen begreifen das Wissen und das Bewusstsein über die Existenz nicht staatlich-patriarchaler Lebenskulturen als eine Bereicherung unseres Vorstellungshorizonts. Um die Frauenrevolution im 21. Jahrhundert verwirklichen zu können, müssen wir als Erstes die patriarchalen, kolonialistischen Wahrheiten infrage stellen, religiöse und positivistische Dogmen durchbrechen können. Nur so können wir uns das geraubte Wissen und enteignete Werte zurückerobern, verteidigen und neues aufbauen.

Kennst du deine Geschichte, so kannst du auch die Gegenwart besser verstehen und deine Zukunft gestalten ...

Vierzehntausend Hügel, die über die Ebene von Obermesopotamien[1] verteilt aus ihr herausragen, sind Zeugen und zugleich Erzeugnisse einer nahezu vierzehntausendjährigen Menschheitsgeschichte. Diese Hügel – auf Kurdisch als »Gir« oder auf Arabisch als »Til« bezeichnet – sind nicht durch geologische Vorgänge entstanden. Sie sind im Prozess des Aufbaus von Siedlungen, ihres Zerfalls und des Wiederaufbaus auf den Ruinen vorheriger Siedlungen durch menschliche Arbeit gewachsen. Til Halaf und Girê Fexêriyê bei Serê Kaniyê, Til Hemokar in der Nähe von Til Koçer, Girê Mozan (Orkêş) in der Nähe von Amûdê, Til Çuwêra in der Nähe von Mabrûka, Girê Leylan nah bei Tirbesipî, Til Birak, Til Bêder und Girê Biderî in der Umgebung von Hesekê, Girê Sor im Kanton Kobanê, Girê Endarê und Girê Cindirêsê im Kanton Efrîn sind Beispiele für Tausende von Hügeln, die Konglomerate verschiedener Epochen und Zivilisationen darstellen. Ihre Schichten zeugen von der Schaffenskraft von Frauen sowie vom Kreislauf des Aufbaus, der Zerstörung und des Neuaufbaus. Die destruktive Seite dieser Spirale wurde manchmal durch Naturgewalten wie Klimaveränderungen, Sandstürme oder Trockenheit angetrieben, zumeist jedoch durch Herrschergewalt, Eroberungsfeldzüge und koloniale Besatzungen. Diese Einwirkungen führten zum Verlassen der Siedlungen, zu Vertreibung, Flucht und Entwurzelung. Jedoch kehrten immer wieder – sei es nach Jahrzehnten, Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden – Menschen an diese Orte zurück und errichteten auf den Fundamenten alter, unter Sand und Erde begrabener Siedlungsplätze neue Dörfer und Städte. So wuchsen die Hügel Schicht für Schicht in die Höhe, wobei eine jede Zivilisation dem Ort einen neuen Namen gab. Deshalb tragen heute manche Orte fünf bis sechs verschiedene Namen in verschiedenen Sprachen aus verschiedenen Epochen. Ihre ursprünglichen Namen wurden zumeist in Vergessenheit verbannt. Bis zum heutigen Tag wiederholt

1 Geografische Region zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris; Gebiet, das sich von Osten nach Westen entlang der heutigen syrisch-türkischen Grenze erstreckt; auch als Rojava (Westkurdistan) bezeichnet.

sich im Kontext des revolutionären Aufbaus in Rojava und der zerstörerischen Realität des 3. Weltkrieges im Mittleren Osten diese Spirale der Schaffenskraft, der Destruktion und der Wiederbelebung.

Die Angriffe und Besatzungspolitiken imperialer Mächte, des IS und der türkischen Armee, die mit dem Irak-Krieg begannen, wurden nicht nur mit militärischer Gewalt und politisch-ökonomischen Zielen geführt. Sie haben in den letzten 15 Jahren nicht nur den politischen Status quo im Mittleren Osten, sondern auch die gewachsenen Gesellschaftsstrukturen erschüttert. Diese Kriege werden zugleich als Propagandafeldzüge mit der Zielsetzung geführt, »neue Wahrheiten« zu etablieren. Auf diese Weise sollen Hegemonialansprüche legitimiert und die historisch-sozialen Gesellschaftsstrukturen zerstört werden, die die jeweiligen Machtinteressen gefährden könnten: Dieser Strategie bedienen sich die USA und Russland beim Versuch, ihre jeweilige »Neue Weltordnung« durchzusetzen, genauso wie der »Islamische Staat« oder das »Neo-Osmanische Reich« Erdoğans. So unterschiedlich und widersprüchlich diese Expansionsprojekte und ihre Urheber auf den ersten Blick erscheinen mögen, so sehr gleichen sie sich in Zielen und Methoden. Mittels patriarchaler Gewalt, Feminizid und kulturellem Genozid, beabsichtigten sie die Integrität der Frauen, der Individuen und Gesellschaften des Mittleren Ostens zu brechen, um sie ihren kapitalistischen Machtinteressen entsprechend ausbeuten zu können.

Die Wiege der Menschheit

Um zu verstehen, warum im Mittleren Osten insbesondere Frauen und historisch-kulturelle Werte zur Zielscheibe kolonialer Angriffe erklärt wurden, wollen wir die Grundlagen der eingangs erwähnten »Gir« und »Til« etwas genauer unter die Lupe nehmen. Das Fundament dieser Hügel ruht auf den ersten Dorfgründungen entlang der Flüsse Tigris, Xabur, Euphrat und Awrîn und ihrer Nebenflüsse im frühen Neolithikum. Archäologische Funde – darunter eine Vielzahl an Muttergöttinnen-Skulpturen, Tempeln und Symbolen – belegen, dass Frauen eine zentrale Rolle im Prozess der Sesshaftwerdung spielten, der mit der Entwicklung von Landwirtschaft und Viehzucht sowie dem Aufbau einer kommunalen, solidarischen Lebenskultur einherging. Die ersten Siedlungen wurden ab dem 12. Jahrtausend v. u. Z. aus runden Lehmhäusern aufgebaut. Gemeinsame Feuer- und Vorratslagerstellen an zentralen Plätzen der Dörfer weisen darauf hin, dass Arbeit, Produktion und Verbrauch gemeinschaftlich organisiert wurden.

Neben neuen Produktionsweisen und materiellen Entwicklungen kennzeichneten vor allem eine starke spirituelle Kultur und kollektive Werte das Zusammenleben der Menschen in der Region. Die Tradition, Tote unter den Fußböden der Häuser zu bestatten, ist Ausdruck eines Verständnisses der Einheit von Leben und Tod, der Seele und des Körpers, der Welt und des Universums, der Natur und des Menschen. Dieses Verständnis spiegelt sich auch in der Symbolik von Zeichnungen, Steinhauereien, Keramiken und in der Architektur der Lehmhäuser wider. Wie stark der ideelle Zusammenhalt der Menschen in der Region war, wird unter anderem daran deutlich, dass die BewohnerInnen von Girê Sor (Til Ahmar) sich jedes Jahr auf den ca. 200 km langen Weg nach Xirabreşk[2] begaben, um dort an den zentralen Gedenkzeremonien für ihre AhnInnen teilzunehmen.[3] Im 10. Jahrtausend v. u. Z. versammelten sich Menschen aus der gesamten Euphrat-Region zu Feierlichkeiten in der eindrucksvollen Tempelanlage. Die riesigen Steinmonumente, deren Anordnung an das System des Universums erinnern, sind Produkte meisterhafter Arbeit und kollektiver Kraft. Infolgedessen können wir annehmen, dass diese Bauwerke als Resultate gemeinsamer Überzeugung und Wertschätzung errichtet wurden. Denn Anzeichen für Sklaverei oder Zwangsarbeit existieren aus dieser Zeit nicht. Das gilt auch für die ersten Städte, die ab dem 9. Jahrtausend an Orten wie Til Mureybet, Til Halula und Girê Sor am Laufe des Euphrats errichtet wurden.[4]

Im Gegensatz zur weitverbreiteten Meinung, dass die ersten Städte als patriarchal-hierarchisch organisierte Stadtstaaten unter den Sumerern in Untermesopotamien[5] entstanden seien, sind bei den Ausgrabungen der um Jahrtausende älteren Städte in Obermesopotamien keinerlei Gebäude oder Anzeichen bekannt geworden, die auf eine zentrale hierarchische Regierungsgewalt hinweisen. Die Lebenskultur in diesen Städten – die auch als matriarchale Kultur bezeichnet wird[6] – beruhte auf kommunalen gesellschaftlichen, ökonomischen, spirituellen und kulturellen Einrichtungen. Die neolithischen Göttinnen-Tempel, von denen viele der Göttin Ischtar-Innana geweiht waren, wiesen eine andere Struktur und Bedeutung auf als die Zikkurats der sumerischen Priester, die in späteren Epochen als Prototypen der staatlichen Herrschaft aufgebaut wurden. Die ersten Göttinnen-Tempel waren nicht Orte der Macht und Besitzanhäufung, sondern Orte der (Um-)Verteilung und Verwaltung von Produkten, des kulturellen Austauschs von Wissen und Bildung, von künstlerischem und handwerklichem Können, von medizinischen und technischen Erfindungen. Austausch und Handel verbanden die Städte in Mesopotamien zu einem konföderalen Netzwerk von autonomen Siedlungen, über die sich geistiger, kultureller und technischer Fortschritt

2 Göbekli Tepe bei Riha (Urfa) in Nordkurdistan.

3 Vgl. Danielle Stordeur

4 Diese historischen Stätten wurden durch den Bau der Assad-Staudämme in den 1980er und 1990er Jahren überflutet.

5 Geografische Region zwischen Euphrat und Tigris im südlichen Irak.

6 Vgl. Heide Göttner-Abendroth, »Am Anfang die Mütter«

schnell verbreitete, die Versorgung und das Leben der Menschen bereicherte.

Frauenbilder

In diesem Kontext entwickelte sich im Zeitraum 6000–5300 v. u. Z. die Halaf-Kultur im nördlichen Mesopotamien. Sie ist nach dem Hügel Til Halaf am Fluss Xabur in der Nähe der heutigen Stadt Serê Kaniye benannt. Er gilt als »erster Fundort« von unter der Sonne getrockneten sowie gebrannten Keramikerzeugnissen, die als ein Charakteristikum der Halaf-Kultur bekannt wurden. Beim Brennen des Tons wurde auch Kupfer als ein Nebenprodukt des Brennprozesses entdeckt und weiterverarbeitet. Die Halaf-Keramik bestand aus Gefäßen und Tonfiguren in schlichten Formen und Farben sowie einer Vielzahl an künstlerisch verzierten, fein verarbeiteten Keramikprodukten. Diese Gegenstände waren nicht nur Gebrauchsgegenstände. Ereignisse und Geschichten wurden damals mit roten, schwarzen oder weißen Farben auf Tonteller, -gefäße und -tafeln gemalt. Sie wurden in den vielfältigen Mustern und Formen festgehalten und vor dem Vergessen bewahrt. Bilder von Tieren wie Löwen, Ochsenhörnern, Schlangen, Vögeln und Fischen, die als Symbole der Göttinnen galten, sowie weibliche Figuren gehörten zu den Hauptmotiven dieser Geschichtsschreibung genauso wie die Doppelaxt Labrys, die auf Bildnissen von der Göttin Ischtar getragen wurde und im 6. Jahrhundert v. u. Z in der Mittelmeer- und Schwarzmeerregion zum Symbol der Amazonen wurde. Weibliche Tonfiguren, die mit beiden Armen ihre Brüste umschlungen halten, Frauen mit großen Bäuchen und Oberschenkeln, die aus der Epoche der Halaf-Kultur stammen, weisen auf die Wertschätzung und das Ästhetikempfinden hin, das mit den Körpern von Frauen assoziiert wurde. Im Gegensatz zu der patriarchalen Darstellung von Frauen als Accessoires und Sexualobjekte verkörpern diese Frauenfiguren die Wahrnehmung von Frauen als eigenständige Existenz, als heilige Quelle und Energie des Lebens und der Gemeinschaft. Fruchtbarkeit, geistige und physische Kreativität bildeten eine Einheit. Auch auf den Rollsiegeln, die an vielen Ausgrabungsorten der Halaf-Kultur wie beispielsweise in Urkesch (Girê Mozan) gefunden wurden und Kennzeichen des Aufbaus von komplexeren Verwaltungs- und Handelsstrukturen waren, sind Frauen in zentralen Rollen des politischen und wirtschaftlichen Lebens zu sehen. All diese Bilder berichten von der Bedeutungsvielfalt und Schaffenskraft, mit der Frauen das gesellschaftliche Leben in dieser Epoche prägten. Ein wichtiger Punkt ist hierbei, dass dies keine Darstellungen ***über*** Frauen sind, sondern dass sie Selbstdarstellungen ***von*** Frauen zu ihrer Zeit verkörpern. Die Töpferei war eine Kunst der Frauen. So stellte u. a. der sowjetische Archäologe P. N. Tretjakow fest, dass die Form der Fingerabdrücke auf verschiedenen Erzeugnissen darauf hinweisen, dass Tonwaren im Neolithikum von Frauen hergestellt wurden.[7]

Genauso bezeichnend ist, dass die Bildnisse der Göttin Ischtar, die in verschiedenen Schichten der Girs an vielen Orten Mesopotamiens gefunden wurden, verschiedene Charaktere der Göttin zum Ausdruck bringen: Manchmal sehen wir sie als Fruchtbarkeit und Schaffenskraft symbolisierende Urmutter, manchmal als stehend auf dem Löwen reitende, mit Pfeil und Bogen bewaffnete kämpferische Autorität, die ihre Werte verteidigt.

Die Spuren der Schaffenskraft von Frauen und der damit einhergehenden tief greifenden gesellschaftlichen Entwicklungen, die auch als »neolithische Revolution« bezeichnet werden, durchziehen das gesamte Gebiet des Fruchtbaren Halbmonds entlang der Zagros- und Taurus-Gebirge, vom Persischen Golf bis hin zum Mittelmeer. In der Kultur verschiedener Völker Mesopotamiens wurden viele Werte und Symbole dieser Frauenkultur im kollektiven gesellschaftlichen Gedächtnis bewahrt. Sie stellen ein gemeinsames Erbe dar, das heute die Grundlage des gemeinschaftlichen Lebens und die treibende Kraft der Frauen beim Aufbau des Demokratischen Konföderalismus in Nordsyrien bildet.

Die Gegenwart ist Ausdruck der Geschichte und des gesellschaftlichen Gedächtnisses

Obwohl auf den ersten Blick das Wissen und Bewusstsein über Frauengeschichte im Mittleren Osten – wie auch in anderen Teilen der Welt – verblasst scheinen, so ist diese Geschichte doch allgegenwärtig. Es gibt viele Orte in Rojava, die nach Frauen benannt sind, heilige Stätten oder Dörfer, die Frauennamen tragen. Hierzu gehören u.a. Stätten wie Şikefta Qîzikan (Höhle der Mädchen), Newala Qîzikan (das Tal der Mädchen), Kevirê Bûkê (der Stein der Braut), die Girê Jindiresse (der Hügel der spinnenden Frau), Girê Selma (der Hügel von Selma) oder Ziyareta Porsa Xatûn (das heilige Grab von Porsa Xatun), um nur einige Beispiele zu nennen. Auch wenn heute viele BewohnerInnen nicht mehr wissen, wer die Namensgeberinnen waren und was sie gemacht haben, spiegeln sich in vielen ihrer Traditionen, Gebräuchen, in den Geschichten und Persönlichkeiten von Frauen Werte der neolithischen Frauenkultur und des kommunalen Lebens wider: Freude, Schmerz und Lebensnotwendigkeiten werden mit Nachbarn, Familienangehörigen und in der Gesellschaft geteilt. Die Erleichterung der Trauer und der Arbeiten einer Familie bei Todesfällen, die gemeinschaftliche Versorgung von Gästen, Kranken und Armen in der Nachbarschaft werden von allen als eine selbstverständliche, gemeinschaftliche Aufgabe begriffen. Wer

7 Vgl. Elaine Morgan »Der Mythos vom schwachen Geschlecht« 1989, S. 193

sich hierfür nicht verantwortlich fühlt und keine Empathie zeigt, genießt kein gesellschaftliches Ansehen. Die Kultur des Schenkens, d. h. geben, ohne dafür eine Gegenleistung zu erwarten und dabei Freude zu verspüren, ist eine Tradition, die dem kapitalistischen Eigentums- und Konsumdenken widerspricht und bis heute bewahrt werden konnte. Hochzeiten und traditionelle Feste der verschiedenen Gemeinschaften werden in den Dörfern und Nachbarschaften gemeinsam gefeiert. Hierzu gehören beispielsweise das kurdische Neujahrsfest Newroz, das êzîdische Frühjahresfest Çarşema Sor, das assyrische Frühjahrsfest Akîto, das christliche Osterfest oder das islamische Opferfest. An diesen Tagen werden die Familien und Gemeindehäuser der jeweiligen Gemeinschaften von ihren NachbarInnen und Bekannten besucht.



Stammes-Kultur als geschichtliche Grundlage des Demokratischen Konföderalismus

Auch in der Stammes-Kultur und im Dorfleben in Nordsyrien sind gemeinschaftliche, solidarische Werte und Lebensformen bis heute lebendig. Die Stammes-Kultur wird heute – um das Monopol des modernen Staates durchzusetzen – häufig als »rückständig« und »feudal« diffamiert. Jedoch geht der Ursprung der Stammesstrukturen auf matrilineare Clanstrukturen zurück. Die kurdische Bezeichnung für Stamm »**eşîr**« wird als »yên ku heman **şîr**ê dayika hev vexwarine« (diejenigen, die von derselben Mutter Milch getrunken haben) interpretiert. Die Stammes-Kultur in Mesopotamien hat ihre Wurzeln in den föderalen Clanstrukturen der HurriterInnen, den demokratischen Verwaltungsstrukturen der Mitanni oder der multikulturellen und multilingualen Föderation der Königtümer Komagene, die über lange Zeit das friedliche und vereinte Leben verschiedener Völker in der Region sichern konnte. Große Stammeskonföderationen, die als »kurdische Stämme« bekannt wurden, wie z. B. Barazî oder Millan, hatten neben kurdisch-muslimischen Stämmen auch arabische, turkmenische, kurdisch-êzîdische und alevitische Stämme als Mitglieder in ihren Konföderationen, die als ein Modell der Selbstverwaltung auf gemeinsamen ethischen und politischen Werten beruhten. Sie umfassten lokale **Dorfräte**, die sich über Alltagsangelegenheiten und die Lösung von Problemen berieten und in den »odayên gund« tagten, die zugleich als ein Schutzraum fungierten. Beispielsweise konnten hier von Blutfehden bedrohte oder anderweitig in Not geratene Menschen anderer Gemeinschaften Rat und Unterstützung finden. Fälle, die in den Dorfräten nicht gelöst werden konnten, kamen auf die Tagesordnung der **Ältestenräte** »şêwra eşîr û gundan«. Über die Diskussionen und Beratungen, die hier über gesellschaftliche Probleme stattfanden, wurden Geschichte, Kultur und ethische Werte von einer Generation an die andere weitergegeben und gemeinsame Prinzipien entwickelt. Bei der Lösung von existentiellen Problemen und der Schlichtung von Streitigkeiten wurde insbesondere der Rat von weisen, älteren Frauen eingeholt. Die Gemeinschaft maß ihrem Gerechtigkeitsverständnis und ihrer auf Lebenserfahrung beruhenden Kraft zur Voraussicht großen Wert und Respekt bei.

Frauen und Männer arbeiteten gemeinsam in der Landwirtschaft, die als eine kommunale, kollektive Wirtschaftsform, wie eine Art **Kooperative**, in den Dörfern organisiert wurde. Die Erzeugnisse wie Weizen, Roggen, Linsen, Kümmel oder Kichererbsen wurden in Gemeinschaftsdepots »bênder« gelagert und ihre Verteilung wurde kollektiv organisiert. Hierbei wurde jeweils ein Anteil für arme oder bedürftige Familien bestimmt. Menschen aus den Dörfern Kobanês berichten, dass bis vor ca. 40 Jahren Geld keine bedeutende Rolle in ihrem Leben spielte. Tauschen und Teilen gehörten zur natürlichen Lebensethik. Die Wertschätzung von Handarbeiten, in deren Mustern Frauen ihre Geschichten und Sehnsüchte webten, sowie der Erde und der landwirtschaftlichen Erträge spiegelt sich

bis heute in verschiedenen Bräuchen wider. Beispielsweise werden mit Getreide, Reis, Linsen, Kichererbsen u. a. Nahrungsmitteln gefüllte Gläser auf Grabstellen gestellt. Diese Tradition erinnert an den neolithischen Glauben von der Einheit von Leben und Tod, Erde und Menschen, Wertschätzung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse.

Mit der fortschreitenden Verstädterung des Lebens und dem Aufbau von Märkten in den Stadtzentren jedoch wurden die solidarischen Dorfgemeinschaften vor ca. 30 Jahren zunehmend zerstört. Wie eine Frau sagte: »Als Geld und Eigentum in unser Leben Einzug hielten, wurden sie zur Ursache von Unmut und Problemen unter den Menschen.«[8]

Widerstand der Göttinnen-Kultur gegen Kolonialismus und Kriege der staatlichen Zivilisation

Seit der Ausbreitung der hierarchisch-patriarchal organisierten sumerischen El-Obeid-Kolonien ab dem 5. Jahrtausend v. u. Z. verfolgten verschiedene koloniale Herrscher die Absicht, die Spuren der Göttinnen-Kultur Schritt für Schritt zu verwischen, zu enteignen und unkenntlich zu machen. Sie beschlagnahmten die Errungenschaften, Produktionsmittel, Land und das Wissen der neolithischen Gesellschaft. Sie transformierten Fortschritte und Ressourcen, die zum Nutzen der Gemeinschaft geschaffen worden waren, zu Mitteln der Macht und versklavten ihre Schöpferinnen.

An diese Strategie der patriarchalen Konterrevolution knüpften verschiedene Kolonialregime an. Der Kolonialismus ging einher mit Entwurzelung, Entfremdung und Fremdbestimmung, mit kulturellem Genozid und Feminizid: Von der Ausbreitung des assyrischen Reiches über die Feldzüge Alexander des Großen, gefolgt von hellenistischer und römischer Besatzung, der Herrschaft des sassanidischen und des byzantinischen Reiches, Feldzügen der islamischen Kalifate der Omerer und Abbasiden, über die europäischen Kreuzzüge und den Einfall mongolischer Armeen, die 300-jährige Osmanische Herrschaft, abgelöst durch die französische Kolonialherrschaft Frankreich bis hin zum gegenwärtigen Krieg hegemonialer Mächte und ihrer Stellvertreter in Syrien bemühten und bemühen sich fremde Mächte die Spuren der Frauengeschichte auszulöschen und zu enteignen. Diese Strategie beabsichtigte, mittels Massakern, Zerstörung, Vergewaltigung, Kulturraub und Assimilation das Selbst-Bewusstsein von Frauen auszulöschen, um die »patriarchale Wahrheit« von der Minderwertigkeit und Abhängigkeit von Frauen fest zementieren zu können.

Indem Frauen und die Gesellschaften ihrer Erinnerungen und ihres Gedächtnisses beraubt wurden, sollten ihre Identitäten unkenntlich gemacht werden.

Vom 19. Jahrhundert bis zum Beginn des Krieges in Syrien 2011 führten unterschiedliche ForscherInnenteams hegemonialer Staaten wie Deutschland, Frankreich, USA, Großbritannien, Italien, Russland, Japan und Frankreich archäologische Grabungen in Mesopotamien durch. Das Wissen und der Reichtum, der unter diesen Hügeln verborgen lag, wurden herausgeholt und an fremde Orte geschafft. Die Kolonialherren benutzten die lokale Bevölkerung bei ihren Expeditionen und Raubzügen als Hilfsarbeiter und Wegweiser. Der deutsche Orientalist Max Oppenheim war einer von denen, die die Göttinnen Til Halafs in die kalten Museen Europas entführten. Zynisch nannte er die Göttin »seine Braut«. Bis heute befindet sie sich im Privatbesitz der Oppenheim-Stiftung. Andere Raubstücke sind im Pergamonmuseum in Berlin, im Louvre in Paris oder im British Museum in London als namenlose „weibliche Figuren« ausgestellt. Sie wurden genauso ihrer Namen beraubt wie die Menschen und Orte am Platz ihrer Herkunft, die durch Krieg, Plünderungen und Ausbeutung in Leid und Armut gestürzt wurden.

Auf die kolonialen Raubzüge imperialistischer Staaten im 19. und 20. Jahrhundert folgte eine neue Welle der Zerstörung von Werten der Frauenkultur durch das Baath-Regime. Diese ging einher mit der Überflutung der ältesten neolithischen Siedlungen wie Til Mureybet, Ebu Hureyra, Til Halula und Girê Sor durch die Staudämme bei Tischrin und Tebqa. Während die archäologischen Stätten und mit ihnen wichtige Belege für die egalitären Gesellschaftsformen im Neolithikum unter den Fluten des Assad-Stausees begraben wurden, wurde zugleich das geschichtliche Wissen der lokalen Bevölkerung ausgelöscht. Durch Zwangsumsiedlungen wurden die Menschen – insbesondere Frauen – ihrer gesellschaftsgeschichtlichen Wurzeln und natürlichen Lebensformen beraubt. Demografische Veränderungen und Assimilation wurden als Werkzeuge benutzt, um die Allmacht des Staates, arabisch-nationalistischer Ideologie und patriarchaler Herrschaft abzusichern.

Hierauf folgte im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eine erneute Welle der Zerstörung mit dem Ziel, die letzten verbliebenen Spuren der Frauenkultur auszulöschen. Faschistisch-patriarchale Kräfte wie der IS, al-Nusra und die türkische Armee wählten insbesondere Erzeugnisse und Stätten der neolithischen Kultur im Fruchtbaren Halbmond als Angriffsziele für ihren Genozid. Es ist kein Zufall, dass die vom AKP-Regime unterstützten Al-Nusra-Banden als Erstes das Zentrum der neolithischen Til-Halaf-Kultur in Sere Kaniyê unter Beschuss nahmen. Genauso wenig kann es als Zufall gelten, dass die Mörderbanden des IS vorrangig Städte der Göttinnen-Kul-

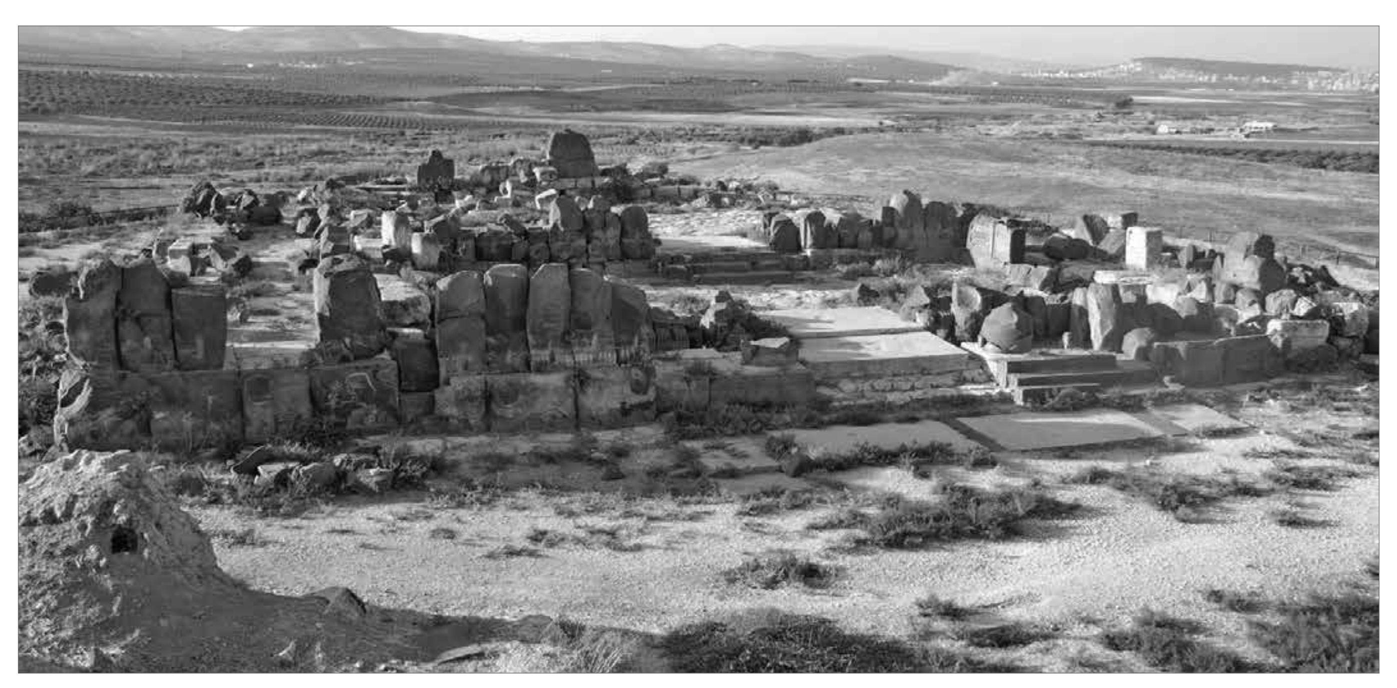
8 Vgl. Bericht über vorläufige Untersuchungsergebnisse einer soziologischen Feldstudie über die Geschichte und Gegenwart von Frauen in Rojava; vorgestellt von der Jineolojî-Akademie auf der 1. Jineolojî-Konferenz in Nordsyrien, Januar 2018

tur besetzten und zu Zentren ihres »Kalifats« machen wollten. Hierzu gehörten beispielsweise die Stadt der Göttin Semiramis, Musil, die heilige Stadt der Göttin Atargatis, Minbic, oder die Stadt des Welterbes der Königin Zenubia, Palmira. Die Belagerung des Kantons Kobanê und die Besatzung von Cerablus umfassten die Geografie der Zivilisation Kargamish, als deren Gründerin die Göttin Kubaba verehrt wurde. Auch der planmäßige Genozid und Feminizid des IS gegen die ÊzîdInnen in Şengal beabsichtigte, eine Kultur aus dem gesellschaftlichen Gedächtnis auszulöschen, die über Jahrhunderte hinweg ihren Glauben und ihre gemeinschaftlichen Traditionen, die auf Würdigung der Natur und des Menschen beruhen, gegen staatliche Unterdrückung bewahren konnte.

Efrîn zu verteidigen bedeutet, die Frauenrevolution zu verteidigen

In das gleiche Konzept reihen sich auch die jüngsten Angriffe der türkischen Armee und die Besetzung des Kantons Efrîn ein, die am 20. Januar 2018 begannen. In der Kultur, der Geografie und den archäologischen Stätten Efrîns waren die Spuren der neolithischen Frauenkultur, der Göttin Ischtar und der hurritischen Königin Puduhepaji bis dato allerorts lebendig. Sie waren das historische Fundament der Demokratischen Selbstverwaltung, des Selbstbewusstseins der Frauen und der Kraft des Widerstands gegen die faschistische Besatzung.

Mit der Zerstörung und Plünderung der Schätze des neolithischen Zeitalters streben patriarchale Staaten und faschistische Kräfte an, jegliche Belege der ersten Frauenrevolution in Mesopotamien und damit die Wurzeln der Frauenkultur und der ethisch-politischen Gesellschaft zu vernichten. Hiermit wollen diese Kräfte die Umsetzung und Ausbreitung der zweiten Frauenrevolution auf dieser Erde verhindern, die im Zuge der Revolution in Rojava immer mehr an gesellschaftlicher Dynamik gewonnen hat. Dies wurde erneut bei den Angriffen der türkischen Armee auf den Kanton Efrîn deutlich. So ist es auch kein Zufall, dass der türkische Staat und hegemoniale Mächte Efrîn ins Zentrum ihres Besatzungskrieges stellten, wo jeder Ort, ein jeder Berg eine Geschichte von der Kultur der Frauen, dem Zusammenleben der verschiedenen Völker und Glaubensgemeinschaften erzählt. Dies wurde insbesondere am 6. Tag der Angriffe deutlich: An diesem Tag bombardierte die türkische Luftwaffe den Ischtar-Tempel in Ain Dara. Die Bomben des 3. Weltkrieges zertrümmerten gezielt ein Weltkulturerbe der Wiege der Menschheit. Die riesigen Fußabdrücke, die auf dem Steinboden des 3.000 Jahre alten Tempels prangten, wurden von den Menschen in der Region als Zeichen der Allgegenwart der Göttin Ischtar aufgefasst. Heute sind sie unter Trümmern der alten Ornamente, Säulen und Statuen begraben. Bis zu dem Tag, als die mit der Gefahr des physischen Genozids konfrontierte Bevölkerung sich gezwungen sah, die Stadt zu verlassen, war das kommunale solidarische Leben fest in der Lebenskultur von Efrîn verankert. Es gab Dörfer



Der Ischtar-Tempel in Ain Dara, bevor ihn die türkische Luftwaffe zerstörte. Foto: wikipedia.org

wie das Dorf Zehra, in dem alle Dorfbewohnerinnen jeden Donnerstag gemeinschaftlich ihr Essen zubereiten, essen und den Tag gemeinsam verbringen. Im Dorf Şeytana, in dem viele Geschichten vom Widerstand der Frauen erzählt wurden, und das von Frauen gemeinschaftlich verwaltet wurde, verrichteten Frauen im täglichen Leben und in der Landwirtschaft kollektiv ihre Arbeiten. Frauen aus dem Dorf Ruta in der Provinz Mabata erzählten, dass sie ihre eigene Sprache entwickelt hätten, die nur Frauen verstehen. Auf die Nachfrage, woher diese Sprache komme und warum sie diese Sprache benutzten, antwortete eine Bewohnerin von Ruta mit einem selbstbewussten Lächeln: »Damit wir uns gegen die Macht der Männer schützen können!«[9]

Die Frauen von Efrîn haben sich die Widerstandskultur der Göttinnen unter den Bedingungen von Krieg und Belagerung bewahrt. Die Erzählung vom Widerstand der Urgöttin Innana gegen die Herrschaftsbestrebungen des männlichen Gottes Enki aus der sumerischen Mythologie bietet die Möglichkeit, Parallelen zur aktuellen Situation zu ziehen. So wie Innana erbittert ihre 104 Me – die Errungenschaften und Werte des neolithischen Zeitalters – gegen den Versuch Enkis verteidigte, diese zu enteignen und für seine eigene Macht zu missbrauchen, so weigerten sich auch die Frauen von Efrîn bis zuletzt ihre Städte und Dörfer der türkischen Besatzung zu überlassen. Auch wenn es Enki durch Hinterlist vorübergehend gelang, die 104 Me an sich zu reißen, so dürfen wir nicht vergessen, dass es Innana letztendlich durch Unnachgiebigkeit und einen entschlossenen Kampf gelang, die gestohlenen Werte zurückzugewinnen und in ihre Heimat zurückzubringen. In diesem Sinne setzen die Frauen aus Efrîn in Şehba heute ihren Widerstand gegen die türkische Besatzung, gegen koloniale und faschistische Angriffe mit dem Ziel fort, ihre Heimatorte von der Besatzung zu befreien und an sie zurückzukehren.

Das Wissen über die Geschichte der Frauenrevolutionen und patriarchalen Konterrevolutionen kann uns dabei behilflich sein, in verschiedenen Facetten und Möglichkeiten zu denken. Dies ist die Voraussetzung dafür, die patriarchalen und neoliberalen Gedankenkonstrukte einzureißen, die uns glaubhaft machen wollen, der Mann sei nun mal »natürlich überlegen« und es gäbe keine Alternative zum Herrschaftssystem von Staat und Kapital.

Indem wir aus unserer Geschichte lernen, sie neu interpretieren und begreifen, gewinnen wir an neuen Horizonten hinzu. Das Wissen darüber, dass es Alternativen zu patriarchaler und kapitalistischer Herrschaft gegeben hat und gibt, eröffnet uns neue politische Handlungsoptionen für die Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft.

Die internationale Solidaritätskampagne »Women Rise Up For Afrin – Frauen erheben sich für EfrÎn!«, die der Frauenkongress Kongreya Star initiiert hat, bietet Frauen an jedem Ort der Welt die Möglichkeit, sich an der Verteidigung und Verbreitung der zweiten Frauenrevolution zu beteiligen: Sie beinhaltet den Aufruf, uns als Frauen unserer lokalen und globalen Geschichte bewusst zu werden, an das Wissen und den Erfahrungsschatz über solidarische Gesellschaftsformen anzuknüpfen und mit dem Aufbau von Alternativen im Hier und Jetzt zu beginnen.

Die internationale Solidaritätskampagne »Women Rise Up For Afrin – Frauen erheben sich für Efrîn!«, die der Frauenkongress Kongreya Star initiiert hat, bietet Frauen an jedem Ort der Welt die Möglichkeit, sich an der Verteidigung und Verbreitung der zweiten Frauenrevolution zu beteiligen: Sie beinhaltet den Aufruf, uns als Frauen unserer lokalen und globalen Geschichte bewusst zu werden, an das Wissen und den Erfahrungsschatz über solidarische Gesellschaftsformen anzuknüpfen und mit dem Aufbau von Alternativen im Hier und Jetzt zu beginnen. Zugleich beinhaltet sie den Aufruf, unsere Selbstverteidigung und Bündnisse gegen Feminizide und Faschismus zu stärken. Indem wir uns selbst aus der Allmacht der patriarchalen, kolonialistischen Wahrheiten befreien, werden wir auch Mittel und Wege finden, uns der imperialistischen Kriegs- und Ausbeutungspolitik entschlossen entgegenzustellen und unsere Solidarität mit den Frauen aus Efrîn in konkrete Erfolge zu verwandeln: Dazu gehört es, durch unseren gemeinsamen Kampf Efrîn von der türkischen Besatzung zu befreien und die Kriegsverbrecher, Plünderer und ihre Auftraggeber zur Rechenschaft zu ziehen. So wird auch der Tag kommen, an dem die entführten Göttinnen Mesopotamiens, von der Kälte der Museumshallen in Europa befreit, in die Wärme ihrer Muttererde zurückkehren. Hier können sie dann zu Zeuginnen der Revolution ihrer Nachkommen werden, die sie selbst inspiriert haben. ♦

9 Vgl. vorläufiger Forschungsbericht der Jineolojî-Akademie, vorgestellt auf der 1. Jineolojî-Konferenz in Nordsyrien, Januar 2018

Die Not vergessener kurdischer Flüchtlinge in der vom Krieg erschütterten Region Şehba

Die Segnungen von Erdoğans »Krieg gegen den Terror«

Hasan Hasan, ehemaliger Universitätsdozent und jetziger Vertriebener in Şehba

Bedauerlicherweise ertragen die Kurden, in welchem Staat sie auch leben, ein gefährliches Dasein und die Weltmächte sehen nur dann nützliche Vertreter in ihnen, wenn sie gebraucht werden, und zu vergessende Freunde, wenn nicht. Kurden sagen oft, sie hätten keine Freunde außer den Bergen; aber selbst die Berge konnten sie nicht vor türkischen Kampfflugzeugen in Efrîn schützen.

Als die Türkei gemeinsam mit Rebellen der syrischen Opposition am 20. Januar 2018 die »Operation Olivenzweig« gegen die kurdische Enklave Efrîn startete, war klar, dass eine unvermeidliche Flüchtlingskatastrophe am Horizont drohte. Die mit der Türkei verbündeten Truppen sangen Al-Qaida-Lieder, drohten, die kurdische Bevölkerung zu massakrieren, wenn sie nicht zu dem von IS und al-Qaida vertretenen Islam konvertierten, und warnten dringend, sie würden ihre »atheistischen« kurdischen Opfer köpfen.

Von den Rebellen selbst aufgenommene Videos bewiesen, dass die den regulären türkischen Truppen vorangehenden Einheiten extreme Dschihadisten waren, darunter Turkmenen, Usbeken und Mitglieder türkischer Todesschwadronen wie die berüchtigten Grauen Wölfe, unterstützt von Leopard-2-Panzern, F16-Kampfflugzeugen, mächtiger Firtina-Artillerie und Supercobra-Kampfhubschraubern.

Die Bevölkerung von Efrîn, einer Oase des Friedens und der Vernunft im syrischen Bürgerkrieg, berühmt für die Schönheit seiner Berge, Kiefernwälder und Olivenhaine, hatte sich während des syrischen Konflikts fast verdoppelt, als Hunderttausende überwiegend arabische Flüchtlinge bei der ursprünglichen, mehrheitlich kurdischen Bevölkerung Zuflucht suchten.

Recep Tayyip Erdoğan hatte kürzlich angekündigt, Efrîn »seinen rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben«, in einer kaum verhüllten Warnung, die Region von ihren kurdischen Bewohnern ethnisch zu säubern.

Wie der IS vor ihnen schienen die Angreifer entschlossen zu sein, alle Verhaltensmaßregeln zu verletzen, Napalm-Angriffe auf Dorfbewohner auszuführen und Dämme anzugreifen, selbst unersetzbare archäologische Denkmäler wie den Tempel Ain Dara aus dem Jahr 2200 v. u. Z.

Bemerkenswerterweise hielten YPG und YPJ zwei Monate lang ohne irgendwelche moralische Unterstützung einer einzigen großen Weltmacht die Invasoren zurück. Selbst die USA weigerten sich, einen Finger zur Verteidigung Efrîns zu rühren. Der Angriff auf die kurdische Stadt und ihre Eroberung wurden unter dem ohrenbetäubenden Schweigen und Desinteresse der internationalen Gemeinschaft, insbesondere von Europa und der NATO, unter US-Führung, vollzogen.

Als sich das brutale Bombardement und der wahllose Beschuss auf Efrîn intensivierten und die Invasoren nur einen Steinwurf von der Stadt entfernt waren, musste die gesamte Bevölkerung, einschließlich der meisten Dorfbewohner vom Land, in die Regionen von Şehba, östlich des Euphrats und in die Gebiete der syrischen Regierung fliehen.

Nördlich von Aleppo liegt das flache Plateau von Şehba, das für seine Ebenen und den Anbau von Weizen, Gerste und Hühnererbsen und Hülsenfrüchten bekannt ist. Es gibt vier größere Städte mit jeweils einer zentralen Gemeinde, plus etwa 70 umliegende Dörfer.

1. Tel Rifat: Die größte Gemeinde in Şehba mit einer vor dem Exodus von Efrîn auf 7000 Einwohner geschätzten Bevölkerung. Heute leben dort mehr als 40.000 Menschen, hauptsächlich Deportierte aus Efrîn.

2. Fafin: Die Bevölkerung wurde vor der Vertreibung einschließlich der Dörfer grob auf 10.000 Einwohner geschätzt.

Heute sind etwa 50.000 Vertriebene im Zentrum Fafins und seinen untergeordneten Höfen und Dörfern registriert.

3. Ahras: Die Dörfer von Ahras sind Umm Hosh, Kafr Nasih, Tal Qarah, Harbel. Die derzeitige Bevölkerungszahl der Region nach der Vertreibung beträgt etwa 30.000.

4. Kafer Naya: In dieser Gemeinde leben mehr als 30.000 Vertriebene aus Efrîn.

Mitte März 2018 schwoll der Zustrom von Flüchtlingen aus Efrîn nach Şehba plötzlich an, als Hunderttausende vor ethnischer Säuberung und Völkermord zu Hause fliehen mussten.

Die kriegszerstörten Gemeinden und Dörfer von Şehba waren in einem erbärmlichen Zustand; die Infrastruktur lag fast in Trümmern; Landminen und Splitterbomben waren überall verstreut. Also mussten Wiederaufbaumaßnahmen durchgeführt, Minen und Schutt geräumt werden, um die lokale Zivilbevölkerung wie Deportierte gleichermaßen zu schützen. Entsprechend wurde eine große Zahl Arbeiter und Manager benötigt, um Hilfs- und Dienstleistungen für die dringenden Bedürfnisse der zusätzlichen Deportierten bereitzustellen. Daher wurden neue Notfallkomitees mit qualifizierten Menschen aus den Reihen der Vertriebenen selbst eingesetzt, die Arbeitsmechanismen und Kader der ehemaligen Gemeinden Efrîns sowie ihre Expertise einbezogen.

So wurde am 20. März 2018 ziemlich schnell das Lager Berxwedan in der Nähe der Stadt Fafin errichtet, dann ein weiteres Lager in Tel Susin, Serdem, und für die Nomaden auf ihre eigene Bitte hin ein spezielles Lager, Kojar, um ihre Eigenheiten zu bewahren.

Ungefähr 140.000 Flüchtlinge leben in altersschwachen Häusern in verschiedenen ehemals entvölkerten Städten und Dörfern Şehbas, ebenso etwa 7000 Flüchtlinge in fünf Lagern ohne Zugang zu einer anderen Gesundheitseinrichtung als den örtlichen und zwei mobilen Kliniken. Es wurde immer viel diskutiert, ob die Errichtung von Lagern akzeptabel sei oder ob Ressourcen besser zur Unterstützung lokaler Gemeinschaften eingesetzt werden sollten, die die absolute Mehrheit der Binnenvertriebenen beherbergen.

Gute Arbeit in Rekordzeit

Bis jetzt wurden trotz ungenügender Kapazitäten und knapper Ressourcen Zelte und erhebliche Mengen an Lebensmitteln organisiert; neue Straßen zu den Lagern wurden angelegt. Außerdem wurden die Zelte mit Strom und Gemeinschaftswaschräumen ausgestattet.

In der letzten Zeit haben Flüchtlinge in den Lagern kleine Märkte eröffnet. Es gibt Lebensmittel-, Gemüse-, Eis- und Falafelstände, auch ein zeltgroßes Kaufhaus, das Kleidung und Schuhe verkauft. Hier ist jedes Lager in Kommunen unterteilt, die jeweils von einem gemeinschaftlichen Vorsitz (Mann und Frau) sowie Unterausschüssen für Dienstleistungen, Gesundheit und gesellschaftliche Aussöhnung geführt werden, die die Verteilung von Hilfsmitteln beaufsichtigen und Recht und Ordnung in den Lagern aufrechterhalten.

Verschiedene Materialien und Gegenstände wurden für den Straßenbau und den Bau von Einrichtungen in Lagern und Städten gekauft. »Bisher«, sagt Mohamad Sa´eid, ehemaliger Ko-Vorsitzender des Legislativrats in Efrîn, »wurden erhebliche Bargeldsummen (220.000 USD) für Zement, Ziegelsteine, Kies und anderes ausgegeben, zusammen mit 235.000 USD für die Anmietung von Traktoren, Lastwagen, Kipplastern, Planierraupen und Baggern zum Nivellieren, Graben, Abladen auf den Lagerplätzen sowie 45.000 USD für Entlohnung und alle Wartungs-, Installations- und Reparaturarbeiten.«

»Der Kauf von Stromgeneratoren und Treibstoff zur Stromerzeugung und Trinkwasserförderung aus artesischen Brunnen mit Gesamtkosten von 400.000 USD hat unsere begrenzten Mittel wirklich geleert«, behauptet er.

Der medizinische Zustand

Eine schlecht geplante Flüchtlingssiedlung ist eine der krankheitsförderndsten Umgebungen. Der Mangel an angemessenen Unterkünften bedeutet außerdem, dass die Bevölkerung keine Privatsphäre hat und ständig den Naturgewalten ausgesetzt ist (Regen, Kälte, Wind usw.). Häuser ohne Türen oder Fenster mit zerlumpten, zerrissenen Decken, die als Vorhänge und Fensterverkleidungen verwendet werden, sind hier der häufigste Anblick. Üblicherweise teilen fünf bis sechs Familien das Leben in einem kleinen Haus.

Überbelegung und mangelnde Hygiene sind wichtige Faktoren für die Übertragung von Krankheiten mit epidemischem Potenzial (Masern, Meningitis, Cholera, Leishmaniose usw.). Darüber hinaus kann sich die Umwelt in erheblichem Maße auf die Gesundheit von Flüchtlingen auswirken, insbesondere dann, wenn sie sich sehr stark von derjenigen unterscheidet, aus der sie gekommen sind.

Doktor Ammar, zuständig für die vom medizinischen Team des Kurdischen Roten Halbmonds betriebene einzige medizinische Klinik im Lager Berxwedan, beklagt sich über den Mangel an Medikamenten und medizinischer Ausrüstung: »Wir bekommen medizinische Hilfe und Babymilch vom Kurdi-

schen Roten Halbmond in Cizîrê, dem Syrischen Roten Halbmond und zwei syrisch-christlichen Wohltätigkeitsorganisationen, aber wir haben keine Medikamente und Injektionen für einige chronische Krankheiten, zusätzlich zu Gegengiften gegen Skorpion- und Schlangenbisse. Nun«, seufzt Dr. Ammar, »wir geben unser Bestes, aber bedauerlicherweise fehlen uns die Ärzte; unser kleines Krankenhaus in Şehba ist in einem erbärmlichen Zustand; schwangere Frauen müssen für Kaiserschnitte und Entbindungen in die Stadt Nubbul; und am schlimmsten ist, dass die meisten Medikamente, die wir von Hilfsorganisationen bekommen, abgelaufen sind«, klagt Dr. Ammar.



Schulunterricht im Camp Berxwedan. Foto: ANHA

Ihm zufolge ist es wichtig, dass hier mindestens zwei oder drei Krankenhäuser gebaut werden, um die Bedürfnisse tausender kranker, in Şehba gefangener Flüchtlinge zu erfüllen: »Hier können Operationen nicht durchgeführt werden, so dass die Patienten warten müssen, bis der Syrische Rote Halbmond sein Einverständnis gibt. Also, ohne klare Begründung wird nicht nur humanitären Importen die Erlaubnis verweigert, sondern auch Patienten in verschlimmertem medizinischem Zustand und schwangeren Frauen, und wenn es sie gibt, bedeutet das oft, auf inakzeptable Bedingungen zu treffen.«

Die verheerenden Auswirkungen des türkischen Krieges auf Frauen

Die vierte Genfer Konvention von 1949 besagt in Artikel 27, dass »Frauen gegen jeden Angriff auf ihre Ehre, insbesondere gegen Vergewaltigung und Zwangsprostitution oder jede Form von unanständigen Angriffen, besonders geschützt« werden müssen. Heute werden an öffentlichen Orten in Efrîn Plakate gezeigt, auf denen den Frauen gesagt wird, sie hätten vollständig verhüllt zu sein und lose oder weite Hosen, Socken und Handschuhe zu tragen.

Fatma Letko, eine Frau um die Dreißig, Vorsitzende der Frauenvereinigung in Şehba und einflussreiche Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung in Rojava, denkt: »Mit der türkischen Regierung verbundene Extremisten der al-Qaida und der Muslimbruderschaft finden es entscheidend, Frauen im ganzen Mittleren Osten die Botschaft zu senden, dass sie, wenn sie sich für ihre Rechte erheben, um nicht zu sagen bewaffnet erheben, wahrscheinlich verstümmelt und getötet werden würden.« Sie sagt: »Wir bedrohen sie nicht militärisch, sondern dadurch, dass wir eine alternative Vision anbieten, wie das Leben in der Region aussehen könnte. Hier an der Geburtsstätte des Patriarchats befreien sich Frauen und diese Männer können sich nicht mehr hinter ihren Bärten verstecken«, fügt sie hinzu.

Im Frauenhaus in Fafin, wo arabische und kurdische Frauen die Rechte der Frauen verteidigen, indem in Fällen von Heirat und Scheidung und anderen Frauenfragen vermittelt wird, wurde uns über den Missbrauch von Frauen durch türkische Soldaten und ihre syrischen Stellvertreter berichtet.

Hivin, eine nette Frau und ehemalige Richterin, sagt, die Nachbeben des türkischen Angriffs würden das Leben von Frauen schwer belasten: »In letzter Zeit hatten wir uns mit vielen Fällen von Bigamie, häuslicher Gewalt und Scheidung unter Deportierten aus Efrîn auseinandersetzen müssen.

Berichte aus Efrîn und von anderen vor kurzem Entkommenen zusammen mit von den Rebellen selbst aufgenommenen Videos enthüllen die brutale Behandlung kurdischer Frauen durch die Terrorgruppen.« Sie stellt fest: »Frauen haben durch sie mit vorgehaltener Waffe körperliche und sexuelle Gewalt erfahren. Außerdem ist es Frauen verboten, ohne männlichen Verwandten auszugehen, und ihnen wird mit Strafe gedroht, wenn sie keine angemessene Kleidung oder Hijab tragen«, sagt sie.

Humanitäre Hilfe

Bei der humanitären Finanzierung muss es zunehmend um die Erfüllung langfristiger Bedürfnisse gehen, sonst werden viele Menschenleben in der Warteposition verharren.

Hiesigen offiziellen Angaben zufolge haben sie keinerlei humanitäre Hilfe von internationalen Organisationen erhalten und nur die kurdische Selbstverwaltung stellt ihnen fast alles zur Verfügung und der Syrische Rote Halbmond der syrischen Regierung versorgt sie täglich mit Brot.

In der Logistik trafen wir Ahmad Nebiko, einen schlanken Mann mit Glatze mittleren Alters, und seine Arbeitskollegin Nariman Abdalla, eine brünette Frau in den Vierzigern. Sie wurden beide aus Efrîn vertrieben und sind jetzt verantwortlich für das Depot zur Verteilung von Lebensmitteln und Haushaltsmaterialien im Lager Berxwedan. Mit einem ländlichen Tonfall seiner rauen Stimme spricht Ahmad über ihre ermüdende Aufgabe: »Wir verteilen Lebensmittelrationen an die Kommunen und sie wiederum an ihre Mitglieder. Wir geben ihnen Brot, Marmelade, Käse, Konserven und ab und zu Gemüse. Außerdem Speiseöl, Gaskartuschen.« Nariman unterbricht ihn in autoritärer Weise: »Wir geben ihnen alles, wir geben Geschirr, Matratzen, Matten, Decken heraus und was immer sie brauchen. Trotzdem beschweren sich die Leute immerfort. Manche Menschen sind nicht zufriedenzustellen. Selbst wenn du ihnen Vogelmilch gibst, werden sie weiter maulen.«

Bildung repräsentiert für vertriebene Kinder die Zukunft, ihre einzige Hoffnung

Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung friedlicher, gerechter und inklusiver Gesellschaften. Zu ihrem Unglück haben vertriebene Kinder am meisten zu leiden, denn es gibt keine Schulbildung, um etwas Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu machen, und keine Unterhaltung, um ihnen in den Flammen des Krieges etwas Freude zu schenken. Die meisten früheren Schulen sind entweder vollkommen oder teilweise zerstört, in einem Gebiet, das von Landminen, nicht detonierten Splitterbomben und Sprengfallen geplagt ist.

Einige wenige informelle Lagerschulen sind überraschenderweise entstanden, organisiert von freiwilligen Managern und Lehrern. Sie sind so inspirierend; die Freiwilligen bieten eine gute Lehrqualität mit nur sehr begrenzten Mitteln vom KPÇ (ehemaliger Lehr- und Bildungsausschuss in Efrîn).

»Die Arbeit ist schwierig, manchmal herzzerreißend, aber oft motivierend und bestrebt«, sagt ein Schulleiter einer neu eröffneten Zelt-Schule.

»Die Sprache, in der hier hauptsächlich unterrichtet wird, ist Kurdisch. Es ist ihr Recht, in ihrer Muttersprache zu lernen, aber wir bringen ihnen auch Arabisch und Englisch bei«, sagt die Kovorsitzende der Schule.

»Die Kinder haben keine Tische oder Stühle und die Qualität der Klassenräume in den Zelten ist nicht beneidenswert. In zwei Fällen wurden kürzlich die meisten Zelte vom Regenwasser überflutet. Außerdem ist die Hitze drinnen an heißen Tagen ziemlich unerträglich«, so ein weiterer Lehrer.

Ferner ist die größte Herausforderung für Lernende wie Lehrende die Tatsache, dass das syrische Bildungsministerium die in den vergangenen sechs Jahren in Efrîn angewandten Lehrpläne und den Schülern erteilten Zeugnisse weder anerkennt noch bestätigt. Weil Kurdisch vom syrischen Regime nicht offiziell anerkannt wird, müssen kurdische Schüler, die in Efrîn gelernt haben, für den Fall, dass sie in regimekontrollierte Gebiete gehen, von vorn anfangen.

Letztendlich sollte die Internationale Gemeinschaft aus Efrîn vertriebenen Menschen den Flüchtlingsstatus gewähren, da sie vor ethnischer Säuberung und Völkermord aus ihrer Heimat geflohen sind. Ein ganzes Volk hatte sich der Auslöschung ausgesetzt gesehen durch eine unprovozierte Aggression eines Nachbarstaates, der Türkei und ihrer extremen Dschihad-Banden, zu einer Zeit, als Efrîn sieben Jahre lang selbstständig gewesen war, ohne dass sich die Zentralregierung irgendwie darum gekümmert hätte.

Die Konsequenzen von Erdoğans Krieg gegen den »Terror« waren Dörfer und das Leben von Zivilisten in Trümmern. Männer, Frauen und Kinder wurden getötet oder schwer verletzt. Die Überlebenden waren aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Herkunft Gewalt, Erniedrigung, sexueller Belästigung oder extralegaler Liquidation ausgesetzt. Obendrein wurden zivile Häuser von türkisch unterstützten Dschihadisten beschlagnahmt, Höfe zerstört, Vieh getötet oder gestohlen. Darüber hinaus ist das Leben von Zehntausenden aus Efrîn Vertriebenen in der Diaspora zur Hölle geworden. Dies ist nur ein flüchtiger Eindruck von dem, was Erdoğan als einen Krieg hinstellte, um den Menschen Efrîns Frieden zu bringen. Der unmoralische Flüchtlingsdeal zwischen der Türkei und der Europäischen Union, die politischen Agenden von EU, USA und Russland stärken alle Erdoğans mächtige Hand. Egal, dass sich sein Angriff gegen dieselben richtete, die ihr Leben im Kampf gegen das »gemeinsame Übel«, den IS, geopfert hatten. ♦

Allem Konservativismus zum Trotz blüht die Frauenbewegung in Minbic auf

Große Schritte hin zu einer demokratischeren Struktur

Loez, freier (Foto)Journalist

Über den staubigen Verkehrsadern von Minbic sammeln sich graue Wolken, die seit der Befreiung der Stadt im August 2016 durch die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) wieder zu neuem Leben erweckt wurden. Auf eine der Hauptstraßen der Stadt findet sich ein einfaches Schild in arabischer, kurdischer, turkmenischer und tscherkessischer Sprache – es weist darauf hin, dass dies die lokale Frauenversammlung ist, deren Eingang durch Betonblöcke geschützt und von bewaffneten Sicherheitskräften bewacht wird.

»Die Anfänge waren schwierig. Es war notwendig, die verbliebenen Spuren der früheren Organisationen mit einzubeziehen«, erklärt Mahera auf Arabisch, eine entschlossene Dreißigjährige, umgeben von einem Dutzend anderer Frauen verschiedenen Alters und verschiedener Herkunft. »Als die Stadt befreit wurde, hinterließen die Demokratischen Kräfte Syriens einen positiven Eindruck bei den Menschen. Dann gingen die Genossen von Tür zu Tür durch die Stadt und boten den Akteuren jeder Kommune an, sich zu versammeln und an der Verwaltung der Stadt teilzunehmen. Kurden, Araber, Turkmenen, Tscherkessen, wir sind eins und haben die gleiche Hoffnung auf Demokratie und Freiheit. Die QSD haben uns davon überzeugt, dass wir zusammenkommen müssen. Wir haben erkannt, dass das System demokratisch ist und es keine Diskriminierung gibt. Jetzt sind wir wirklich davon überzeugt.«

Nach der Befreiung von Minbic standen die QSD vor der Herausforderung, die Menschen um das politische Projekt der Demokratischen Föderation Nordsyrien[1] herum zusammenzubringen. Die Bewohner dieses ethnischen und sprachlichen Mosaiks, bestehend aus etwa 70 % Arabern, 20 % Kurden, 5 % Turkmenen und einer kleinen Anzahl von Tscherkessen, wurden jahrzehntelang durch die vom syrischen Regime geförderte stammesorientierte konservative Politik geteilt. Während der drei Jahre unter der Kontrolle des Islamischen Staates, von dem Minbic eine seiner Hochburgen war, verschärfte sich diese Politik der Spaltung.

»Es ist sehr schwierig, hier etwas zu ändern. Die Arbeit daran ist spannend und gleichzeitig eine echte Herausforderung«, sagt Nergiz Ismayil mit funkelnden Augen. Sie ist seit der Eröffnung der Frauenakademie von Minbic vor 15 Monaten deren dynamischer Kopf. In den von der autonomen Verwaltung der Demokratischen Föderation Nordsyrien – hier vertreten durch den Zivilrat von Minbic – kontrollierten Gebieten sind die Akademien Orte der politischen Bildung. Diejenigen, die sich den Frauen widmen, spielen eine wichtigere Rolle, wie Nergiz erklärt: »Das erste Prinzip der Selbstverteidigung für Frauen ist die Bildung. Wir organisieren verschiedene Aktivitäten, zum Beispiel Kurse, Diskussionen über Frauen, Kinder, Familie, aber auch Geschichte. Früher wurden Frauen kleingehalten. Sie wurden dazu erzogen, die patriarchalische Mentalität zu akzeptieren. Die Gewalt, die Frauen erleiden, reproduzierten sie gegenüber ihren Kindern, gegenüber den Menschen in ihren Häusern. Es ist diese Mentalität, die geändert werden muss. Frauen müssen ihre eigene Identität wiederherstellen, Emanzipation bedeutet nicht, wie Männer zu sein, denn sie selbst sind nicht befreit. Wir müssen sowohl Frauen als auch Männer emanzipieren.«

Ein unauffälliges Gebäude am Stadtrand von Minbic beherbergt vorerst die Akademie. Nicht jeder ist damit einverstanden, dass Frauen einen Ort der Begegnung haben können. »Es hat keine offizielle Beschwerde gegeben. Die Männer, die es stört, wagen es nicht, es öffentlich zu sagen. Einige von ihnen geben vor, das neue System zu akzeptieren, partizipieren sogar an der Verwaltung, schlagen aber weiterhin ihre Frauen zu Hause. Es gibt ein grundsätzliches Problem mit den Mentalitäten. Frauen wurden als Objekte betrachtet, und die Männer, die sie so sehen, wollen daher nicht akzeptieren, dass sie ihnen gleichgestellt sind. Auch wenn körperliche Gewalt nicht mehr öffentlich vorkommt wie zu Zeiten von Daesch (arabisches Akronym für Islamischen Staat, IS), ist verbale und psychologische Gewalt immer präsent. Aber wir verstehen diese Männer und wissen, dass das Problem in ihrer Bildung liegt. Wir wollen sie nicht abwerten, wir wollen sie auch weiterentwickeln und an ihrer Bewusstseinsentwicklung teilnehmen.«

Nach dieser Einführung lädt uns Nergiz ein hereinzukommen. Die Frauenakademie ist in der Regel eine reine Frauenakademie. Aber sie hat da eine Idee im Hinterkopf. Sie sagt

1 Definiert in einem Gesellschaftsvertrag: http://civaka-azad.org/der-gesellschafts-vertrag-der-demokratischen-foederation-von-nordsyrien/



In der Frauenakademie. Foto: Loez

lächelnd: »Für einige dieser Frauen ist es auch eine große Veränderung, mit einem Mann bzw. einem Fremden im selben Raum zu sein. Ihnen Fragen zu stellen, zu zeigen, dass wir an ihnen interessiert sind, ist wichtig. Es wertschätzt sie. Das ist auch ein Weg, um die Revolution zu beginnen. Die Aufnahme arabischer, turkmenischer und tscherkessischer Frauen in die Akademie war schwierig, da hier Patriarchat und häusliche Gewalt sehr stark kulturell verwurzelt sind. Ein Mann, der seine Frau nicht schlägt, gilt als schwach. Wir reden viel mit Frauen jeder Gruppe. Und wir versuchen unsere Ansichten nicht frontal durchzusetzen. Wenn uns eine Frau sagt, dass Männer den Frauen überlegen sind, widersprechen wir ihr nicht, aber wir laden sie zu unseren Aktivitäten ein und hoffen, dass sie die Dinge selbst anders sehen lernt – und das ist oft der Fall.«

Drinnen sitzen zwanzig Frauen jeden Alters auf den Bänken eines kleinen Klassenzimmers, erhellt durch das diffuse durch die Fenstervorhänge scheinende Licht. Vor ihnen steht eine junge Frau aus der Jugendbewegung, die hinter einem Tisch neben einer Tafel mit arabischen Sätzen steht und eine Klasse unterrichtet. An der Wand befinden sich Fotos von Märtyrerinnen aus Minbic, die im Kampf gegen den IS gefallen sind, und Plakate mit wichtigen Persönlichkeiten der Frauenbewegung verschiedener Herkunft. In der Mitte das Porträt von Abdullah Öcalan. »Es kann keine Freiheit ohne Frauenfreiheit geben«, sagt der PKK-Chef, der die Befreiung der Frau zu einer Säule seiner politischen Theorie der Demokratischen Nation machte. Später entwickelte die Frauenbewegung das Konzept von Jineolojî, wörtlich »Wissenschaft der Frauen«, um die Theorie und die Prinzipien zu vertiefen.

Wir nehmen Platz. Nergiz erklärt dem Publikum die Gründe für meine Anwesenheit. Ein Gespräch von über einer Stunde beginnt. Nacheinander stehen die Frauen, die sich beteiligen wollen, auf und sprechen. Wo es anfangs nur wenige sind, werden im Laufe des Gespräches fast alle von ihnen das Wort ergreifen. Jedes Mal fügt Nergiz einige Elemente über ihre Leben hinzu.

Thawra, deren Name auf Arabisch »Revolution« bedeutet, ist zwischen 20 und 30 Jahre alt und spricht als Erste. Die junge Frau studierte Theologie und lebte unter der Besetzung des Islamischen Staates.

»Zuvor wusste ich noch nichts über die reale Situation von Frauen, ich kannte mich selbst nicht. Ich wurde als Objekt betrachtet. Ich konnte mich nicht in der Öffentlichkeit ausdrücken. Ich hatte studiert, aber erst hier wurde mir klar, wie ignorant ich war. Ich wusste nicht, wie ich eine Rolle in der Gesellschaft spielen sollte. Wir wussten nicht, dass wir Menschen sind und keine Maschinen, um Babys zu machen. Hier begann ich zu erkennen, dass ich ein Gewinn für die Gesellschaft bin. Hier kommen Frauen mit verschiedenen Horizonten zusammen, reden miteinander und lernen voneinander. Diese Kurse haben mir sehr gut gefallen, und jetzt möchte ich, dass sie an anderen Orten stattfinden, auch in ländlichen Gebieten.«

Zemzem, 24, fügt hinzu: »Ich komme aus einem Dorf. Mir wurde beigebracht, dass die Dorfbewohner unwissend und nur die Stadtbewohner gebildet sind.« Eine Frau in den Fünfzigern schließt ab: »Zuvor dachte ich, dass gebildete Frauen und Analphabetinnen nicht zusammen sein können. Aber ich sah, dass es möglich ist. Jetzt ist mir klar, dass Frauen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammenarbeiten können.«

»Was ich betonen möchte«, sagt die zwanzigjährige Suzanne, »ist, dass ich im alten konservativen Staatssystem studiert habe. Und es war nicht möglich, die Lehrer zu hinterfragen.«

Eine Frau in den 40ern kam mit einer ihrer Töchter. »Mit dem, was ich hier gelernt habe, will ich meine Kinder jetzt besser erziehen.«

Fatma, 17, ist Ko-Vorsitzende der Kommune[2] ihres Dorfes und beschäftigt sich mit dem Thema geschlechtsspezifische Gewalt. Ein bisschen verschüchtert, bezeugt sie: »Bevor ich kam, wusste ich nicht viel über Frauen. Ich hörte von der Akademie und Heval Nergiz und beschloss, sie zu treffen. Als ich kam und all diese Frauen mit unterschiedlichem Hintergrund zusammen sah, verschlug es mir den Atem. Es ist sehr schwierig, an diesen Kursen teilzunehmen. Wenn du das tust, stehst du unter

2 Versammlung an der Basis des Systems der Demokratischen Föderation Nordsyrien, die hundert Familien zusammenbringt, die in einer Kommune leben und ihre Probleme lösen oder ihre Forderungen an höhere Behörden weitergeben.

sozialem Druck. Ich hatte einen Vorteil – mein Vater kannte die Bewegung. Daher war es einfacher. Als die Demokratischen Kräfte Syriens uns 2016 befreiten, begann er ihre Ideologie zu studieren. Er bewunderte sie. Als ich hierherkam, brachte ich vier weitere Frauen mit. Seitdem hält mich das Dorf für eine Hexe. Als ich Ko-Vorsitzende der Gemeinde wurde, dachte ich an Selbstmord wegen des sozialen Drucks. Ich erhielt sogar Morddrohungen von den Söldnern, die mit der türkischen Armee zusammenarbeiten. Aber ich will Mädchen in meinem Alter zeigen, dass es möglich ist, das zu erreichen.«

In der Region Minbic ist der Einfluss der Stämme in ländlichen Gebieten höher als in städtischen Zentren. 20 Tage dauert die Ausbildung an der Akademie, wobei der letzte Tag einer schnellen militärischen Ausbildung gewidmet ist. Die meisten Frauen wollen das über sich selbst Gelernte weitergeben. Wie Şadia: »Ich bin Lehrerin und arbeite in Archiven. Nach Abschluss der Ausbildung beabsichtige ich, mein Wissen an die Frauen weiterzugeben, die mit mir arbeiten. Ich habe hier drei Dinge gelernt: Ethik/Moral, den Geist der Genossenschaftlichkeit, Demut.«

Diese Frauen sind nicht bereit, die Freiheiten aufzugeben, für die sie gekämpft haben. »Was ich hier verstanden habe, ist, dass Frauen echte Macht haben. Wir wurden vom System unterdrückt, aber jetzt können wir Dinge ändern«, sagt eine Frau in den Dreißigern. Aber es ist ein schwieriger und täglicher Kampf. Malek ist Ko-Vorsitzende einer Kommune: »Ich komme aus einem sehr konservativen Dorf, es ist für mich eine Revolution, hier zu sein, aber es ist sehr schwer. Mein Mann schlägt mich täglich. Er schlägt mir ins Gesicht, weil ich in einer Kommune arbeite und an der Revolution teilnehme. Ich will, dass du es weißt. Diese Revolution ist schwierig.«

In Fällen häuslicher Gewalt finden Frauen Unterstützung im Frauenhaus (Mala Jin), einem organisierten Ort zur Bekämpfung häuslicher und ehelicher Gewalt und zur Verteidigung der Frauenrechte.

Şilan, die Leiterin, erklärt: »Unsere Aufgabe hier ist es, die Probleme der Frauen zu lösen. Sie sind hauptsächlich familiär und an der Ehe orientiert. Zum Beispiel konnten Männer früher bis zu vier Frauen haben, was eine Quelle von Konflikten ist. Ein weiteres Konfliktthema ist das Sorgerecht. Bei Kindern unter 15 Jahren geht es an die Mutter, bei den Älteren an den Vater. Schließlich gibt es häusliche Gewalt. Wenn eine Frau kommt und sagt, dass sie missbraucht wurde, suchen wir nach Beweisen, ggf. mit ärztlicher Untersuchung und bringen den Fall vor Gericht, wenn nötig. Wir greifen maximal dreimal in einem Fall ein. Wenn sich am Ende des dritten Males nichts ändert, schicken wir den Fall an das Gericht. Wir unterstützen die Frau dann während des Gerichtsverfahrens. Zuerst hatten wir bis zu 150 Fälle pro Monat. Aber das geht allmählich zurück. Diesen Monat hatten wir noch 80. Wir wollen mehr Projekte initiieren, weitere Häuser zusätzlich zu den bestehenden drei eröffnen. Dafür brauchen wir aber finanzielle Unterstützung von außen.«

Bei Bedarf kann das Frauenhaus auf die Hilfe der Asayîş-Frauenabteilung der Sicherheitskräfte zählen. Die Frauen-Asayîş erfüllen die gleichen Aufgaben wie ihre männlichen Kollegen, aber sie arbeiten auch spezifischer an Frauenfragen. Wir treffen Fatwa, Hanane, Fadia und Rym im Hauptquartier der Asayîş. Alle sind zwischen zwanzig und dreißig, die eine kurdisch, die andere arabisch. Ihre Kommandantin, eine Frau in den Vierzigern, mit starken Zügen von Kämpferinnen, die jahrelang in den Bergen der PKK-Guerilla waren. Von ihrer Pflicht anderswo gefordert, lässt sie uns mit den jungen Frauen allein sprechen.

»Wir hatten mit vielen Eheproblemen zu kämpfen; Paare stritten vor allem über Kinder. Einmal waren wir auf Patrouille, als eine Frau weinend vor uns stand. Sie wollte ihre Kinder, die der Vater mitgenommen hatte«, sagt Rym.

Fatwa, feste Stimme, starrer Blick geradeaus, fährt fort: »Wenn eine Frau Eheprobleme hat und wenn sie sich scheiden lassen will, haben wir zwei Lösungen: Entweder wir schicken sie zum Gericht, wo sich ein Richter um ihren Fall kümmert, oder wir schicken sie zum Frauenhaus, das das Verfahren zwischen dem Gericht und den Asayîş organisiert. Vor ein paar Tagen hatten wir den Fall einer Asayîş-Freundin, die sich scheiden lassen wollte. Sie war zu Hause, als ihr Mann kam, um ihre Kinder zu holen. Er wollte sie schlagen. Sie schaffte es, mich zu kontaktieren, und sagte, dass sie nicht rausgehen könne, weil ihr Mann sie schlagen wolle. Wir haben schnell eingegriffen. Als wir sie hierherbrachten, begann er alles zu leugnen und behauptete, er wolle mit allen zusammenleben. Aber seine Frau sagte, dass er lügt, dass er sie schlägt und sie zwingen will, die Beteiligung an den Asayîş aufzugeben. Wir waren zurück bei den alten Traditionen, wo die Frau zu Hause bleiben und sich nur um die Kinder kümmern muss. Aber unsere Genossin hatte bereits ihren Platz auf dem Boden und in der Gesellschaft gefunden, also verließ sie ihren Mann und behielt außerdem ihre Kinder.«

Fadia ist bei der Verkehrspolizei. Sie zögert zu sprechen und sagt dann: »Zuerst sahen uns die Leute seltsam an. Asayîş-Frauen haben andere Frauen dazu gebracht, ihnen folgen zu wollen. Es gibt Frauen, die dort seit der Befreiung unserer Region sind. Ich bin dort seit 10 Monaten. Aber mit jedem Tag werden wir mehr. Die Art und Weise, wie die Leute uns betrachten, hat sich verändert, besonders bei den Clans. Sie begannen stolz darauf zu sein, ihre Töchter zu uns zu schicken.«

Hanane ergänzt: »Frauen spielen heute eine sehr wichtige Rolle in der Gesellschaft. Nach vielen Jahren des Leidens können wir endlich unser Ziel erreichen.« Sie erzählt außerdem eine Geschichte, die sie selbst erlebt hat. »Wir lebten im Dorf und es war einer Frau verboten, einer Organisation beizutreten, erst recht einer der bewaffneten Streitkräfte. Ich hatte eine Freundin, die sich uns anschließen wollte, aber ihre Familie war dagegen. Sie haben sie zu Hause eingesperrt. Ich habe davon erfahren. Also haben wir eingegriffen, und sie ist heute bei uns. Sie hat sich auch mit ihrer Familie versöhnt.«

Die jungen Frauen haben sich aus verschiedenen Gründen angeschlossen, u. a. um eine eigene Einkommensquelle zu haben.

»Das Leid, das wir erlebten, als Daesch unsere Stadt kontrollierte, hat mich sehr verändert.« Fatwa sagt mit düsterem Blick: »Es ist unerträglich, eine Frau zu sehen, die zu Tode gesteinigt wird, und ich habe es mit eigenen Augen gesehen. All dies verhärtete mein Herz gegen Daesch, gegen ihre Ungerechtigkeit. Als sie die Kontrolle über Minbic übernahmen, fingen sie an, die Mädchen zu entführen. Sie versuchten sie zu verheiraten, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, und diejenigen, die es nicht akzeptierten, wurden gezwungen. Zum Beispiel konnte ein Mann in den 60ern ein 13- oder 14-jähriges Mädchen heiraten. Wenn er getötet wurde, war das Mädchen allein und hatte keine Zukunft. All dies hat uns ermutigt, uns den Streitkräften anzuschließen.«

Fadia fügt hinzu: »Meine Mutter war eine Gefangene von Daesch, und als wir sie besuchten, sagten sie uns ›und wie wäre es, wenn wir euch mit zu ihr stecken würden?‹ Wir konnten nichts sagen. Sie respektierten niemanden. Sie sagten den Eltern: ›Lasst eure Töchter nicht rausgehen und sich mit Jeans und T-Shirts kleiden!‹ Als ich die Asayîş-Frauen an den Kontrollpunkten in ihren Uniformen sah, wollte ich mich ihnen anschließen. Meiner Meinung nach können Frauen in allen Bereichen arbeiten, sei es in der Politik, in der Armee oder in der Presse.«

Für Hanane ist »sich den Asayîş anzuschließen eine Errungenschaft für Frauen. Früher waren es Männer, die entschieden. Sie waren die Einzigen, die in der Gesellschaft arbeiteten. Aber hier beweisen wir mit unserer Arbeit, dass Frauen es wie Männer können, und noch besser. Wenn wir heute hier sind, dann weil wir unser Land lieben.«

Rym fügt hinzu: »Frauen haben lange Zeit Unrecht erlitten, sie mussten sich nur um die Kinder kümmern, sie konnten ihre Meinung nicht sagen; um dieses Unrecht zu bekämpfen, bin ich hier.«

Um ihre Emanzipation zu ermöglichen, richtet sich die Frauenbewegung in allen von der Demokratischen Föderation Nordsyrien kontrollierten Gebieten parallel zu den gemischten Strukturen der Gesellschaft ein, die den Bedürfnissen der Frauen in verschiedenen Bereichen gerecht werden. Neben Asayîş, Akademie oder Frauenhaus koordiniert die Frauenversammlung alle Projekte dieser Strukturen. In Minbic wurde sie im März 2017 eröffnet: »Der Zweck der Frauenversammlung ist es, sich um die Bedürfnisse der Frauen zu kümmern. Um sie kennenzulernen, werden wir an die Türen der Häuser klopfen«, sagt Hevi; »Im letzten Jahr war die Ökonomie eines der größten Probleme für Frauen.«

Nadia ist in den Fünfzigern, sie ist Turkmenin. Wir kommunizieren auf Türkisch ohne Übersetzer. Sie fasst zusammen, was die verschiedenen Frauen im Raum vorhin gesagt haben. »Nach Daesch wussten wir nicht, was eine Frau ist. Zur Zeit von Daesch gab es keine Frauen. Die Frau war niedergeschlagen und unterwürfig. Die Frau wurde als reproduktives Werkzeug angesehen. Aber nach der Erlangung der Demokratie haben alle Frauen gezeigt, dass es sie gibt. Hier sind wir alle gleich. Es gibt keine Kurden oder Turkmenen oder Araber. Wir arbeiten zusammen, wir diskutieren gemeinsam, wir haben alle die gleichen Probleme. Sie mag Probleme mit ihrem Mann, mit ihrer Familie haben, aber jetzt behauptet sie ihre Persönlichkeit. Sie zeigt, dass sie existiert. Heute kennen Frauen ihre Rechte, anders als früher.«

Zwanzig Frauen unterschiedlichen Alters leiten die Versammlung, die in Komitees aufgeteilt ist: Wirtschaft, Bildung, Sozialarbeit … »Die Kommunen sind im Aufbau und dabei besteht die Notwendigkeit, dass Frauen die Positionen von Ko-Vorsitzenden einnehmen. Wir wollen das gleiche Niveau erreichen wie im Kanton Cizîrê. Es ist notwendig, sowohl die Bedürfnisse der Frauen zu befriedigen als auch an der Organisation zu arbeiten. Die Frauenversammlung arbeitet unabhängig, aber ihre Arbeit trägt zum Aufbau des Systems bei. Zum Beispiel bereitet sich das Bildungskomitee darauf vor, die Flüchtlinge von Efrîn zu besuchen, um den Frauen die Teilnahme an Bildungsaktivitäten zu Jineolojî anzubieten«, erklärt Hevî.

Räumlichkeiten einer Gemeindeversammlung von West-Minbic werden von Fatma und Hassan gemeinsam geleitet. Fatma: »Es ist 20 Monate her, seit die Komin (Gemeinde) gegründet wurde, und ich arbeite hier. Ich will den Menschen helfen, besonders den Frauen hier. Die Menschen haben unter dem Assad-Regime gelebt, dann unter den Terroristen. Wir alle haben den Unterschied gesehen. Das System in Minbic ist immer noch sehr stammesbezogen. Im Moment zählt in den Kommunen, wer die Arbeit machen kann.«

Das für die Wirtschaft zuständige Komitee verfügt über eigene Räumlichkeiten. Es ist verantwortlich für die Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, damit sie sich selbst versorgen können, ohne von ihren Ehemännern oder Familien

abhängig zu sein. Die beiden Haupttätigkeitsbereiche in Minbic sind Landwirtschaft und Handel.

Frauen arbeiten viel im ersten Bereich, werden aber schlecht bezahlt. Im Handel sind sie im Gegenteil dazu unterrepräsentiert. »Selbst wenn sie Wirtschaft studieren, enden sie als Lehrerinnen«, sagt Ihtissar. Die Kommission eröffnete ein kleines Restaurant, das von Frauen geführt wird, die beschlossen haben, ihre Gehälter zusammenzulegen, um es zu finanzieren. Sie plant, eine Textilwerkstatt zu gründen. Freiwillige, die dort arbeiten können, fehlen nicht, im Gegensatz zur Finanzierung. Die Frauenbewegung setzt auf Kooperationsprojekte zur Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit von Frauen. Aus Mangel an Ressourcen sind diese Projekte in Minbic im Gegensatz zu den anderen Regionen Cizîrê und Kobanê noch nicht entwickelt worden.

Minbic ist ein interessantes Beispiel für die Ausweitung des politischen Projekts der kurdischen Bewegung auf alle Kommunen in Nordsyrien. Offensichtlich geht diese Änderung nicht reibungslos vonstatten. Die Stämme sind weder glücklich darüber, ihren Einfluss zu verlieren, noch über die sozialen Veränderungen, die durch die Selbstverwaltung, insbesondere die Emanzipation der Frauen, hervorgerufen werden. Im Januar und März 2018 wurden Demonstrationen von Stämmen rund um Minbic organisiert, von denen einige die Rückkehr des syrischen Regimes forderten, von dem sie vor dem Krieg manchmal Hilfskräfte waren. Andere haben Verbindungen zu pro-türkischen Dschihadistengruppen, deren Frontlinien nur 20 km entfernt sind. Mehrmals pro Woche werden Sicherheitskräfte angegriffen. Hinter den Destabilisierungsversuchen schwebt der Schatten der Türkei. Einiges weist auch auf die Beteiligung des Regimes hin. Die Türkei droht weiterhin mit einem Angriff auf Minbic. Im Moment hat die von Frankreich und den USA angeführte Koalition, die sich mit den QSD verbündet hat, ihre militärische Präsenz verstärkt, um den zerstörerischen NATO-Partner davon abzuhalten, seine Drohungen in die Tat umzusetzen und die lokalen Streitkräfte über die Dauerhaftigkeit des Zivilrats von Minbic zu beruhigen. Ob es eine langfristige Unterstützung geben könnte, ist noch unklar.

Angesichts dieser Bedrohungen versucht die autonome Regierung von Minbic so umfassend wie möglich zu sein. An den Wänden sind Porträts von Abu Layla, dem charismatischen Gründer des Militärrates von Minbic, der im Juni 2016 bei Kämpfen um die Stadt tödlich verletzt wurde, weit verbreitet, während die von Abdullah Öcalan, die in anderen Gegenden weitgehend präsent sind, hier viel weniger in Erscheinung treten – auch wenn wir stark bearbeitete Bilder sehen können, die ihn in traditioneller arabischer Kleidung präsentieren, so z. B. ein Geschenk der Frauen eines Stammes an die Frauenakademie.

Die hier anwesenden Kader der kurdischen Bewegung kommen aus der Region selbst und sprechen fließend Arabisch. Auch wenn sie im Moment noch Schlüsselpositionen einnehmen, vor allem auf regionaler Ebene, werden sie immer zurückhaltender oder sind sogar von der Basis verschwunden, in der die Verantwortung den zuvor ausgebildeten Einheimischen übertragen wurde. Dies ist ein Schritt hin zu einer demokratischeren Struktur, die nur auf lange Sicht und in einem friedlicheren Kontext vollständig ausgebaut werden kann. Die Verwaltung bemüht sich um eine rasche Integration aller, um sich stärker mit der Bevölkerung zu verbinden. Sie wird auf die Unterstützung von Frauen zählen können, die von ihrem politischen Projekt überzeugt sind und die die hart erkämpften Freiheiten nicht aufgeben wollen.



Dieses von Frauen geführte Restaurant ist ein Projekt der Frauenversammlung. Foto: Loez

»Jetzt weiß ich, was ich will«, sagt Nadia. »Was meine Rechte und meine Wünsche sind. Meine Beziehung zur Welt. Früher hieß es ›du machst die Hausarbeit, du machst Essen, du machst Kinder‹. Früher war ich auch zu Hause und kümmerte mich um meine Kinder, meinen Mann, ich kochte. Nach der Einrichtung der Demokratie hat sich das geändert. Jetzt weiß ich, dass ich eine Bestimmung habe.« ♦

Avahî-Reisebericht

Eine Poliklinik für die Demokratische Föderation Nordsyrien

Avahî – Solidarity Construction Rojava

Im Mai brachen wir kurzfristig zur ersten Baudelegationsreise nach Rojava auf. Kurzfristig und doch lange geplant. Seit über zwei Jahren bereiten wir den Bau eines Gesundheitszentrums für Rojava im Kanton Cizîrê vor – in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung der Freien Frau in Rojava (WJAR). Nun endlich saßen wir den Frauen direkt gegenüber, anstatt uns über Telefon, E-mails oder Videonachrichten auszutauschen. Bereits im letzten Jahr hätte eine Vorbereitungsgruppe als erste Delegation aufbrechen sollen, aber aufgrund der politischen Lage und der daraus resultierenden Grenzschließung in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak und des bevorstehenden Unabhängigkeitsreferendums mussten wir unsere Reisevorbereitungen abbrechen.

Nach einigen Tagen zähen Wartens an der Grenze, die von der Autonomieregierung im Irak kontrolliert wird, standen wir dann doch noch am Abend unserer Einreise auf dem Bauplatz. Diesen kannten wir bisher nur von Bildern. Der Rohbau, der nur wenige Kilometer von der türkischen Grenze entfernt liegt, steht schon seit über zehn Jahren und wartet auf die Fertigstellung.

Mit den Frauen der Stiftung und zwei Architekten diskutierten wir während unseres Aufenthalts über die Zukunft des Bauprojekts und das Für und Wider der geplanten Stahlbeton-/Lehmbauweise. Es gab Bedenken gegen Lehm als Baumaterial. Er wird zwar traditionell seit tausenden von Jahren vor allem in den Dörfern zum Hausbau verwendet, aber er gilt heute oft als rückständig. Je nach Technik und Verarbeitung sowie Verwitterungsschutz muss bei traditionellen Lehmhäusern einmal im Jahr die Fassade überarbeitet werden, was eine regelmäßige Belastung der Bewohner*innen mit sich bringt. Durch das Erläutern der regionalen Bautechniken, der Wetterbedingungen und der Materialverfügbarkeit konnten wir unseren Blick erweitern.

Parallel zu den Vorbereitungen der Baustelle besuchten wir die verschiedenen Projekte der Stiftung. Wir fuhren zu mehreren Gesundheitszentren, die WJAR leitet. Dort wird vor allem Frauen eine kostenlose Grundversorgung zur Verfügung gestellt. Die Mitarbeiter*innen von WJAR geben Frauengesundheitsseminare, Erste-Hilfe-Kurse u. v. m. Im Gesundheitszentrum von Serê Kaniyê werden auch Frauen für die Arbeit im Gesundheitsbereich ausgebildet. Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld ist die Arbeit in den zahlreichen Flüchtlingscamps, wie im Camp Roj und Camp Hol. Alle Frauen berichteten uns, dass es an Medikamenten und medizinischem Gerät für die Grundversorgung der Bevölkerung fehle. Rojava unterliegt nach wie vor quasi einem Embargo durch die Nachbarländer.

Trotz dieser Umstände arbeiten die Menschen, die wir kennenlernen durften, am Aufbau der basisdemokratischen Gesellschaft. Am Beispiel des Gesundheitsrates, von dem die Stiftung WJAR ein Teil ist, lernten wir die Rätestruktur der demokratischen Autonomie kennen. Wir trafen außerdem die Ko-Vorsitzenden der Stadtverwaltung von Qamişlo, eine Muslima und einen Christen. Lachend erzählten sie uns von einem Beschluss des schwedischen Parlaments, welches vor kurzem die Einführung einer 30-Prozent-Quote für Frauen beschlossen habe. »Schaut her, hier sind Frauen mit 50, 60 Prozent in den Räten und dem Vorsitz vertreten. Und uns wird vorgeworfen, wir seien rückständig!?«

Menschen aus verschiedensten Religionen und mit verschiedenem kulturellem Hintergrund organisieren sich hier gemeinsam in den Räten. Selbst die Nummernschilder sind dreisprachig, kurdisch, arabisch und aramäisch. Hinzu kommen Assyrer*innen, Christ*innen, einige wenige Jüd*innen und Êzîd*innen.

In den ersten Tagen trafen wir die Filmemacher aus der Filmkommune in Qamişlo. Vor Assad gab es in Syrien eine große Filmkultur, aber seit über 40 Jahren hat die Bevölkerung in bestimmten Teilen des Landes kaum mehr Kontakt mit Film, Kunst und Kultur. Die Filmkommune organisiert Filmvorführungen in den Stadtteilen, dreht aber auch eigene

Filme. Ihr aktueller Film handelt von drei Frauen aus Şengal, Cizîrê und Kobanê. Gemeinsam diskutierten wir die Möglichkeit, das Bauprojekt filmisch zu begleiten.

Zwischen den vielen Besuchen und Ausflügen kamen wir immer wieder mit den Frauen der Stiftung zusammen. Wir übergaben einen Teil der Spendengelder, die wir für den Aufbau des Gesundheitszentrums gesammelt hatten, und sprachen darüber, welche Arbeiten zu Baubeginn im Herbst stattfinden werden. Im Herbst sollen in kleineren Gruppen Handwerker*innen aus Deutschland auf die Baustelle kommen und gemeinsam mit Freiwilligen aus dem Stadtteil den ersten Teil des Gesundheitszentrums bauen.



Eine Delegation von avahî besuchte mehrere Projekte in Nordsyrien. Im Kanton Cizîrê wird bald ein Gesundheitszentrum von ihnen errichtet werden. Foto: avahî

Nicht nur die verschiedenen Stationen unserer Reise zogen uns in den Bann, allein schon die Fahrt durch das flache weite Land faszinierte uns. Auf der vierstündigen Fahrt von Qamişlo nach Kobanê passierten wir Orte, die wir bisher aus der Berichterstattung über die Kämpfe gegen Daesch (IS) kannten. Al-Raqqa und Aleppo waren plötzlich keine 100 Kilometer mehr entfernt. Alle paar Kilometer und an den Kreuzungen waren Straßenkontrollen. Diese verhindern Angriffe auf die Menschen von Rojava. Immer wieder fehlten Teile der Straßen und Brücken, die durch Daesch beim Rückzug gesprengt worden waren und die nun notdürftig wieder repariert wurden.

Sehr wichtig war für uns der Besuch im Frauendorf Jinwar, wo Frauen seit etwa einem Jahr ein Dorf aufbauen, in dem später Frauen gemeinsam leben und arbeiten werden. Es wird den Frauen, die aus ihrem Leben als Haus- und Ehefrau ausbrechen wollen oder Betroffene von Gewalt geworden sind, eine Alternative bieten. In Jinwar erfuhren wir viel über die traditionelle Herstellung der Lehmziegel. In vielen Dörfern Rojavas wird mit Lehmziegeln und -putz gebaut. In Jinwar sind schon über 20 Häuser in dieser Bauweise entstanden. Die Frauen aus dem Aufbaukomitee berichteten ausführlich über die Herstellung der Lehmsteine, der roten und schwarzen Erde, die dabei eine wichtige Rolle spielt, und über weitere wichtige Baustoffe sowie deren Kosten und Beschaffungsaufwand. Jinwar ist für uns ein Ort, an dem wir viel lernen konnten.

In der Geburtsklinik von Heyvar Sor, dem Kurdischen Roten Halbmond, in Kobanê konnten wir den Einsatz von Lehm als modernen Baustoff analysieren. Nach der massiven Zerstörung der Stadt durch Daesch 2015 bauten Internationalist*innen das Krankenhaus auf. Seitdem werden dort im Monat über 300 Kinder geboren. Der Besuch in Kobanê war sehr berührend. Bisher hatten wir nur die Bilder der zu über 80 Prozent zerstörten Stadt im Kopf. Umso beeindruckender erschienen uns nun der Wiederaufbau und die Motivation der Menschen, weiter zu kämpfen. Vor uns stand eine Stadt, der man in weiten Teilen kaum ansieht, dass die Befreiung erst vier Jahre zurückliegt. Einige Häuserblocks wurden bewusst zerstört belassen, um zu mahnen und zu erinnern.

Bei dem Besuch des Friedhofs für die Gefallenen wurde uns ein weiteres Mal bewusst, wie viele Menschen für die Verteidigung der Freiheit ihr Leben gelassen haben. In jedem Dorf, in jedem Stadtteil, durch die wir bei unserer Reise kamen, erinnerten die Bilder der Gefallenen an die Verluste, die ein Kampf mit sich bringt. Aber sie zeigten uns auch, dass die Menschen für die Idee der demokratischen Autonomie, der Freiheit aller Menschen und des Aufbaus einer gerechten, solidarischen Gesellschaft sterben. Das Gedenken zeigt uns, dass dieser Kampf schmerzlich, aber erfolgreich sein kann.

Wir kehrten mit einem ersten Eindruck von der Stärke und dem Kampfgeist der Menschen Rojavas zurück nach Hause und sind mehr denn je überzeugt, dass wir unseren Teil für den Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung beitragen müssen. ♦



Kurdistan Hilfe e.V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40200505501049227O4
BIC: HASPDEHHXXX
Stichwort: construction

Mail: avahi@riseup.net
Online: avahi.noblogs.org
Twitter: avahi_



Impressionen einer Delegationsreise nach Rojava Anfang Juni 2018

Von der Aufbauleistung tief beeindruckt ...

Robert Jarowoy

Als ein elfköpfiges Team von LinkspolitikerInnen und FilmemacherInnen/FernsehjournalistInnen fliegen wir mit zwei DolmetscherInnen nach Hewlêr (Erbil), der Hauptstadt der kurdischen Autonomieregierung in Nordirak.

Hier war ich zuletzt vor sieben Jahren. Damals war Hewlêr eine quirlige Stadt, in der sich ausländische Firmen die Klinke in die Hand zu geben schienen. Überall sah man die Leuchtschilder der Vertretungen vor allem deutscher Firmen wie Siemens, Bosch, Züblin oder Daimler. Ganz anders in diesem Jahr. Ein nahezu verwaister Flughafen, der aus Europa nur noch von Austrian Airlines angeflogen wird, ansonsten von Turkish Airlines, Egypt Airlines, einer pakistanischen und einer inländischen Airline aus Baghdad. Am Flughafen die letzten beiden verbliebenen Autovermietungsfirmen mit einem Gemeinschaftsstand: Hertz und Europcar.

Nun ja, bis vor zwei Jahren war das kurdische Autonomiegebiet in Südkurdistan bzw. Nordirak ein Hort der Stabilität gewesen. Keine Selbstmordanschläge, keine Dschihadisten und auch keine Gefahr einer sozialistischen Revolution, wie wir sie in den kommenden Tagen in Rojava hautnah erleben sollten. Dann aber 2015 der Schock, als die Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) zunächst Mûsil (Mossul) überrannten, Nordsyrien weitgehend besetzten und zu ihrer eigenen Überraschung plötzlich kurz vor Hewlêr standen. Genau wie die irakische Armee hatten die kurdischen Peşmerga der Barzanî-Regierung des Autonomiegebietes keinerlei Widerstand geleistet, sondern waren unter Zurücklassung ihrer militärischen Ausrüstung abgehauen. Erst der Widerstand der PKK-Guerilla hatte vor allem in Şengal (Sindschar) und bei Mexmûr zum Rückzug der Dschihadisten geführt.

Danach hatte sich das geschockte ausländische Kapital zumindest personell zurückgezogen. Von den 500 Luxushotels wurde die Hälfte geschlossen. Auch in unserem 3-Sterne-Hotel waren wir die einzigen Gäste. Wie die Geschäftsleute waren auch die TouristInnen aus Baghdad und den Emiraten weggeblieben, die – sofern Beirut ihnen zu teuer war – hier ganz entspannt hatten einkaufen und sich amüsieren können. Im Christen-Viertel von Hewlêr gibt es sogar Whisky-Bars und Kioske mit Efes-Bier.

Nun hatte Barzanî als Chef der kurdischen Autonomie-Regierung 2017 im Schatten des fluchtartigen Rückzuges zunächst der irakischen Armee und dann des IS als Reaktion auf den Widerstand der PKK-Guerilla sein ihm völkerrechtlich und in der irakischen Verfassung festgeschriebenes Territorium nahezu verdoppelt, indem er sich insbesondere die erdölreiche Region um Kerkûk still und heimlich einverleibt hatte. In einem Anflug von Größenwahnsinn hat er im Herbst 2017 in diesem Gebiet und seinem bisherigen Territorium ein Referendum durchführen lassen, das über die völlige Loslösung vom Irak entscheiden sollte und in seinem Sinne überwältigend positiv von der kurdischen Bevölkerung entschieden wurde. Die Antwort der nach dem sich abzeichnenden Zusammenbruch des IS wiedererstarkten irakischen Regierung war eindeutig. Kerkûk und alle anderen dazugewonnenen Gebiete wurden im Herbst 2017 binnen zwei Tagen ohne irgendeinen Widerstand von Barzanîs Peşmerge-Truppen wieder Baghdad unterstellt – genau wie die beiden Flughäfen des Barzanî-Gebiets, die bis März 2018 von der irakischen Regierung für den internationalen Flugverkehr gesperrt worden waren. Nachdem Barzanî daraufhin erklärte, dass das Referendum für die Unabhängigkeit gar nicht so gemeint gewesen sei, durfte er unter Verlust des gesamten zugewonnenen Territoriums der Kurdischen Regional-Regierung den Flughafen in seiner Hauptstadt Hewlêr wiedereröffnen, was aber außer bei den ÖsterreicherInnen zumindest in Europa bislang nicht so vertrauenschaffend wirkte und auch eine zumindest Halbierung der Erdöleinnahmen mit sich brachte.

Wir fahren von Hewlêr aus mit zwei Autos zu dem einzigen offiziellen Grenzübergang zwischen der kurdischen Autonomie-Regierung (Barzanî) und Rojava am Harbur-Fluss. Da bei uns die Bundestagsabgeordnete Zaklin Nastic mitreiste, die

zuvor über den Deutschen Bundestag eine Einreiseerlaubnis für sich und ihre Begleitung bekommen hatte, durften wir nach allerlei Stempelformalitäten den Fluss in einem kleinen Motorboot passieren.

Auf der anderen Seite war Rojava, wo ich noch nie zuvor gewesen war, gleichwohl ich dreißig Jahre lang verschiedenste Gebiete Kurdistans regelmäßig besucht hatte. Mein erster Eindruck war, dass ich in der Passstelle über dem Schreibtisch der Zuständigen ein großes Portrait Abdullah Öcalans als »Staatschef« sah. Das war für mich hammerhart. Hatte ich 1991 Apo doch im Libanon persönlich kennengelernt und mit höchstem Respekt verfolgt, wie er in seinen Analysen und mit der Kraft seiner unter den KurdInnen überall anerkannten Führungspersönlichkeit richtungsweisend bewirkt hatte, dass sich die PKK von einer marxistisch-leninistischen zu einer marxistisch-anarchistischen Bewegung entwickelte. In der Analyse des Kapitalismus und dessen zwangsläufiger Konsequenz von Krieg und Ausplünderung marxistisch, in der Frage des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsform sowohl in demokratischer als auch ökonomischer Hinsicht eher anarchistisch, geleitet von dem Gedanken der Kooperativen, der Gleichberechtigung der Geschlechter und Ethnien sowie des Konföderalismus.

Nun hing da plötzlich das Bild Apos als »Staatsoberhaupt«, während das Zeigen seines Bildes auf einer Fahne in Deutschland unter Strafe steht, weil es Förderung des Terrorismus bedeutet. Natürlich dachte ich an Mandela, der 25 Jahre im Knast saß – Apo hat es bis jetzt auf 19 Jahre gebracht –, und wünschte mir, dass ihm vielleicht doch noch vor seinem Tod oder seiner Ermordung die gleiche ihm genauso zustehende Ehre und Funktion wie Mandela zu Lebzeiten zukommen mögen sollte.

Empfangen bzw. begrüßt wurden wir von einem Komitee, das extra für uns gekommen war. Nach einigen gegenseitigen Ansprachen wurden wir auf zwei oder drei Autos verteilt, die voran- und hinterherfahrend von einer schwerbewaffneten Eskorte begleitet wurden.

Wir fuhren zwei oder drei Stunden durch eine bergige Region, die vor allem von Schwengelpumpen geprägt war, wie ich sie auch aus Niedersachsen oder der Gegend um Êlih (Batman), der Erdölmetropole der Türkei in der nach Amed (Diyarbakır) und Wan wohl größten kurdischen Stadt in der Türkei kenne. Diese Pumpstationen, hatte man mir dort erklärt, förderten kein Erdöl, sondern pumpten Luft in die unterirdischen Ölfelder, um mittels des dadurch entstehenden Drucks das Öl andernorts zum Heraussprudeln und damit zum Abzapfen zu bringen. Unser Fahrer berichtete, dass die einst staatlich vom (Assad-)Regime kontrollierte Erdölproduktion in Rojava zunächst in die Hände des IS gefallen und dann von den KurdInnen übernommen worden sei. Sie hätten sogar zumindest eine Raffinerie unter ihrer Kontrolle. Das so gewonnene Benzin bzw. den Diesel würden sie neben dem Eigenverbrauch nunmehr an das Regime verkaufen (womit Assad bezeichnet wird), während Rohöl an die kurdische Autonomie-Region (Barzanî) geliefert werden würde, nachdem dieser die Ölquellen bei Kerkûk und Mûsil an den irakischen Zentralstaat hatte abgeben müssen. Diese Angaben wurden uns später mehrfach bestätigt.

Dann kamen wir nach Qamişlo (Al-Qamischli), einer seit der kolonialen Aufteilung der Region nach dem Ersten Weltkrieg zwischen der Türkei und Syrien geteilten kurdischen Großstadt. In ihrem türkischen Teil Nisêbîn (Nusaybin) war ich mit Menschenrechts- oder Wahlbeobachtungs-Delegatio-



Ankunft der Delegation in Rojava. Foto: Delegation

nen schon oft gewesen. Zuletzt 2015, kurz bevor die Stadt von der türkischen Armee weitgehend zerstört wurde, nachdem sich dort die Menschen samt ihrer Verwaltung von der Türkei losgesagt hatten. Nun sahen wir diesmal in der umgekehrten Richtung von Qamişlo nach Nisêbîn hinüber, über die in den vergangenen zwei Jahren von der Türkei errichtete 900 km lange, von Stacheldraht bekränzte Betonmauer, die der einstigen Grenzbefestigung der DDR in nichts nachstand.

Im Stadtrat von Qamişlo wurden wir wie eine Staatsdelegation von den stets weiblich-männlich besetzten Ko-Vorsitzenden der politischen und der Verwaltungsebene empfangen. Natürlich kreisten die Gespräche neben den üblichen Höflichkeiten immer wieder um die Frage, wie es denn möglich sein könne, dass Deutschland und Russland der Türkei den Einmarsch ihrer Truppen und Milizen in Efrîn und dessen Bombardierung durch NATO-Kampfjets gestattet und die US-AmerikanerInnen dabei zugesehen hätten. Diese Fragestellung ergab sich bei allen weiteren Gesprächen, und außer unserer Antwort, dass wir beschämt seien und dagegen natürlich weiter publizistisch und im Bundestag angehen würden, konnten wir nicht viel Mutmachendes erwidern.

Nach der herzlichen Verabschiedung wurden wir mit unserer Eskorte in das 30 km entfernte Amûde gebracht – eine Kleinstadt von gut zehntausend EinwohnerInnen, in der die Gesamt-Rätevertretung (Parlament) von Rojava tagt, wo wir in deren Gästehaus untergebracht wurden.

Nach einem längeren Gespräch mit den SprecherInnen der Rätevertretung – einem Kurden und einer assyrischen Christin – fuhren wir weiter westlich nach Kobanê (Ain al-Arab), jener legendären Stadt, in der nach einem mehrmonatigen Widerstand im Februar 2015 der Siegeszug des IS erstmals gebrochen worden war. Bei den Auseinandersetzungen waren 70 % der Hunderttausend-EinwohnerInnen-Stadt zerstört worden. 48 Selbstmordattentäter – vorwiegend junge Männer aus Frankreich und Deutschland – hatten sich dort in die Luft gesprengt. Die US-AmerikanerInnen hatten die durch die Wüste wie auf dem Präsentierteller heranrückenden Wagen-Kolonnen des IS erst angegriffen, nachdem dieser das Stadtzentrum erreicht hatte. Die Folge waren unermessliche Verluste unter der Zivilbevölkerung, den verteidigenden KämpferInnen der YPG/YPJ (Volks-/Frauenverteidigungseinheiten) – mindestens 2000 von ihnen sind gefallen – und Zerstörungen der Stadt, von der seither 40.000–60.000 Wohnungen wiederaufgebaut wurden. Als jemand, der seit vielen Jahren in Altona mit Stadtplanung befasst ist, war ich von dieser Aufbauleistung genauso tief beeindruckt wie von der stadtplanerischen Gestaltung. In einem Zementwerk, das noch aus der Zeit des Regimes stammt, wurden seit der Befreiung der Stadt vom IS Megatonnen Bauschutt zermahlen und zu Zement verarbeitet, und das in einem Rund-um-die-Uhr-Betrieb. Zum stadtplanerischen Aspekt sagten mir die Mitglieder der Baukommission (natürlich paritätisch weiblich/männlich besetzt), dass sie zwar neben kommunalen auch mit privaten Baufirmen zusammenarbeiten, aber grundsätzlich keine Genehmigungen für mehr als dreigeschossige Bauvorhaben mit einem Staffel-/Dachgeschoss erteilen würden und der Zuschnitt der Wohnungen familiengerecht von den dafür zuständigen Komitees festgelegt werden würde. Auch die Höhe der Mieten wird in diesen Räten festgelegt, wobei bedürftige Familien, deren Hauptversorger gefallen sind, gar nichts oder fast nichts bezahlen müssen.

Nach einem Besuch mit Kranzniederlegung auf dem MärtyrerInnenfriedhof von Kobanê wurden wir zu einer im Krieg berühmt gewordenen Anhöhe gefahren, von der aus der IS die Region beherrscht hatte, die dann aber von den kurdischen FreiheitskämpferInnen verlustreich zurückerobert worden war. Der während der Belagerung Kobanês zuständige Oberkommandierende der YPG, inzwischen Verteidigungsminister Rojavas, sagte uns, er habe immer wieder versucht, mit den Kommandeuren des IS zu verhandeln, um das Schlimmste an kriegerischen Auseinandersetzungen zu vermeiden. Das sei aber nicht möglich gewesen, da sie immer wieder über ihre Berufung durch Allah und ihren Aufstieg in der Punkteskala zum Paradies geredet hätten, was ihnen keine Wahl ließe. Die Anführer waren nach seiner Aussage Araber aus Raqqa oder dem Irak, während die für die YPG-KämpferInnen verlustreichsten Scharfschützen aus Tschetschenien oder Afghanistan kamen. Die Selbstmordattentäter stammten fast ausschließlich aus Europa, denen versprochen worden war, dass sie im Paradies eine große Menge von Engeln, Jungfrauen bzw. Sexsklavinnen (die Abgrenzung war schwimmend) erwarten würde, wobei deren Zahl davon abhinge, ob sie durch eine Bombe getötet worden (höchste Priorität), im Kampf gegen einen Mann gefallen (mittlere Priorität) oder durch eine Frau getötet worden seien (Leerausgang). Deswegen hätten die Dschihadisten am meisten Angst vor der kurdischen Frauen-Guerilla (YPJ) gehabt, erzählte mir der Oberkommandierende. Wenn der Hintergrund mit Tausenden Toten nicht so entsetzlich wäre, hätte man sich schmunzelnd/kopfschüttelnd an die Stirn fassen können.

Am nächsten Tag fuhren wir weiter nach Minbic (Manbidsch), einer Stadt mit wohl eher hunderttausend EinwohnerInnen. Dort gab es zwar auch einen arabisch-kurdischen Ko-Vorsitz des Stadtrates mit einer Araberin als Sprecherin, allerdings erschien nach einiger Zeit, in der mehr Höflichkeiten ausgetauscht wurden, der wohl mächtigste arabische Scheich der Region und riss die Gesprächsführung sofort an sich. Auf Fragen verhielt er sich zwar sehr wortgewaltig, aber ohne irgendeine Konkretisierung. Weder in Bezug auf die RussInnen/Assad noch auf die Türkei mit ihren dschihadistischen Milizen noch auf die US-AmerikanerInnen und FranzösInnen mit ih-

ren undurchsichtigen Plänen. Unsere Gesprächsanfrage an die US-AmerikanerInnen und FranzösInnen war zuvor brüsk abgelehnt worden. Wenn ich, während ich diese Zeilen schreibe, ständig befürchte, dass Erdoğan den mehrfach angekündigten Angriff zur »Befreiung« von Minbic mit US-amerikanischer Unterstützung noch vor der türkischen Parlaments- und Sultanswahl am 24.6. einleitet, denke ich an all diese dort lebenden Menschen, denen dasselbe Schicksal wie in Efrîn droht, wo kaum hundert Kilometer entfernt inzwischen unter dem Schutz der NATO die Scharia wiedereingeführt wurde, nach der Frauen nur vollverschleiert in Begleitung ihres Gatten oder Bruders auf die Straße dürfen. Von den öffentlich zur Schau gestellten Hinrichtungen von angeblichen Schmugglern oder gar YPG-Unterstützern ganz zu schweigen.

Danach besuchten wir den obersten Militärrat Rojavas, der zwar einen äußerst eloquenten englischsprachigen Sprecher hatte, aber ansonsten natürlich auch geschlechterparitätisch besetzt war. Dort wurde uns mehr von den letzten Kämpfen gegen den IS in Deir ez-Zor berichtet, wo immer noch täglich bis zu 24 unser KämpferInnen fallen, als von den vermutlich bevorstehenden viel schwerwiegenderen Auseinandersetzungen um Minbic.

Später besuchten wir ein Ausbildungs-Camp der YPJ, der Frauen-Guerilla. Frauen sind in Rojava im Gegensatz zu Männern nicht wehrpflichtig. Allerdings beteiligen sich ca. 30 % der jungen Frauen freiwillig am Militärdienst und sind mit Feuereifer dabei, für die erworbenen Rechte als Frauen notfalls auch in den Tod zu gehen. Die jungen Frauen in Uniformen kicherten über mich als einen Weihnachtsmann und wollten gerne mit mir fotografiert werden – vermutlich, um die Fotos ihren Eltern zur Beruhigung zu senden.

Als abschließenden Teil meines Berichtes möchte ich noch das Frauen-Dorf erwähnen. Von dem Frauen-Dorf hatte ich schon in Altona gehört, war aber nicht wirklich davon überzeugt. Was wir vorfanden, hat mich allerdings eines Besseren belehrt. Frauen hatten unter dem Koordinationsrat des Frauenkomitees unter Mithilfe von kurdischen Männern und Internationalistinnen eine Viertelmillion Lehmziegel aus dem dortigen Boden gestochen, geformt und verarbeitet und damit fast 30 Häuser errichtet, die ausschließlich für Frauen mit oder ohne Kinder vorgesehen sind. Brunnen bis in 200 m Tiefe wurden gebohrt, um die vielfältige Landwirtschaft mit Aprikosen-, Granatapfel- und Olivenbäumen voranzubringen. Genau wie Gemüsebeete und aufzubauende Schaf-/Ziegenherden mit angedockter Käseproduktion. Geplant sind in diesem Dorf ein Gesundheitszentrum, eine Bäckerei und Werkstätten aller Art. Männer dürfen sich jederzeit am Aufbau dieser Strukturen beteiligen, haben aber nicht wirklich etwas zu sagen, was genau wie von der kurdischen Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern auch von mir etwas kritisch gesehen, aber irgendwie doch als etwas tolles Neues empfunden wird. ♦



Kritische Betrachtung der internationalen Strukturen und Aussicht auf Perspektiven

Gemeinsam geht nur zusammen!

Malte Frisch

In der letzten Ausgabe des Kurdistan-Reports (Nr. 197) gab es eine Reflexion und solidarische Kritik besonders gegenüber internationalistischen Strukturen und Arbeiten in Deutschland. Darauf würde ich gern Bezug nehmen, selbstkritisch und zugleich solidarisch kritisch darauf eingehen und Perspektiven in Aussicht stellen.

Die Entwicklung einer basisdemokratischen Revolution in Nordsyrien, welche eine unglaubliche Kraft versprüht, hat auf die ganze Welt eine große Ausstrahlung. Ihre Grundpfeiler Basisdemokratie, Ökologie und Frauenbefreiung haben eine globale Bedeutung. Vor diesem Hintergrund gibt es auch in Deutschland in den vergangenen Jahren wieder verstärkt internationalistische Arbeiten, die einiges in Bewegung setzen. Viele solidarische Menschen & Gruppen haben sich entschieden, die Prozesse zu unterstützen und zu verbreiten, die von der kurdischen Freiheitsbewegung ausgehen. Dabei teile ich die Kritik, dass diese Arbeiten sich nicht auf bloße Solidaritätsarbeit beschränken dürfen, sondern eine wirkliche Unterstützung, der Aufbau eigener starker Strukturen und die Entstehung einer revolutionären Bewegung sein müssen. Die Auseinandersetzung mit Ideologien und Werten von revolutionären Bewegungen wie der kurdischen Freiheitsbewegung wird uns helfen, hier in Deutschland für diese Aufgabe eine stabile Grundlage zu entwickeln. Internationalismus bedeutet, dass wir die bisherigen Fehler unserer politischen Praxis erkennen und verändern wollen. Dabei haben wir das Glück, auf eine durchdachte und auf Analyse gestützte Ideologie zurückgreifen zu können.

Gesellschaftlich arbeiten

In der Phase der Angriffe auf Efrîn wird unsere isolierte Herangehensweise an Probleme sichtbar. Es sind zwar viele Menschen auf die Straßen gegangen und in der Bevölkerung gibt es eine gewisse Sympathie für die Freiheitsbewegung und viel mehr noch eine große Abneigung gegenüber Machthabern wie Trump, Erdoğan, Assad, Putin und deren Kriegspolitik. Doch haben wir es nicht geschafft, die Verbindung zu sozialen Kämpfen in unserem Umfeld herzustellen. Die Unzufriedenheit der Menschen sollten wir nicht plumpen rechten Ideologien überlassen, sondern Perspektiven für freiheitliche Selbstorganisierung sichtbar machen. Ich teile dabei die Kritik, dass dies vor allem am Mangel unserer Kreativität der Aktionen und damit an den Beteiligungsmöglichkeiten liegt. Es gab eine Vielzahl an Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen. Wie groß ist die Chance, dass uns unbekannte Menschen an diesen Aktionen teilnehmen? Was fühlen Menschen dabei, wenn sie bei unseren Kämpfen mitmachen? Ist da ein Gefühl von Veränderung und Hoffnung? Welchen Einfluss haben die Aktionen auf den Alltag?

Um die Gesellschaft zu kontrollieren, wird sie vom System in verschiedenste Gruppen zerteilt. Mit unseren Aktionen sollten wir diese Grenzen überschreiten, auf verschiedenste Menschen zugehen und sie miteinander in Kontakt bringen. Dazu muss die Linke raus aus ihren Zentren, klandestinen Gruppen, Kneipen und Szene-Räumen, denn so reproduzieren wir die Trennungslinien. Um auf Menschen außerhalb unseres Umfeldes zuzugehen, braucht es kreative neue Versuche und Ansätze. Ein erster Schritt kann aber sein, all die uns unbekannten Gesichter anzusprechen, wenn wir auf Kundgebungen oder Infoveranstaltungen sind.

Wir sollten überall das Interesse an anderen Menschen zeigen und uns der Auseinandersetzung stellen: auf der Straße, in der Nachbarschaft, im Betrieb, in der Schule. Dass wir dabei auch auf reaktionäre Denkansätze stoßen werden, darf uns nicht davon abhalten, diese Gespräche zu führen. Vielmehr sollte es uns anspornen herauszufinden, wie wir andere von diesen Erklärungsmustern abbringen können, welche stets vermeintlich Schwächere für ihre Probleme verantwortlich machen, und von den Möglichkeiten einer gleichberechtigten selbstorganisierten Gesellschaft überzeugen können.

Zusammen kämpfen

Wir müssen aufeinander zugehen. Ohne Besonderheiten zu ignorieren, gibt es doch viele gemeinsame Probleme. Viele Kurd*innen leben schon lange hier oder sind hier geboren. Die Überschneidungen werden immer größer und die Sozialisierung durch das kapitalistische System auch. Das heißt, dass die Arbeiten auch einen viel stärkeren Fokus auf hier vor Ort brauchen. Das passiert in den Volksräten und Organisationen bereits, aber der verbindende Charakter muss noch mehr zum Vorschein kommen. Die kurdische Bewegung sollte sich also mehr in die Themen und Kämpfe hier einbringen, nicht nur, um uns zu unterstützen, sondern vor allem, weil es unsere gemeinsamen Themen und Kämpfe sind. Viele Internationalist*innen gehen auf die Demos und Veranstaltungen der kurdischen Bewegung, aber wie oft und mit welcher Zahl passiert das anders herum. Wir haben oft Veranstaltungen gemacht, sogar zum Thema Kurdistan, Türkei, Nordsyrien, aber die kurdischen Freund*innen waren oft nur wenig bis gar nicht vertreten. Auch das muss sich ändern für ein gemeinsames Gefühl und eine gemeinsame Stärke. Andererseits bedeutet es, sich auf die Herangehensweisen und die Ideologie der kurdischen Freiheitsbewegung intensiver einzulassen. Es gibt immer wieder das Angebot zu Diskussionen, wir müssen offener werden und Veränderungen an unserer politischen Praxis und uns selbst zulassen. Ein Festhalten an gewohnten Formen von »Politik machen« verhindert größere Schritte zu gesellschaftlicher Veränderung. Ich teile die Einschätzung, dass es Zusammenschlüsse braucht, die stärker sind als Bündnisse. Wir müssen uns austauschen, zusammen bilden und strategisch diskutieren. Es braucht eine widerständige Kultur, in der wir uns in Verbundenheit auf bestehende und vergangene Kämpfe beziehen. Internationalismus bedeutet, dass wir unsere Kämpfe als eins verstehen müssen, wir haben gleiche Ziele und die gleichen Feinde.

Konfrontieren

Bei den Protesten gegen den Krieg in Efrîn wurde die unmittelbare Beteiligung der BRD und deutscher Rüstungsbetriebe zwar thematisiert, allerdings haben wir es nicht ausreichend geschafft, die wahrhaftigen Profiteure dieser und auch anderer Kriege zu demaskieren und zur Rechenschaft zu ziehen. Doch es gibt zukünftig viele Möglichkeiten, mit neuer Stärke weiterzumachen. So wird es in diesem Sommer über den Antikriegstag am 1. September am Rheinmetall-Standort Unterlüß ein Camp geben. Über mehrere Tage werden dort Vorträge, Workshops, Diskussionen, Aktionen und eine Demonstration stattfinden. Im Camp können wir ein kollektives Leben entwickeln, uns die Zeit nehmen, um uns besser kennenzulernen und gemeinsam voranzukommen. Viele unterschiedliche Gruppen werden zusammenkommen: Friedensinitiativen, kurdische Bewegung, antimilitaristische & antifaschistische Gruppen, Gruppen von Geflüchteten, Gewerkschafter*innen und auch Anwohner*innen.



Aktionstage rund um den Antikriegstag in Unterlüß, Informationen unter: https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/

Es ist geplant, mit den Menschen vor Ort und den Angestellten in den Dialog zu gehen, um friedliche Alternativen zu finden, statt nur zu kritisieren. Anhand unserer Schwächen zu lernen hat ein großes Potential und bedeutet Veränderung. Dafür brauchen wir Mut für neue Wege und den Willen, viele zu werden. Ohne uns abzukapseln oder trennen zu lassen, müssen wir uns dem System entgegenstellen. Mit Kunst, mit Öffentlichkeit, mit Kultur, auf alle (un)denkbaren Arten. ♦

Interview zur Solidarität mit der kurdischen Bewegung in Italien

… in der Lage, die verschiedenen Teile der Linken zusammenzubringen?

AktivistInnen des Centro Ararat in Rom, befragt vom Kurdistan Report

Seit dem Jahr 1999 besteht das kurdische Kulturzentrum Ararat, das »Zuhause« der KurdInnen in der italienischen Hauptstadt Rom. Könnt ihr uns etwas über die Entstehungsgeschichte des Ararat erzählen?

Rodi: Das Zentrum entstand 1999. Als der Vorsitzende Öcalan in Rom war, versammelten sich vor dem Militärkrankenhaus »Celio« KurdInnen aus ganz Europa. Die Bewegung in Rom tat ihr Bestes zur Unterstützung der angereisten Menschen, viele waren in den Hungerstreik getreten. Aus dieser Begegnung ist eine Verbindung zwischen Menschen in Rom und dem kurdischen Volk entstanden.

Als der Vorsitzende wegen der fehlenden Courage der italienischen Regierung gezwungen wurde, Italien zu verlassen, und er später in einem internationalen Komplott entführt wurde, reisten viele wieder ab, aber viele blieben in Rom und »wohnten« in einem Park in der Nähe der Piazza del Celio, in dem sich schon zuvor eine Gruppe von KurdInnen aus dem Irak befunden hatte.

Sveva: Diese Situation war untragbar. Verschiedene Soziale Zentren und andere Gruppen haben zusammen mit diesen Menschen gemeinsam mit der kurdischen Community nach einer Lösung gesucht und dann entschieden, ein Gebäude zu besetzen. Erst wurde ein Haus in einem ziemlich zentralen Viertel (Piazza Bologna) besetzt, dann ein anderes Gebäude, ausgerechnet zwischen dem zentralen Polizeipräsidium und dem Innenministerium … Beide wurden nach wenigen Tagen geräumt. Dann wurde ein Haus im alten, 1975 aufgegebenen Schlachthof besetzt, auf einem Gelände, auf dem sich schon seit 1990 das Soziale Zentrum »Villaggio Globale« (Globales Dorf) befand und wo das Ararat auch heute noch ist. An dieser Besetzung beteiligte sich neben vielen anderen Sozialen Zentren und Gruppen auch das ArchitektInnenkollektiv »Stalker«. Diese Gruppe brachte sich ein bei der Instandsetzung des besetzten Gebäudes – früher einmal das Haus des Tierarztes des Schlachthofes – und hat im Lauf der Jahre viele wichtige Projekte aufgebaut, unter anderem die Installation »Tappeto Volante« (Fliegender Teppich), die sich zur Hälfte im Ararat und zur Hälfte in Palermo befindet, und den Ararat-Garten »Azadî« mit charakteristischen Pflanzen Kurdistans.

Rodi: Seit damals sind circa 25.000 KurdInnen kurz- oder langfristig zum Ararat gekommen, wurden dort aufgenommen und unterstützt. Oft waren es Menschen, die dort ihre erste Begegnung mit der kurdischen Kultur hatten, die in ihren Heimatländern verboten und geleugnet wird. Zurzeit wohnen wenige Leute fest im Ararat, weil wir jetzt den meisten Geflüchteten helfen können, in den staatlichen Zentren Unterkunft zu finden.

Wie sehen die praktischen Arbeiten des Kulturzentrums aus? Von wem werden eure Angebote hauptsächlich angenommen, habt ihr Kontakte in die kurdischen Regionen und mit was für Problemen seid ihr konfrontiert?

Rodi: Das Zentrum ist zuallererst ein Treffpunkt und Begegnungsort, hat aber auch Verbindungen mit dem Viertel, dem alten traditionsreichen Viertel Testaccio, und mit der Stadt insgesamt. Enge Beziehungen bestehen z. B. auch mit dem nahegelegenen Sozialen Zentrum »La Strada«. Ganz sicher ist der wichtigste Moment des Jahres das Newroz-Fest mit dem großen Feuer auf dem Platz vor dem Gebäude, mit politischen und kulturellen Ansprachen und Musik mit kurdischen und italienischen Gruppen. Wir organisieren kurdische und italienische Sprachkurse, es gibt eine Tanzschule, eine Bibliothek, Ausstellungen, Informationen über die Situation in Kurdistan, Buchvorstellungen etc. Oft werden wir zu Initiativen von anderen Sozialen Zentren und Verbänden in Rom eingeladen, wo wir nicht nur über Kurdistan informieren und Fotoausstellungen oder Ähnliches organisieren, sondern uns oft auch um das Essen kümmern und so die kurdische Küche bekannt machen.

Natürlich haben wir alle ständig Kontakt mit unseren Familien, aber auch mit Gruppen und Verbänden, die uns über die aktuelle Situation informieren oder helfen, Info-Material vorzubereiten. Wir organisieren periodisch z. B. zusammen mit Rete Kurdistan Roma *[»rete« bedeutet so viel wie Netzwerk; Anm.]* auch Filmtage.

Mit der kurdischen Community und unseren italienischen GenossInnen rufen wir auch zu Kundgebungen, Protestmärschen und anderen Initiativen auf, um auf die Situation in Kurdistan aufmerksam zu machen.

Wir setzen uns mit den üblichen Alltagsproblemen auseinander, die der Betrieb eines solchen Zentrums mit sich bringt, aber vor allem mit denjenigen, die unsere Situation als Geflüchtete betreffen, und natürlich unterstützen wir die gerade angekommenen Menschen bei ihren Asylverfahren. In Italien gibt es viele bürokratische Hürden, wenig Hilfe von staatlichen Strukturen und oft ist es schwer, die vielen Probleme zu verstehen und zu überwinden. In direkter Nachbarschaft befindet sich der Verband Senza Confine, der gratis auch rechtliche Unterstützung und Information anbietet.

In unserem Zentrum finden auch die Treffen von Rete Kurdistan Roma und die nationalen Versammlungen von Rete Kurdistan Italia statt.

Ich möchte betonen, dass das Ararat nicht nur selbstorganisiert ist, sondern auch selbstfinanziert, und dass wir die ganzen Jahre über auch für die wichtigen Tätigkeiten zur Aufnahme und zeitweiligen Unterkunft von Menschen nie staatlich oder anderweitig öffentlich finanziert wurden. Allein die letzte Renovierung dieses historischen Gebäudes – die wir selbst durchgeführt haben – hat 30.000 Euro gekostet, die wir selbst aufgebracht haben. Finanzierungshilfen sind nur aus einigen Projekten gekommen, eines davon europäisch; auch kurdische Verbände in Deutschland haben sich daran beteiligt. Gerade in diesen Tagen beginnt neben dem Ararat die Initiative »Gay Village«, mit der wir eine Zusammenarbeit begonnen haben.

Emanuele: Das Ararat-Zentrum ist auch der logistische und organisatorische Stützpunkt der »Staffetta Sanitaria« (Sanitätsstaffel) von Rete Kurdistan Italia. Die in verschiedenen Städten Italiens gesammelten Medikamente werden im Ararat gelagert und Staffetta und Ararat arbeiten zusammen an der Vorbereitung der Listen und Verpackung.



mirkoprosseda.com

Sveva: Im Ararat haben die ersten Treffen stattgefunden, aus denen in der Zeit des Kampfes um Kobanê eine Delegation entstanden ist, die damals nach Pirsûs (Suruç) fuhr. Die Geschichte dieser Reise und der darauffolgenden ist im Comic-Buch »Kobane Calling« erzählt. Einige Szenen der Erzählung finden im Ararat statt.

Es gab Berichte, wonach das Ararat von Räumung bedroht sei, so wie viele andere Kulturzentren auch. Wie ist der aktuelle Stand und gibt es eine Vernetzung mit anderen Gesellschaftsprojekten in Rom und Italien?

Rodi: Besonders schlimm war, dass die Nachricht von der Räumung gerade zu der Zeit kam, als Erdoğan anfing, alle Kulturverbände und gesellschaftlichen Organisationen in Kurdistan zu verbieten und zwangsweise zu schließen. Im ersten Moment haben wir gedacht, es gäbe eine direkte Verbindung. Auch wenn es so nicht zutrifft, haben wir auf den Kundgebungen gegen die Räumung betont, dass die Stadt Rom sich durch eine Räumung des Ararats zum Komplizen Erdoğans in seinem kulturellen und politischen Völkermord an den KurdInnen gemacht hätte.

Da diese Situation nicht nur das Ararat betrifft, sondern auch viele andere Strukturen in Rom, haben wir mit den GenossInnen von Rete Kurdistan Roma entschieden, den Kampf auf verschiedenen Ebenen zu führen: auf der lokalen Ebene, mit allen anderen Zentren, Verbänden und Gruppen in der gleichen Situation innerhalb eines Bündnisses, das »Decide Roma Decide la Città« (Rom entscheidet, die Stadt entscheidet) heißt – in der direkten Nähe des Ararats sind auch andere von Räumung bedroht, wie z. B. die »Scuola di Musica Popolare di Testaccio« (Testaccios Volksmusikschule) und der multiethnische Kindergarten »Celio Azzurro« –, auf nationaler Ebene, indem wir alle kurdischen Communities in Italien gebeten haben, bei ihren jeweiligen Stadträten zur Solidarität mit dem Ararat aufzufordern, Protesttelegramme an die Stadt Rom zu schicken etc. Aber wir denken, es ist wichtig, Solidarität von allen Gruppen und Verbänden aus der kurdischen Diaspora auch außerhalb Italiens zu erhalten. Denn mit der neuen Regierung kann die aktuelle Situation der Stagnation jeden Moment kippen, und dann werden wir auch eure Solidarität brauchen, um die Aktivitäten des einzigen Ortes zu schützen, an dem es in Italien möglich ist, kurdischem Selbstverständnis zu begegnen und die Besonderheiten der vier Teile Kurdistans wahrzunehmen. Den formaleren Teil erklärt jetzt unsere Anwältin.

Simonetta (Rechtsanwältin des Ararats): Im Stadtrat, der die Stadt Rom regiert, hat derzeit die MoVimento 5 Stelle (5-Sterne-Bewegung) die Mehrheit, die auch an der nationalen Regierung beteiligt ist.

Im März 2016 wurden durch den vorherigen Stadtrat mehreren Sozialen Zentren, darunter auch dem Ararat, die Mietverträge gekündigt, und zwar wegen Ablauf der alten Genehmigungen und Nichtzahlung der neuen und teuren »marktüblichen« Mieten. Dabei wurde ignoriert, dass kulturelle Zentren – dank Kämpfen der Bewegung der Sozialen Zentren in den neunziger Jahren – lediglich zwanzig Prozent des üblichen Mietniveaus bezahlen mussten, falls sie den BürgerInnen gratis kulturelle Aktivitäten anböten, die sonst die Stadtverwaltung hätte ausrichten müssen.

Diese Situation hat das Ararat und viele andere Zentren dazu gebracht, eine Einstellung des Wiedererwerbs der Immobilien von Seiten der Stadt Rom zu beantragen; ein Verfahren, das bei dem zuständigen Gericht noch läuft (TAR Lazio); in der Zwischenzeit haben zahlreiche Treffen zwischen VertreterInnen der Sozialen Zentren, ihren AnwältInnen und der Stadtregierung Roms Letztere überzeugt, momentan vom Wiedererwerb abzusehen. Durch den Beschluss des Stadtrats Nr.19/2017 wurden alle Verfahren vorerst eingestellt, bis zur Verabschiedung einer neuen Regelung der Mietverträge. Die Stadt Rom hat also entschieden, alles zu verschieben, bis neue Regeln die Zuteilung ihrer Immobilien an Verbände und BürgerInnen bestimmen, durch die geprüft werden soll, ob durch gemeinnützige Tätigkeiten tatsächlich ein Anrecht auf den Verbleib in diesen Immobilien besteht.

Das zuständige Gericht ist davon unterrichtet worden und hat im Falle Ararats noch kein Datum für eine neue Verhandlung festgelegt.

Gleichzeitige gerichtliche und politische Aktionen gegen das Vorgehen der Stadt haben einen Aufschub der anfänglich vorgesehenen Räumungen bewirkt. Die GenossInnen und Gruppen, die am Projekt Ararat arbeiten und dessen Schicksal verfolgen, werden aber auf jeden Fall weiterhin aufmerksam die weiteren Entwicklungen beobachten und immer an der Seite der Menschen sein, die durch das türkische Regime zur Flucht gezwungen wurden und hier Schutz gefunden haben, d. h. an der Seite derjenigen, die mit ihrer Kultur, ihrer Anwesenheit und ihren Aktivitäten die Seele des Ararat-Zentrums sind.

Sveva: Ja, im Moment gibt es einen Stillstand. Die Frage ist aber auch, wie eventuelle neue Regelungen aussehen werden. Der Entwurf der Stadt Rom von letztem Jahr ist nicht sehr vielversprechend, im Gegenteil. Außerdem gibt es keinen Verhandlungstisch, an dem die Sozialen Zentren die Gestaltung der Regeln diskutieren und beeinflussen könnten. Noch dazu ist die Regierung der Stadt Rom für die nationale Regierung

wichtig, insbesondere für die 5-Sterne-Bewegung, und der sogenannte Regierungsvertrag zwischen der 5-Sterne-Bewegung (die sicher nicht als »links« angesehen werden kann) und der rassistischen Partei Lega verspricht nichts Gutes in Bezug auf besetzte Gebäude. Also ist der einzige wirkliche Schutz einerseits das Gerichtsverfahren, andererseits die Bereitschaft der Gruppen, die Rete Kurdistan Roma bilden (und die vieler anderer), zu einer militanten Verteidigung des Ararats (und natürlich aller anderen gefährdeten Zentren), falls sich das als notwendig erweisen sollte.

Mit dem intensiven Kampf der YPG/YPJ um Kobanê und zuletzt Efrîn hat sich eine große Sympathie für die Revolution in Kurdistan und das Paradigma der kurdischen Bewegung entwickelt. Wie kommen die Kurdistan-Solidarität im Allgemeinen und die Revolution in Rojava im Besonderen in der italienischen Gesellschaft an?

Emanuele: In der italienischen Linken gibt es ein großes und übergreifendes Interesse, über die verschiedenen politischen Gruppierungen und Spaltungen hinaus. Nach einer ersten Phase der allgemeinen Unterstützung, die auch an den Kampf um Kobanê gegen den IS gebunden war, gibt es jetzt auch mehr Aufmerksamkeit für die Inhalte der Revolution in Rojava und insbesondere für den demokratischen Konföderalismus. Dazu sei als Beispiel gesagt, dass ein Online-Bericht über eine Doktorarbeit zu diesem Thema innerhalb weniger Tage von mehr als tausend Leuten abgerufen wurde.

Massimiliano: Wie wahrscheinlich auch in Deutschland wurde der Kampf der kurdischen Bewegung auch hier parteiübergreifend mit Sympathie betrachtet, nicht nur in der Linken, in der es bereits Aufmerksamkeit gab. Auch Leute, die bis dahin keine Kenntnisse über die kurdische Geschichte hatten, sehen diesen Kampf als einen berechtigten an, da er nicht nur das kurdische Volk betrifft, sondern auch uns hier in Europa. In der Linken gibt es aber auch die klassischen sogenannten »antiimperialistischen« Stimmen, die sich z. B. Russlands Position unterordnen oder noch nicht verstanden haben, dass das Bündnis mit den Kräften der internationalen *[Anti-IS-]*Koalition nur ein taktisches und kein strategisches ist.

Simonetta: Die Idee des demokratischen Konföderalismus wird mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, sie wird nicht nur aufgenommen, sondern auch verbreitet. Viel Aufmerksamkeit hat es ebenso für den Kampf der Frauen gegeben. Aber es ist insgesamt noch nicht begriffen worden, dass der Kampf der kurdischen Frauen nicht erst heute entstanden ist, sondern eine über vierzig Jahre lange Geschichte des Kampfes gegen das Patriarchat hinter sich hat, durch den sich die Selbstbestimmung entwickelt hat und durch den das Recht auf Selbstverteidigung, das wir in Kobanê und Efrîn gesehen haben, zentral geworden ist.

Giulia: Der Kampf des kurdischen Volkes hat viel Empathie hervorgerufen und ist als berechtigter Kampf anerkannt worden. Es sind Gruppen entstanden, die die Auseinandersetzung mit den Ideen Öcalans und dem demokratischen Konföderalismus vertiefen. Das Paradigma der kurdischen Bewegung ist für viele vielleicht noch kein fester Bezugspunkt, aber sicherlich ein Thema, das größere Aufmerksamkeit verdient. In Bezug auf die Frauen muss gesagt werden, dass es sicherlich Bewunderung hervorruft, sie mit Waffen mit und neben den Männern kämpfen zu sehen, und dass das zum Gedanken führt, ihr Weg zur Befreiung sei vollendet. Aber wenn man den kurdischen Genossinnen zuhört, wird verständlich, dass dies nicht der grundlegende und zentrale Teil ihres politischen Weges ist. Es wäre sehr interessant, besser zu verstehen, wie sie tagtäglich in der Gesellschaft arbeiten, um das allgemeine Verständnis der Frauenfrage weitläufig zu verändern.

In Deutschland ist die kurdische Bewegung mit der Linken immer näher zusammengerückt. Es wird über einen neuen Internationalismus debattiert, klassische Solidaritätsarbeit hinterfragt und Perspektiven für gemeinsame Kämpfe in Europa werden diskutiert. Wie seht ihr das in Bezug auf Italien?

Emanuele: Es scheint, dass in Italien ein fast umgekehrter Prozess stattgefunden hat: Die italienische Linke hat sich – angefangen bei den Ereignissen in Kobanê – der kurdischen Bewegung angenähert, mit Aktionen zur Unterstützung, sowohl national (Demos) als auch auf lokaler Ebene, und zwar auch dort, wo keine oder sehr wenige KurdInnen leben. Andererseits ist derzeit die kurdische Bewegung eine der wenigen, die in der Lage ist, die vielen Teile der italienischen Linken zu einigen, und die dank der mehrere europäische und nichteuropäische Länder einbindenden Kampagnen eine transnationale Perspektive anbietet.

Auf jeden Fall müssen wir eingestehen, dass manche traditionellen Formen der politischen Aktion, wie z. B. Demos, immer weniger Erfolg haben, weil die Stimmen tausender Menschen es nicht zu schaffen scheinen, bis zu denen vorzudringen, die politische Entscheidungen treffen, die, egal welche Regierung an der Macht ist, weiterhin die Türkei unterstützen und eher an Business denken als an die Rechte der BürgerInnen und der Völker im Allgemeinen. Daher werden in letzter Zeit eher lokale Treffen und Initiativen bevorzugt und auch direkte Aktionen, um die Mittäterschaft italienischer Firmen und der italienischen Regierung hervorzuheben, die der Türkei erlau-

ben, ihre Politik der Unterdrückung der Minderheiten in der Türkei und des Angriffskriegs gegen Rojava weiterzuführen.

Simonetta: In Italien hat sich diese Art von Diskussion noch nicht voll entwickelt und die Initiativen sind im Wesentlichen auf die klassische internationale Solidarität konzentriert, wie es in den italienischen Bewegungen immer war.

Sveva: Es ist bestimmt wichtig, dass sich z. B. hier in Rom nach den ersten Delegationen nach Kobanê und den daraus entstandenen Solidaritätsprojekten ein richtiges lokales Netzwerk entwickelt und gefestigt hat, das Gruppen und Menschen miteinander verbindet und zusammenhält, die zum Teil auch sehr unterschiedliche Auffassungen haben, und dass dieses Netzwerk auch mit dem nationalen Rete Kurdistan Italia verbunden ist. Es ist nicht immer einfach, weil alle auch mit tausend anderen Dingen beschäftigt sind, aber die Kombination aus Arbeit für Solidaritätsprojekte, öffentlichen Initiativen und militanten Aktionen, die daraus entsteht, hilft Gruppen und Einzelnen mit unterschiedlicher politischer Geschichte und Praxis zusammenzuhalten. Es wäre interessant, sich mit ähnlichen Erfahrungen auseinanderzusetzen, die in letzter Zeit in anderen europäischen Ländern zur Solidarität mit dem Widerstand in Efrîn entstanden sind.

Massimiliano: Die Diskussion mit der kurdischen Bewegung hier in Italien hat im Vergleich mit der in Deutschland sicherlich das Problem, dass in Italien die kurdische Community nicht so groß ist. Die meisten sind noch nicht so lange in Italien und bestimmt sind auch die sprachlichen Probleme ein Hindernis. Deshalb ist eine breit angelegte und vertiefte Diskussion komplizierter, aber es sollte über diese Fragen mehr diskutiert werden.

Giulia: Diese Diskussion scheint mir noch kein kollektiver Diskurs zu sein. Es gibt Solidaritätsinitiativen oder individuelle Entscheidungen. Es wäre wichtig, eine richtige gemeinsame politische Diskussion auch mit der kurdischen Community zu entwickeln, um in eine kollektivere Dimension zu kommen. Ich meine auch, dass es interessant wäre, eine solche Diskussion auf europäischer Ebene weiterzuführen und verschiedene Erfahrungen zusammenzubringen, um sich besser kennenzulernen und einen Austausch aufzubauen. ♦



mirkoprosseda.com

Globale Demokratie, emanzipatorische Kämpfe und Selbstbestimmung im 21. Jahrhundert

Es geht um die Zukunft

Stephen Bouquin, Professor der Soziologie an der Evry-Universität in Paris

Wir sind nun in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts angekommen. Weltweit ist die Menschheit mit den Folgen ökologischer Desaster konfrontiert, allem voran durch den Klimawandel, massive Luftverschmutzung, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und schwindende Biodiversität. Manchen zufolge ist diese ökologische Krise das Ergebnis der Produktions- und Konsumweise und des auf den Menschen zentrierten Verhältnisses zur Natur. Diese Auffassungen sind sicherlich richtig, aber wir sollten unsere Aufmerksamkeit auch auf die sozialen Verhältnisse richten, die sowohl der Natur als auch den Bedürfnissen der Menschheit gegenüber blind und nur auf Profitstreben ausgerichtet sind. Diese sozialen Verhältnisse haben einen Namen: ein weltweites kapitalistisches System.

Doch die Menschheit ist nicht nur damit konfrontiert, durch eine außer Kontrolle geratene ökologische Krise von der Bildfläche zu verschwinden. Sie ist auch mit wachsender weltweiter Ungleichheit, sich häufenden religiösen und ethnischen Säuberungen, der anhaltenden Unterdrückung von Frauen und dem Entzug menschlicher Grundbedürfnisse wie dem Zugang zu sauberem Wasser, Erziehung und Wohnraum konfrontiert. Die dramatische Situation, in der sich die Mehrheit der Menschen befindet, zeigt klar, dass das weltweite kapitalistische System an seine Grenzen gelangt ist, eine weitere positive Entwicklung der Menschheit zu gewährleisten. Mehr noch, wir sollten klar benennen, dass dieses System die Weiterentwicklung der Menschheit verhindert.

Die Tatsache, dass der Faschismus in vielen Ländern wieder große Unterstützung findet, zeigt, dass wir uns in einem Wettlauf befinden. Vor allem emanzipatorische Bewegungen sehen sich mit dieser Realität konfrontiert und dies sollte unsere Anstrengungen verstärken, eine wirkliche Alternative zur aktuellen Situation und dem sich im Verfall befindlichen System zu finden. Manche Teile der Bevölkerung in einigen Ländern mögen glauben, dass sie sich und ihren Wohlstand verteidigen können, indem sie die vielen anderen ausschließen und zurückweisen. Doch das wird nur zu mehr Leid, größeren Konflikten und zunehmender Unmenschlichkeit für die am weitesten Ausgeschlossenen führen, die neuen Verdammten dieser Erde.

Was lehrt uns die Geschichte? Vor mehr als einhundertfünfzig Jahren öffnete uns die neugeborene Arbeiterbewegung den Blick für die internationale Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Die zentrale Idee war »Proletarier aller Länder, vereinigt euch«, da Arbeiter kein Vaterland haben und der Weltsozialismus als nächster Schritt in der Menschheitsgeschichte erschien. Aber schnell verbreitete sich die Einsicht, dass allein die Befreiung von kapitalistischer Ausbreitung nicht ausreichen würde. Es wurde klar, dass Unterdrückung auch Menschen betraf, die Chauvinismus, Verleugnung ihrer Kultur und der Unterdrückung ihres spirituellen Glaubens ausgesetzt waren.

Teile und herrsche war eine Art Markenzeichen vieler Weltreiche, die zu verschiedenen Zeiten große Teile der Erde beherrschten. Für eine lange Zeit standen irische Katholiken (oder auch walisische und schottische Gemeinschaften) im Konflikt mit den englischen Protestanten. Herrsche und teile ermöglichte es der herrschenden feudalen Klasse, Großbritannien genauso zu beherrschen wie die sieben Weltmeere. Doch die Bauern und die Arbeiter verbrüderten sich und fanden einen Weg, Schulter an Schulter in denselben Gewerkschaften zu kämpfen. Trotzdem blieb die nationale Frage ungelöst, vor allem in Bezug auf die irische Bevölkerung.

Aber im frühen 19. Jahrhundert verband sich an der Peripherie, etwa in Ländern in Lateinamerika, unterstützt durch Gedanken der Aufklärung und demokratischer Souveränität, die Idee der Freiheit mit Unabhängigkeit und schuf einen positiven Nationalismus. Vor allem Simón Bolívar wollte Unabhängigkeit nicht auf der Grundlage der Nationalstaaten, sondern für den ganzen Kontinent. In Osteuropa inszenierten zahlreiche Länder (etwa das zaristische Russland oder die Habsburger Monarchie) Pogrome unter der Bevölkerung, weil Rassismus nützlich war, um die Bevölkerung zu kontrollieren. Ethnische Aufspaltung war hilfreich, den Zugang zu den feudalen Eliten auf wenige zu beschränken – eine Art Elite unter der Elite. Der Kampf um Befrei-

ung wurde dadurch sehr schnell verknüpft mit der Frage, wie mit den Nationalitäten umzugehen sei.

Die Bourgeoisie als aufstrebende Handelsklasse und gewerbliche Unternehmer war bereit, die autokratische und feudale Vorherrschaft in Frage zu stellen. Dafür benötigte sie eine breite Basis, um zur Mehrheit zu werden. In vielen Fällen hat die Bourgeoisie sich an »die Nationen« gewandt, um diese Unterstützung zu gewinnen. Aber seit der Etablierung von Nationalstaaten nahm die Demokratisierung ein rasches Ende, da es für die jetzige Elite besser war, sich nicht mit sozialer Gerechtigkeit auseinanderzusetzen. Zudem nutzten die neu gegründeten Institutionen der Nationalstaaten Grenzen, um eine neue Klassenherrschaft abzusichern, und Patriotismus und Nationalismus, um Klassenzusammenarbeit zu entwickeln. In vielen Fällen gab es auch Versuche, die Staatsgrenzen zu erweitern, um neue Märkte zu finden. Dies führte zum Ersten Weltkrieg, als imperialistische Nationalstaaten einen blutigen Krieg gegeneinander führten und dabei das Leben von Millionen Menschen in Kauf nahmen.

Einige der progressiven Kräfte (vorwiegend Sozialdemokraten) tendierten dazu, sehr schnell einen Umgang mit den neuen Institutionen und ihren Grenzen zu finden, mit dem Verständnis, dass jedes Wachstum politischen und ökonomischen Ausmaßes automatisch fortschrittlich sei. Dies war auch der Fall für Rosa Luxemburg, die der Auffassung war, dass Separatismus oder Unabhängigkeit auf »jeden Fall ein Rückschritt« sei. Ihr zufolge ist das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit nur ein hohles Ziel. Austromarxisten wie Otto Bauer traten für nationalkulturelle Autonomie ein, allerdings eine Form, die auch die Rechte von Menschen unterschiedlicher Kulturen unabhängig von ihrer territorialen Herkunft anerkannte. Lenins Ideologie nach war die Position der Austromarxisten inkonsequent, da sie die Möglichkeit ließ, sich nicht gegen die österreichischen Habsburger zu wehren. Lenin unterschied zwischen unterdrückten Nationen und unterdrückenden Nationen und ihm zufolge ist die Frage von Nationalitäten längst nicht geklärt, da die Bourgeoisie nicht mehr die Macht hatte, diesen demokratischen Kampf auszufechten. Lenin war dagegen, Internationalismus auszusondern, aber ebenso gegen Patriotismus und Chauvinismus. Seit 1913 trat er für das Recht der Selbstbestimmung der Menschen ein. Der Sozialismus begann immer auf nationalem Level, kann aber nur im internationalen Kontext siegen. Eine Konföderation sozialistischer Staaten könnte die Möglichkeit der Organisierung schaffen, solange Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Gleichbehandlung aller Nationalitäten respektiert werden. Wenn Lenin und die Bolschewiki nicht seit Februar 1913 den Ruf nach Selbstbestimmung (als auch das Recht auf einen unabhängigen Staat) befürwortet hätten, wäre die Russische Revolution auf Petrograd und Moskau beschränkt gewesen.

Dank des Rechts auf Selbstbestimmung wurde die Russische Revolution zur ersten antiimperialistischen Revolution »von innen«. Dies steht auch im Zusammenhang mit dem multinationalen Charakter der Arbeiterklasse und der Proletarier, während Zaren-Russland ein imperialistisches und zugleich feudalkapitalistisches Regime war. Im Nachgang der Oktoberrevolution gab es eine Konferenz der Bolschewiki der unterdrückten Völker im Osten in Baku (Aserbaidschan). Diese Konferenz fand 1920 statt und es waren 2000 Menschen aus Indien, Südostasien, China, Zentralasien und dem Mittleren Osten vertreten. Das ebnete den Weg für eine Allianz zwischen den Kommunistischen Parteien der Dritten Internationale mit nationaldemokratischen Kräften und Organisationen. Es öffnete des Weiteren den Weg für antikoloniale Kämpfe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und basierte auf der starken Annahme der »Selbstbestimmung aller Menschen«. Aber seit den 1930er Jahren kehrte eine neue Art von »Panslawismus« zurück an die Spitze und führte zu einer Russifizierung aller Machtkanäle, insbesondere in den peripheren Republiken, in denen viele verdrängte Minderheiten lebten.

Im 20. Jahrhundert, nach zwei Weltkriegen und mehreren Zehntausend Toten, nahmen Rechtsstaaten weltweit zu. Dennoch konnten einige wichtige Länder und Regionen dank des Kalten Krieges und der antikolonialen Revolution vor der imperialistischen Vorherrschaft fliehen. In Westeuropa brachte die Angst vor der Revolution die herrschende Klasse dazu, die Sozialdemokratie zu berücksichtigen, auch wenn das mit der Anerkennung von Gewerkschaften und der Garantie sozialer Sicherheit einherging. Für die herrschende Klasse war dies ein Mittel, um die revoltierende Masse zu zähmen, für die Sozialdemokraten war es ein Mittel, um Macht zu gewinnen und nach und nach die Gesellschaft zu verändern. Leider wurde dieser Wandel aufgehalten. In den späten 1970er Jahren begann eine Konteroffensive durch Margaret Thatcher und Ronald Reagan, die beide durch die neoliberale Politik der Schocktherapie in Chile nach dem Putsch gegen Pinochet inspiriert wurden. Wenn es darum geht, Massen von der Machtergreifung abzuhalten, sind alle Mittel hilfreich wie ein Staatsstreich, Bonapartismus oder zügelloser Faschismus.

Natürlich war 1989 ein Wendepunkt. Der Fall der Berliner Mauer und kurz danach der Zerfall der UdSSR als auch der langsame Übergang der Regierenden in der Volksrepublik Chinas (und Vietnams) zum Kapitalismus ließ alle sozialen Bewegungen und Kämpfe allein im Kampf gegen kapitalistischen Despotismus. Algerien wurde mehr und mehr staatskapitalistisch, während Jugoslawien durch Krieg und interne Konflikte gespalten wurde.

Es ist offensichtlich, dass die neoliberale Globalisierung politischer Ausdruck einer Konteroffensive der weltweiten Regierungsklassen ist. Als in den frühen 1970ern Profitraten und Märkte stagnierten, war es das Ziel, jegliche Hürde für den Kapitalismus

zu beseitigen. Auch wenn heute noch der Staat zur Regulierung und zur Wachstumsunterstützung eingreifen muss, bedarf es ebenso supranationaler Regulierung, um Verträge abzusichern, die Konfliktlinien regeln. Multinationale und Finanzoligarchen fügen sich der staatlichen (nationalen) demokratischen Sphäre. Aber da Globalisierung nicht das Ergebnis harmonischen Wachstums ist, sondern um die Lücken zwischen Ländern zu vergrößern, wird früher oder später in jedem Land die Ideologie an Legitimität verlieren.



Auch wenn die neoliberale Ideologie der Globalisierung lokale/spezifische Identitäten nutzt, werden nationale, lokale oder spezifische kulturelle Traditionen verletzt. Da jeder sich selbst international vermarkten muss, führt dessen Unmöglichkeit oft zu einem neuen Nationalismus, der zwar oft reaktionär ist, allerdings auch progressive Ansätze beinhaltet. Die reaktionären Strömungen bewegen sich in Richtung Rassifizierung, Reinheit, des Wunsches, Grenzen dichtzumachen, und der Ausgrenzung anderer. Im Falle der progressiven Strömungen kommt der Wunsch nach Eigenständigkeit und Selbstregierung zum Ausdruck. So wie »Wir, ‚das Volk', müssen unsere eigene Zukunft wieder selbst bestimmen können, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht«.

Natürlich ist die Aussage »Sozialismus ist ein Land« heute noch eher hinfällig als schon in den 1980er Jahren. Dennoch müssen wir die Frage beantworten, wie wir Kämpfe auf lokaler und regionaler Ebene mit der Möglichkeit kleiner Fortschritte mit einer internationalistischen und globalen Perspektive verbinden.

Ich denke, es muss gesagt werden, dass die Schriften Abdullah Öcalans einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage leisten und dabei helfen, einen theoretischen und praktischen Lösungsansatz in Hinblick auf die humanitäre Krise zu entwickeln. Der springende Punkt ist es, zu verstehen, dass Machtverhältnisse alles dominieren. Dies ist sowohl in Hinblick auf das Patriarchat als auch in Bezug auf Staatsdespotismus wahr und ebenso bei der Unterdrückung vieler Kulturen und nationaler Identitäten sowie des Überschusses an Arbeit im kapitalistischen System. Macht ist auch das erste und letzte Thema, wenn es um Emanzipation geht: Wird Macht aufgeteilt und von unten kontrolliert oder durch eine Partei monopolisiert, die im Namen der Menschen regieren wird? Öcalan hat ein Papier der Analyse des 20. Jahrhunderts geliefert, das die Aufgaben des 21. Jahrhunderts artikuliert. Er wurde vom Sozialökologen Murray Bookchin und dessen Schriften über Kommunalisierung und direkte Demokratie inspiriert. Dennoch erkennt Abdullah Öcalan immer noch die Relevanz des Kampfes gegen das Patriarchat, weshalb Frauen und ihre Emanzipation im Mittelpunkt aller Kämpfe stehen müssen.

Von dem Moment an, in dem Demokratie verstanden wird als ein Weg der Entscheidungsfindung durch kollektive Befreiung auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen, wird das Erfordernis eines konföderalistischen Ansatzes offensichtlich. Deswegen stellt der »demokratische Konföderalismus« – nicht eines Staates, sondern der Gemeinschaften – einen bedeutenden strategischen Beitrag zu unseren heutigen Kämpfen dar.

Diese Antwort fehlte beispielsweise gänzlich in den Debatten während des Weltsozialforums (Beginn 2002 in Porto Allegre). Leider scheinen diese Dynamiken nach einigen Jahren vielversprechender Versammlungen auf NGOs beschränkt zu sein, die jegliche Diskussion über Aufgaben, Kampagnen und aktive Unterstützung füreinander meiden. Daher haben wir nur das Archipel der Front und der Kämpfe. Der Grund, wieso die NGO-isierung problematisch wurde, ist leicht zu sehen: Abhängig von staatlichen Subventionen zu sein, wie das in vielen Ländern der Fall ist, führt dazu, dass sich diese Galaxie der Kämpfe von ihrer sozialen Basis und ihren sozialen Kämpfen löst. Das kann auch von der internationalen Handelsbewegung gesagt werden, doch auf dem untersten Level besteht die Realität des Klassenkampfes weiter und führt neue Generationen dazu, sich auf neue Art und Weise in diesem Kampf zu engagieren, wie das der Fall ist bei den Kämpfen gegen Privatisierung, Sozialkürzung, Austerität, Prekarisierung und so weiter.

Heute ist der Bedarf an internationaler und globaler Solidarität groß und dringend: der Kampf gegen Krieg und Staatsterrorismus, worunter gleichermaßen Palästinenser und Kurden leiden; der Kampf der indigenen Völker; Frauenkämpfe für ihre volle

Souveränität über ihren Körper und ihr Leben auf der ganzen Welt; Landarbeiter, die gegen Landraub kämpfen; städtische Gemeinden, die dafür kämpfen, dass Wasser weiter als Gemeingut gilt und nicht der Kommerzialisierung und Vermarktung unterworfen wird; Kämpfe gegen den kriminellen Warlord-Kapitalismus in der Nachbarschaft von Metropolen und Städten und so weiter.

Aber auch wenn Verbindungen und Solidaritätsnetzwerke zwischen sozialen Bewegungen sehr wichtig sind, reicht das nicht. Diese Verbindungen können nur zu konkreten Ergebnissen führen, wenn sie durch das Ziel geleitet sind, dass die Menschen über ihre eigene Zukunft entscheiden sollen, anstatt sich vom Moloch des kapitalistischen Systems leiten zu lassen. Nach Demokratie zu streben ist im Grunde genommen ein Kampf um die Wiedererlangung von Souveränität und Macht und um die kollektive Kapazität zur Selbstbestimmung (auf allen Ebenen des sozialen Lebens, sowohl individuell als auch kollektiv), um Unterdrückung zu bekämpfen und die Beziehung zur Natur in einer nicht destruktiven Art zu verändern.

Heutzutage entwickelt sich die Menschheit angesichts der systematischen Krise, der wir gegenüberstehen, und sie kommt zusammen »dank« des Klimawandels und der Überlebensbedrohungen, die einem durch das kapitalistische System aufgezwungen werden.

Persönlich denke ich bis heute, dass der Internationalismus auf einer systemischen Alternative einer postkapitalistischen Gesellschaft aufgebaut sein sollte. Müssen wir dieses System sozialistisch oder sogar ökosozialistisch nennen? Auch wenn die Antwort Ja ist, wenn ich einen Dialog mit all denjenigen haben will, die auch dieses System bekämpfen wollen, aber sich nicht in der Terminologie des Staatssozialismus oder des Autoritärkommunismus wiederfinden, muss ich die Diskussion erweitern. Anderenfalls werde ich mich nur mit denjenigen Repräsentanten des 20. Jahrhunderts unterhalten, die sich mit einer Polemik beschäftigen, die in die Vergangenheit gehört.

Heutzutage entwickelt sich die Menschheit angesichts der systematischen Krise, der wir gegenüberstehen, und sie kommt zusammen »dank« des Klimawandels und der Überlebensbedrohungen, die einem durch das kapitalistische System aufgezwungen werden. Alle fundamentalen Probleme der Menschheit werden direkt oder indirekt durch dieses System hervorgerufen. Natürlich sollten wir bereit sein, um das Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu unterstützen. Das muss jedoch an einen Inhalt gebunden sein, der die Interessen der sozialen Mehrheiten (Arbeiterklassen, proletarische Sektoren, unterdrückte Gruppen wie Frauen, Migranten und junge Menschen) widerspiegelt. Wir müssen den Ethnozentrismus ablehnen und einen gesellschaftlichen Horizont eröffnen, der emanzipatorisch, radikal demokratisch ist und auf sozialer Gerechtigkeit basiert.

Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit sollten auf einem höheren Niveau immer Teil der politischen Methodologie sein: Autonomie oder Devolution kann Hand in Hand mit Kooperation auf einem höheren Level einhergehen, wie die Konföderation von Kantonen, Republiken oder weiteren Gruppen mit einem gemeinsamen Gesellschaftsvertrag oder einer gemeinsamen Verfassung.

Die Notwendigkeit, mit gegenwärtigen institutionellen Ordnungen zu brechen, ist mir sehr wichtig. Mit den gegenwärtigen Institutionen werden Kämpfe nur verbunden, integriert oder domestiziert. Der Staat steht abseits der Gesellschaft und über und auf der Gesellschaft. Seine Natur ist eine asoziale, was bedeutet, dass er nicht neutral sein kann und man ihn somit nicht nutzen kann, um beispielsweise soziale Gerechtigkeit zu implementieren. Die neuesten Erfahrungen progressiver Regierungen in Lateinamerika (Venezuela, Ecuador, Bolivien) haben demonstriert, dass man sogar als Regierung mit einer neuen Verfassung den »tiefen Staat« und die Oligarchie als auch deren Kapazitäten zur Organisierung von Sabotage und Korruption nicht unterdrücken kann.

Gegenwärtig ist es sehr schwer, eine institutionelle Antwort darauf zu finden, vor allem weil die Balance der Kräfte weit vom Guten entfernt ist. Doch aufgrund der Tatsache, dass die kapitalistische Weltordnung auf einem Ozean riesiger Schulden schwimmt und ihre Profite und ihr Wachstum dem immer größer werdenden Schuldenberg hinterherhinken, wissen wir, dass das Finanzsystem sich selbst in eine neue riesige Krise stürzen wird. Einer der Wege, wie diese Krisen gelöst werden können, ist durch Krieg, die Verarmung von Mittelklassen und das Hungern großer Teile der Weltbevölkerung. Das wird eventuell zusammen mit der ihnen zugrundeliegenden ökologischen Krise dazu führen, dass die sich dessen bewusstesten Sektoren der Menschlichkeit postkapitalistische Lösungen suchen werden. Dieses Szenario kann in Kombination mit sehr illegitimen globalen und nationalstaatlichen Institutionen emanzipatorische Bewegungen in eine Position bringen, in der sie dafür verantwortlich sind, Antworten auf die menschlichen Bedürfnisse zu finden, wie das nie zuvor der Fall war. Das kann zu teilweise befreiten oder »verlassenen« Territorien, Städten und Regionen führen, wo sich Selbstverwaltung entwickeln kann, solange soziale Bewegungen, Aktivisten und Forscher sowie technisch begabte Menschen dazu in der Lage sind, diese Werkzeuge des Moments zu greifen. Die einzige Art und Weise, um diese Kämpfe, Erfahrungen und Fortschritte zu verbinden, ist diejenige mit dem Ziel der globalen Demokratie. Wir sollten vorbereitet sein. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement 6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Hunderttausende auf Wahlkampfkundgebung der HDP in Amed.
Foto: ANF

Rückseite:
Plakat: Für ein Gedenken an Halim Dener.
Kampagne Halim Dener

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Würdevolles Gedenken und Aktionswochen zum 24. Todestag von Halim Dener

Halim Dener – gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.

Halim Dener musste 1994 vor dem **Krieg in Kurdistan** fliehen, der Anfang der 90er Jahre von Seiten des türkischen Militärs gegen die Bevölkerung eskaliert wurde. Er selbst wurde vor seiner Flucht in Polizeihaft gefoltert, sein Dorf zerstört.

Als **»unbegleiteter minderjähriger Flüchtling«** kam der 16-Jährige in die BRD. Kurz zuvor gipfelten deutschlandweit öffentliche Hetze und ein gesellschaftlich weit verbreiteter Rassismus in Pogromen gegen Geflüchtete und Migrant*innen. In der Folge verschärfte die Bundesregierung das Asylrecht.

Zur gleichen Zeit lief gegen die kurdische Bevölkerung in der BRD eine regelrechte Hetzkampagne, die im November 1993 zum **Verbot der Arbeiter*innenpartei Kurdistans (PKK)** und ihr nahestehender Organisationen führte.

Am 30.06.1994 wurde Halim beim Kleben von Plakaten von Polizisten in Zivil überrascht und **bei der Festnahme aus kürzester Entfernung in den Rücken geschossen**. An dieser Schussverletzung starb er wenig später. Der Polizist wurde von seinen Kolleg*innen gedeckt, sodass die Tat nie angemessen aufgeklärt werden konnte.

Die gesellschaftlichen und politischen Fragen von Krieg, Flucht, staatlicher Repression und Polizeigewalt, die zu Halims Tod geführt haben, sind heute so aktuell wie damals; daher die *Kampagne Halim Dener: gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.*

30. Juni 2018, 23.00 Uhr, Steintorplatz: Gedenken am Tatort

Wir wollen zu der Zeit und an dem Ort zusammenkommen, an denen Halim vor 24 Jahren erschossen wurde. Wir wollen an ihn gedenken, die Erinnerung an ihn aufrecht erhalten und Zeichen setzen – selbst wenn es nur flüchtig ist.

30. Juni bis 13. Juli 2018: Halim-Dener-Aktionswochen

In den letzten 24 Jahren haben Viele auf unterschiedlichste Art und Weise ihren Protest gegen den Tod Halims ausgedrückt. Dieser Protest wird fortgeführt. Wir rufen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen dazu auf, mit autonomen, dezentralen und vielfältigen Aktionen gegen den Tod Halims, gegen den Umgang der Stadt mit ihm und gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die zu diesem Tod geführt haben, zu protestieren. Diese Aktionen können in den Kontext der Aktionswochen gesetzt werden.

13. Juli 2018, 17.00 Uhr, Halim-Dener-Platz: Demonstration

Wir tragen unseren Protest zurück vom Halim-Dener-Platz in Linden-Nord zum Steintorplatz in Hannovers Innenstadt. Wir lassen auch nach vier Jahren Kampagne Halim Dener nicht locker und fordern einen Ort des würdevollen Gedenkens. Wir rufen auf zur Halim-Dener-Demonstration am 13. Juli 2018.

Kampagne Halim Dener, Juni 2018 | halimdener.blogsport.eu



Aktionen

» AM TODESTAG, 30.06.
23H STEINTORPLATZ

» AKTIONSWOCHEN 30.06. – 13.07.

Mehr Infos unter: www.halimdener.blogsport.eu

ISSN 0935–5375